C 3428

hlz

Zeitschrift der GEW Hamburg
März-April 3-4/2014

Schulfrieden passé

ARBEITEN IN EUROPA

11 Uhr Demonstration
Lohmühlenpark/Lange Reihe

12 Uhr Maifest
Besenbinderhof

Programm:
www.hamburg.dgb.de

Begrüßung: Katja Karger, DGB Vorsitzende Hamburg
Diskussion: Dietmar Hexel, DGB Bundesvorstand
zusammen mit europäischen Betriebsräten
Kabarett mit Alma Hoppe

DGB

V.i.S.d.P.: Katja Karger, DGB Vorsitzende Hamburg, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg

Anja Bensinger-Stolze, Fredrik Dehnerdt, Regina Tretow

Think big

Die Schulstrukturdebatte ist in Hamburg neu entbrannt. Die Initiative „G9-jetzt-HH“ fordert die Einführung von G9 an allen Gymnasien und gleichzeitig die Möglichkeit, auch in acht Jahren an den Gymnasien zum Abitur zu kommen. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass es bereits an über 50 Stadtteilschulen die Möglichkeit gibt, ein Abitur in neun Jahren abzulegen. Nachdem das Hamburger Abendblatt die öffentliche Diskussion mit einer Umfrage über die Einführung von G9 an Gymnasien angeheizt hat, CDU und GRÜNE bereits Kompromissvorschläge unterbreitet haben und die SPD zunächst mit der Initiative Gespräche führte und nun Senator Rabe die Schulkonferenzen der Gymnasien nach ihrer Meinung fragt, zeigt sich, dass der sogenannte Schulfrieden keiner ist. Übrig bleiben die Fragestellungen und Kompromissvorschläge in Klein-Klein: G8 oder G9?

Denken wir also zunächst dieses Klein-Klein, stellen wir uns vor, es gäbe an den Gymnasien eine Möglichkeit, auch in 9 Jahren zum Abitur zu kommen. Z. B. in jedem Bezirk gäbe es mindestens drei Gymnasien mit G9 oder die Schulen könnten selber wählen oder der Vorschlag der Initiative käme durch. Verschiedene Szenarien sind dann denkbar: a) Die Stadtteilschulen, die schon jetzt für die BSB als Schwerpunktschulen für Inklusion gelten, würden zu „Leuchtturmschulen“ nach CDU-Vorstellung, also etwas besser ausgestattet als die übrigen STS und nähmen den größten Teil der SuS mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf. Die Gymnasien würden verstärkt angewählt werden und an den STS träfen sich in erster Linie SuS aus sozial schwachen Familienstrukturen. Rückläufer von den Gymnasien gäbe es wenige und im Laufe der Zeit würden z. T. Oberstufen abgebaut. Es entstünde eine Schullandschaft, in der die STS in erster Linie die Haupt- und Realschulabschlüsse vergäbe. Die sog. „Leuchtturmschulen“ liefen Gefahr neue Förderschulzentren zu werden. Eine weitere Variante: b) Man ränge sich in der BSB dazu durch, dass am Ende der Grundschule keine Schulformempfehlung mehr gegeben wird, sondern dass in einem Lernentwicklungsgespräch beraten wird. Man nähme immerhin 15 Mio. Euro für Inklusion in die Hand und bezöge die Gymnasien – z.B. die mit G9 – in die Inklusion mit ein. Die STS bekämen von den Ressourcen gerade so viel ab, dass sie auf niedrigem Niveau Schule machen könnten. Da die Ressourcen nicht ausreichten, um ähnlich gut ausgestattet zu sein wie vormals die Schulen mit Integrationsklassen, böten sie keine Alternative für bildungsnahe Eltern. Selbst wenn sie ihren Kindern im Grunde einen größeren Horizont an sozialen Kontakten und andere pädagogische Konzepte mitgeben möchten. Es würde auf Dauer zu zwei Formen von Gymnasien und mindestens zwei von STS – mit und ohne Oberstufe – führen.

Beide Szenarien machen deutlich: ein Nebeneinander von G8, G9 und STS steuert zurück zu einem drei- oder sogar viergliedrigen Schulsystem.

Die Einführung des Turbo-Abis hat, wie die GEW befürchtete, eine Verdichtung des Unterrichtsstoffes in der Mittelstufe mit sich gebracht. Viele Schülerinnen und Schüler reagieren darauf mit Stresssymptomen und die Kolleginnen und Kollegen empfinden ihren Unterricht wie ein reines Hineinstopfen von Lernstoff. Hier setzt unser Vorschlag einer Oberstufenreform – flexibles Abitur nach 2 – 4 Jahren – und einer „Sekundarstufe I für alle“ an (s. PM v. 26.3.14, S...). Die von der GEW Hamburg nun in die Debatte gebrachten Eckpunkte für eine andere Schulstruktur orientieren sich zum einen an Diskussionen und Beschlüssen der Bundes-GEW und andererseits sind sie ein Zwischenergebnis der Diskussionen in Hamburger GEW-Gremien. Diese Debatte wird auf dem nächsten Hamburger Gewerkschaftstag im Mai fortgesetzt und wir hoffen, dass dies ein Anstoß für eine umfassendere Debatte über die Bildungsstrukturen – nicht nur in Hamburg – ist.

Nutzen wir die Chance produktiv! Ein rückwärtsgewandtes Klein-Klein hätte ein Schulsystem zur Folge, das noch stärker auf Selektion und Ausgrenzung setzt und weit entfernt von gelingender Inklusion ist. Wenn also neu gedacht werden darf, dann: Think big!

Foto: hlz

Gordischer Knoten — Seite 8

Die GEW hat zur Schulstruktur einen Vorschlag unterbreitet, der dazu taugt, den Rahmen der bisherigen Alternativen zu G8/G9 zu sprengen.

Außen hui... — Seite 28

Die Einführung der Ganztagsschulen ist ein Erfolg; die Umsetzung verläuft von chaotisch bis mangelhaft. Protest geplant.

Machtfülle begrenzen — Seite 30

Die Dienststellenleiter_innen der selbstverwalteten Schulen übersehen immer häufiger die Rechte der Kolleg_innen. Damit soll jetzt Schluss sein.

Von nichts kommt nichts — Seite 21

Ob das Tarifergebnis des TVöD angenommen wird, haben die Betroffenen noch zu entscheiden; entschieden waren die Kolleg_innen im Kampf für ordentliche Bezahlung.

Foto: FG KiJu

GEW

G9/G10
Vorschlag gemacht — 8

Stellungnahmen
Reibung erzeugt — 9

Tarifauseinandersetzungen
Kampfgeist zahlt sich aus — 21

Personalratswahlen
Gute Gründe für die GEW — 38

Magazin

‚Volks'-Begehren
Migrant_innen nicht vorgesehen — 20

Kongress
Arbeitszeitverkürzung — 35

‚Frei'-Handelsabkommen TTIP
Profite statt Bildung — 36

Fair Childhood
GS Mümmelmannsberg gewinnt — 40

Globale Bildungskampagne
Inklusion weltweit — 41

Gleichstellung I
Gesetz unzureichend — 43

Gleichstellung II
Lesben und Schwule in der Schule — 45

Genitalverstümmelung
Millionenfache Tortur — 46

Ostermarsch
Aufruf — 59

Mozart
Kinderkonzert — 60

Schwerpunkt

1. Weltkrieg
Schulbücher müssen nicht umgeschrieben werden — 50

Bildungspolitik

Erzieher_innen
Verändertes Berufsbild — 16

Ganztagsschule
Protest am 8. Mai — 28

Selbstverwaltete Schule
Kolleg_innen haben Rechte — 30

Lehrer_innenkonferenz
Wie man sich fühlen kann — 32

Lehrer_innenbildung
Unhaltbare Zustände — 34

Rubriken

hlz-Notiz — 3

Nachrichten — 6

gb@-Seminare — 27

Rätsel — 61

GEW-Termine — 62

Aus dem Ascheregen... — 63

Impressum — 63

Foto: Archiv

...vor Kraft nicht loofen — **Seite 50**

Der Kaiser ‚himself' und die deutschen Machteliten, unterstützt von nahezu der gesamten intellektuellen Elite, waren es, die konsequent auf einen Krieg zusteuerten. Dass die anderen beteiligten Großmächte ebenfalls veritable Interessen verfolgten, steht außer Frage, rechtfertigt aber nicht die Revision der Kriegsschuld.

‚Frei'-Handelsabkommen — **Seite 36**

Das ‚Wer zieht wen über den Tisch' ist in vollem Gange. Die Antwort hängt ab vom Standpunkt des/der Betrachtenden – in diesem Fall unserer 1. Vorsitzenden.

Solidarität und Mitgefühl — **Seite 46**

Eine Ausstellung über Genitalverstümmelung führt uns zu Empfindungen, die ein Verdrängen erschweren.

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit — **Seite 43**

Die Gleichstellung der Geschlechter auf dem Papier ist das eine; die Durchsetzung dieser Rechte muss trotzalledem noch erkämpft werden.

hlz · Rothenbaumchaussee 15 · 20148 Hamburg hlz@gew-hamburg.de · Tel. 4 50 46 58

Leser_innenbriefe an: *hlz@gew-hamburg.de*
(wir belassen ggf. alte Schreibung)
Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor

Hat sich gelohnt

hlz 10-11 / 2013, S. 17

Zehn Monate intensiven politischen Kampfes haben sich ausgezahlt: Die Berufliche Schule Uferstraße (W2) bleibt erhalten: Die Reform der Beruflichen Schulen wurde geändert, der Schulentwicklungsplan entsprechend umgeschrieben; die Deputation hat am 20. November getagt und entgegen den ursprünglichen Plänen entschieden, dass die Schule nicht mit der Nachbarschule zusammengelegt wird und die hauswirtschaftlichen Bildungsgänge auch nicht an einen anderen Standort verlagert werden! Außerdem wurde der sog. Referentenentwurf zur Schulentwicklungsplanung um ein Kapitel zur Inklusion ergänzt. Das alles zeigt uns, dass die Entscheidungsgremien aus Deputation, Zuständigen des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung und nicht zuletzt der Schulsenator unsere Einwände verstanden haben und unserem überzeugenden und hartnäckigen Widerstand nicht standhalten konnten. Die Änderungen geben uns Hoffnung, dass das erfolgreiche Konzept unserer Schule weitergeführt werden und das bei uns bestehende Potential für Inklusion weiter entwickelt werden kann.

An den insofern positiven Entwicklungen haben auch Sie einen Anteil!

Für Ihre aktive oder mindestens ideelle Unterstützung möchten wir Ihnen sehr herzlich danken!

ILSEMARIE MAASS und THOMAS von ARPS-AUBERT für die GEW-Betriebsgruppe der W2

Das kann es nicht sein

hlz 1-2 / 2014, S. 8

In meiner Gewerkschaftszeitung wird erklärt,dass die Polizei Proteste kriminalisiert und rassistische Kontrollen durchführt. Man darf sicherlich in manchen Punkten nicht mit der Senatspolitik einverstanden sein, aber generell Politiker und vor allem Polizisten als Rassisten zu beschimpfen und ihnen vorzuwerfen, dass sie in undemokratischer Weise Demonstrationen kriminalisieren (was meint der Verfasser damit?) , ist einer Gewerkschaftszeitung nicht angemessen. Und im Übrigen kann es auch nicht angehen,dass die GEW einen "Schulstreik" unterstützt, mit dem Schüler instrumentalisiert werden. Das lässt mich auch vor Ärger einer "Austrittszone" näher kommen. Aber seid versichert, meine Beiträge zahle ich weiter und werde auch weiterhin gemeinsam mit den Polizeigewerkschaften in Tarifauseinandersetzungen demonstrieren.

MICHAEL BASTAR

---

militaristisch

Die Bundeswehr hat im vergangenen Jahr über 400.000 Schüler_innen auf dem Schulgelände agitiert. Karriereberater, die den Jugendlichen einen Job beim Militär schmackhaft machen wollen, haben trotz eines Rückgangs der Jahrgangsstärken ihre Einsatzzahlen aus dem Vorjahr beibehalten und Vorträge vor 189.000 Schüler_innen gehalten. Hinzu kommen 26.000, die Truppenbesuche in Kasernen mitgemacht haben, die Hälfte von ihnen im Klassenverbund. Außerdem haben sich die Karriereberater an 600 Ausstellungen, Jobmessen, Projekttagen und ähnlichen Veranstaltungen auf Schulgelände beteiligt und dabei 96.000 Schüler_innen erreicht. Die Bundeswehr setzt damit weiter massiv darauf, in der Regel minderjährige Schüler_innen anzusprechen, um Werbung fürs Militär zu machen. Es handelt sich dabei um eine grobe Missachtung des Neutralitätsgebotes, dem Schulbildung unterliegt.

anerkannt

Viele mussten lange auf die Anerkennung ihres Abschlusses in Hamburg warten. Doch nun dürfen 155 ausländische Fachkräfte endlich in ihrem erlernten Beruf arbeiten. Vor knapp zwei Jahren trat dann das sogenannte Anerkennungsgesetz in Kraft. Es gewährt allen Zugewanderten einen Rechtsanspruch auf ein geregeltes Verfahren, in dessen Rahmen die Anerkennung ihrer ausländischen Berufsabschlüsse geprüft wird. Die meisten Antragsteller kamen dabei mit rund 20 Prozent aus Polen, gefolgt von der Türkei (13 Prozent), Iran und Russland (je sieben Prozent). Bei den Berufen waren die Elektrogewerke besonders stark vertreten, gefolgt vom Kfz-, Friseur- und Metallgewerbe.

wahlfreiheit

Die Europäische Kommission darf für Berufe, die in mindestens einem Drittel der Mitgliedstaaten reglementiert sind, EU-einheitliche Ausbildungsordnungen aufstellen. Diese treten neben die

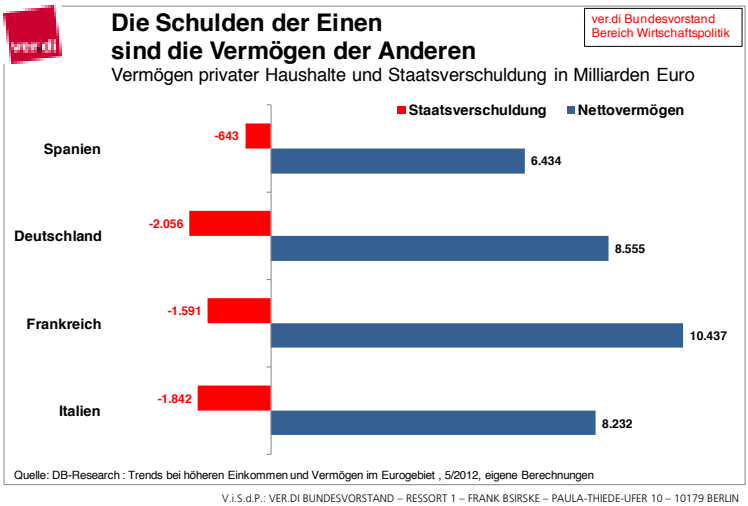
nationalen Ausbildungsordnungen. Der Auszubildende kann zwischen der nationalen und der EU-Prüfung wählen. Wenn er die EU-Prüfung besteht, darf er EU-weit arbeiten und sich selbstständig machen.

diskriminiert

Jugendliche mit türkischen Namen haben schlechtere Chancen auf einen Ausbildungsplatz – auch wenn sie die gleiche Qualifikation haben wie Bewerber_innen mit deutschen Namen. Sie müssen mehr Bewerbungsbriefe verschicken, bis sie zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen werden als ihre Mitbewerber_innen mit deutschem Namen und gleich gutem Schulabschluss. Das geht aus einer aktuellen Studie des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen hervor. Während Unternehmen beklagten, dass es nicht genug qualifizierte Bewerber_innen gebe, bekämen jedes Jahr mehrere zehntausend Schulabgänger_innen keinen Ausbildungsplatz, kritisierten die Wissenschaftler. Darunter seien überdurchschnittlich viele Jugendliche mit ausländischen Wurzeln, was aber nicht nur an möglicherweise schlechteren Noten läge, sondern auch an ihrer Benachteiligung bei den Bewerbungsverfahren.

krankmachend

Die Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK), Sylvia Löhrmann, hat ein Klima der Furcht an deutschen Schulen beklagt. In einem Interview mit der Neuen Osnabrücker Zeitung sagte die Grünen-Politikerin vor der turnusmäßigen Plenartagung der Konferenz: „Unsere Schulen sind vielfach angstbesetzt“. Es gebe Kinder und Jugendliche, die Angst vor ihren Lehrer_innen hätten und Lehrer_innen mit Angst vor ihrer Klasse. Dazu passt, dass allein in Hamburg im Jahr 2000 etwa 60 depressive Kinder und Jugendliche in ein Krankenhaus mussten, 2012 gab es bereits 474 Fälle. Grund sei auch eine größere Sensibilität in der Bevölkerung für seelische Leiden. Hamburgs Kliniken nehmen immer mehr depressive Kinder und Jugendliche auf. Innerhalb von zwölf Jahren sei die Zahl der stationären Behandlungen bei den 10- bis 19-Jährigen fast um das Achtfache gestiegen, teilte die Krankenkasse DAK-Gesundheit unter Hinweis auf Zahlen des Statistischen Bundesamts für die Jahre 2000 bis 2012 mit.



„Geld ist da, das haben nur die anderen“, so formulierte es einmal unser ehemaliger Bundesvorsitzender Uli Thöne. Es ist folglich noch einiges möglich in Sachen Umverteilung zugunsten der wirtschaftlich Schwachen, nachdem unserer Regierung durch die Bankenrettung allein in Deutschland mit 300 Milliarden dazu beitrug, die Vermögen der Reichen nicht nur zu sichern, sondern auch noch weiter auszubauen. JG

snackn

Hamburg nimmt eine Vorreiterrolle bei der Pflege des Plattdüütschen ein. In neun Schulen wird „Nedderdüütsch“ als Wahlfach angeboten, bald auch in der Sekundarstufe 1 sowie in einigen Stadtteilschulen. Schließlich hat die Bundesrepublik mit der Unterzeichnung der „EU-Charta für regionale Minderheitensprachen“ die Verpflichtung übernommen, für entsprechende Rahmenbedingungen zu sorgen, die das Erlernen des Plattdeutschen in öffentlichen Bildungseinrichtungen wie zum Beispiel Schulen ermöglichen.

multi-kultisch

In Hamburgs Klassenzimmern herrscht Multikulti. Fast jedes zweite Kind stammt aus einer Zuwandererfamilie. Und auch immer mehr Lehrer_innen haben einen Migrationshintergrund, wie eine Parlamentarische Anfrage des SPD-Abgeordneten Kazim Abaci zeigt. So sind seit dem 1. Februar 272 Referendar_innen im Dienst, davon haben 61 einen Migrationshintergrund. Sie stammen ursprünglich u.a. aus Bosnien, Griechenland, Italien, Polen oder Afghanistan. 15 von ihnen unterrichten am Gymnasium, 26 an der Primarschule, 13 an beruflichen Schulen und sieben an Sonderschulen. Dabei nimmt die Zahl der Lehrer_innen mit Migrationshintergrund zu. Waren es 2009 nur 16,7 Prozent sind es jetzt 22,8 Prozent.

Wir haben einen Vorschlag gemacht,…

GEW legt Eckpunkte für eine Oberstufenreform vor und fordert eine breite schulpolitische Debatte ein

Die GEW begrüßt, dass der vielfach beschworene Schulfrieden der Debatte um ein zukunftsfähiges Schulsystem weicht und nimmt dies zum Anlass, Eckpunkte einer Oberstufenreform zu formulieren, die allen weiterführenden Schulen gerecht wird. Zugleich kritisiert sie den Schlingerkurs der SPD. Die Konflikte um das zwei-Säulen-Modell waren zu erwarten. Die SPD hat den Stadtteilschulen immer mehr Aufgaben, wie Inklusion und Ganztag, ohne angemessene Ausstattung aufgebürdet und kündigt nun hilflose Ausweichbewegungen aus Angst vor einem drohenden Volksentscheid der Initiative „G9-jetzt-HH“ an.

„Die vorliegenden Kompromissvorschläge von CDU und Grünen an die Initiative „G9-jetzt-HH“, dass es eine Rückkehr für die meisten Gymnasien zu G9, bis auf ein paar wenige, geben könne, führen uns zurück zu einem dreigliedrigen Schulsystem: wenige Gymnasien mit G8, Gymnasien mit G9 und Stadtteilschulen. Dabei hätten die Gymnasien mit G9 kein Unterscheidungsmerkmal mehr zu den Stadtteilschulen mit Oberstufen. Die Stadtteilschulen liefen unter einer solchen Struktur zudem Gefahr, sich in Teilen zu Schulen ohne Oberstufe und sich so faktisch zu H/R-Schulen zurück zu entwickeln. Eine weitere Schulform brauchen wir jedoch nicht – zwei sind schon zu viel! Statt eines Schnellschusses fordern wir daher eine Entschleunigung der Debatte und eine breite Diskussion aller Beteiligten mit dem Ziel einer Reform der Oberstufe an allen weiterführenden Schulen“, kommentiert **Anja Bensinger-Stolze**, Vorsitzende der GEW Hamburg.

Die GEW strebt seit langem eine Schule für alle an. Um diesem Ziel näher zu kommen schlägt die GEW folgende Eckpunkte für eine Reform aller weiterführenden Schulformen vor: In den Jahrgangsstufen 5 bis 10 (Sekundarstufe I) müssen sich die Rahmenbedingungen für die Lehrenden und Lernenden verbessern, z.B. durch Senkung der Klassengröße und Lernförderung. Mit dem Ende der Jahrgangsstufe 10 schließt die Sekundarstufe I in allen Schulformen mit den Anforderungsprofilen des Mittleren Schulabschlusses ab. In der Sekundarstufe II ist eine umfassende Reform nötig. Die Sekundarstufe II wird in 2 – 4 Jahren durchlaufen. Es gibt eine flexible Einführungsphase, die übersprungen werden kann. Die Qualifikationsphase dauert 2 bis 3 Jahre. Die Sekundarstufe II endet mit dem Erwerb des Abiturs.

Um gleiche Entwicklungschancen für Stadtteilschulen und Gymnasien herzustellen stellt die GEW darüber hinaus folgende Anforderungen an eine Reform: Erstens, dass alle weiterführenden Schulformen gleichermaßen Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf aufnehmen und die Inklusion nicht nur von den Stadtteilschulen getragen wird, zweitens dass alle Schulformen ein Ganztagsangebot vorhalten und drittens, dass alle Schulformen Berufsorientierung anbieten.

„In Hamburg könnte eine „Sekundarstufe I für alle“ das Nebeneinander von 8jährigen Gymnasien und 9jährigen Stadtteilschulen ablösen und den Diskurs um G8/G9 beenden. Sie könnte damit auch Beispiel für andere Bundesländer sein und der zunehmenden Zersplitterung der Schulstrukturen in Deutschland entgegenwirken. Wir erwarten von der SPD, dass sie sich nicht nur an den Interessen der Initiative „G9-jetzt-HH“ orientiert, sondern gemäß ihrer bildungspolitischen Ziele die Interessen aller, auch der sozial Benachteiligten, vertritt: Das Schulsystem hat soziale Ungleichheiten zu reduzieren, nicht zu reproduzieren“, so **Bensinger-Stolze** abschließend.

Presseerklärung der GEW vom 26.3.2014

Wer zerschlägt den Gordischen Knoten?

...an dem man sich reiben kann

Wie es gelingen kann, die divergierenden Interessen in Sachen Schulstruktur zusammenzubringen

Der bislang parteiübergreifende Beschluss lautet – bei aller Unterschiedlichkeit im Detail –, wenn man ihn direkt für die Eltern übersetzen wollte: Liebe Eltern, die ihr Sorge um euer Kind habt, dass es im Stress unter G8 ein Teil seiner Kindheit einbüßt, gebt es doch auf die Stadtteilschule. Dort hat es doch ein Jahr mehr Zeit.

Diese Einschätzung unterschätzt die Dimension des Problems, weil sie die objektive Spaltung der Gesellschaft in Bildungsorientierte und von Bildung Abgekoppelte ignoriert. Die bildungsorientierten Eltern entscheiden aus Angst vor dem sozialen Abstieg; das ist systemimmanent betrachtet folgerichtig. Da unser System auf Konkurrenz und nicht auf Solidarität aufbaut, kann man von den Eltern nicht erwarten, dass sie wissentlich ihr Kind in eine Bildungseinrichtung geben, die durch die soziale Zusammensetzung das Lernen erschwert und nachweislich nicht zu den gleichen Ergebnissen führt wie das Gymnasium (s. KESS 12/13). Und selbst die aufgeklärteren Eltern (Lehrer_innen!) sind eben nicht bereit, ihr Kind auf dem Altar einer hehren Idee zu opfern!

Von daher kann das 2-Säulen-Modell nicht funktionieren. Es wird die soziale Spaltung perpetuieren und sich angesichts der jüngsten Entwicklung (käme es zu einer Öffnung in Richtung G9) noch verschärfen. Auch nicht, wenn man durchsetzen könnte, dass an den Gymnasien die Inklusion und Berufsorientierung Einzug halten müsste. Das kompensiert keinesfalls den o.g. systemischen Konflikt.

Aus diesem Grund ist der jetzt von der GEW auf den Weg gebrachte Vorschlag nicht nur der richtige, sondern vielleicht der einzig gangbaren Weg.

Wo, wenn nicht in einem Stadtstaat wie Hamburg, ließe sich so etwas besser organisieren? Es ist absurd eine Oberstufe zu haben, in der so getrennt wird, wie bisher. Aufgrund des großen Leistungsspektrums auch und gerade in den Gymnasien und dem Umstand, dass das Leistungsniveau an bestimmten Gymnasien sich nach KESS12/13 zu 60 Prozent mit dem an manchen Stadtteilschulen übeschneidet, bietet sich die vorgeschlagene Differenzierung in G8-10 doch geradezu an. Dies entspräche einer Situation an den Gymnasien, die ja einen nicht geringen Teil ihrer Schüler_innenschaft in ‚alten Tagen' qua so genannter ‚Ehrenrunde' – diesen euphemistischen Begriff brauchte man, um die Kränkung zu verdrängen – auch nur in 14 Jahren zum Abitur gebracht hat. Darüber hinaus wäre dies eine Rückkehr zu einem Einführungsjahr – diesmal allerdings optional –, das es, der Oberstufe vorgeschaltet, im alten System an den Aufbau- und beruflichen Gymnasien gab. Darüber hinaus wäre in den geschaffenen großen Systemen über das Kurssystem eine Ausdifferenzierung möglich, in die Dinge wie Auslandsschuljahr, ‚soziales Jahr' oder die ‚Weltumsegelung' – die jetzt doch viele nach dem Schnelldurchlauf in 12 Jahren machen - integriert werden könnten.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Der Vorschlag soll die bisherige Struktur in Stadtteilschule und Gymnasium nicht in Frage stellen. Ob und inwieweit es unter der Voraussetzung der Systeme zu einer Konvergenz der beiden Säulen kommen könnte, muss die Zukunft entscheiden.

Wir haben die schulpolitischen Sprecher_innen der Bürgerschaftsfraktionen, den mittlerweile fraktionslosen Abgeordneten Walter Scheuerl und die Initiatorin von G9, Mareile Kirsch, gefragt, was sie von unserem Vorschlag halten. Das dokumentieren wir im Folgenden.

JOACHIM GEFFERS

Die Reihenfolge erfolgte nach Eingang der Stellungnahmen

„Machbar ist es"

Weg mit dem „Maulkorb" Schulfrieden

Stellungnahme von Sabine Boeddinghaus, schulpolitische Sprecherin ‚Die Linke'

Sehr begrüßenswert an dem GEW - Vorschlag ist aus meiner Sicht die Klarstellung, dass eine erneute grundlegende Diskussion um die richtige Ausrichtung unseres Schulsystems dringend notwendig ist und damit das offizielle Ende des sogenannten «Schulfriedens» ausgerufen werden muss.

Genau betrachtet soll der von SPD, CDU, Grüne und FDP konstruierte «Schulfrieden» lediglich der Disziplinierung aller Kritiker_innen des 2-Säulen-Modells dienen. Auf wenigstens zehn Jahre angelegt, ging dem Modell früher die Luft aus, als selbst von den schärfsten Gegner_innen prognostiziert.

Nicht nur die bereits zahlreichen Schulgesetzänderungen der Erfinder dieses «Schulfriedens», sondern auch die Erkenntnis, dass die soziale Spaltung durch die Zwei-Säuligkeit verstärkt und nicht gemindert wird sowie die derzeitig heftig stattfindende Diskussion um G8/G9 an den Gymnasien entlarven dieses parteipolitische Stillhalteabkommen als untauglich. Klar ist doch schon lange, dass es unter den gegebenen sozial ungerechten und unzureichenden Rahmenbedingungen keinen Schulfrieden geben kann!

Das Konzept einer Schulform übergreifenden Oberstufenreform, nach der mehr individuelle Lernzeit bis zum Abschluss eingeräumt werden soll, ist sehr charmant und durchaus realisierbar. Bereits die Volksinitiative Eine Schule für Alle hatte in ihrem Gesetzesentwurf eine modularisierte Oberstufe skizziert.

Die wahre Herausforderung jeder Diskussion um eine bessere, geruhsamere und vor allen Dingen sozial gerechtere Schule ist und bleibt aber die Organisation der Mittelstufe. Und hier liegt auch beim GEW-Vorschlag reichlich Zündstoff, wenn er eine gemeinsame Sekundarstufe I für alle fordert.

Niemand kann übersehen, dass sich die beiden «Säulen» Stadtteilschule und Gymnasium zueinander verhalten wie zwei kommunizierende Röhren: Nimmt man bei der einen eine (strukturelle) Veränderung vor, hat das unmittelbare Auswirkungen auf die andere.

Wenn also alle Gymnasien das Abitur wieder nach 9 Jahren einführen, verlieren die Stadtteilschulen ihr profiliertestes Alleinstellungsmerkmal (der längeren Schulzeit bis zum Abitur) und geraten bei den Eltern (als dann die 3. Säule) noch weiter ins Hintertreffen. Da von «gleichberechtigten» Säulen in der Fläche bisher schon nicht die Rede sein kann, wäre diese Entwicklung das endgültige Aus für das «Zukunftsmodells» Stadtteilschule. Die Hoffnung der Befürworter_innen des 2-Säulen-Modells, auch sogenannte bildungsnahe Eltern für die Vorzüge der Stadtteilschule zu begeistern, wäre zerschlagen.

Worum geht es bei dieser Debatte? Wirklich nur um ein zusätzliches Schuljahr am Gymnasium oder schon eher um die Durchsetzungsfähigkeit von Eltern, die Kompetenz, Zeit und Mittel haben, ihre Interessen so zu vertreten, dass sie damit die Regierenden in arge Bedrängnis bringen? Die SPD fürchtet nämlich nichts mehr als eine neuerliche Schulstrukturdebatte, noch dazu im kommenden Bürgerschaftswahlkampf!

Ich möchte diese Debatte nutzen, um erstens alle zu ermuntern, die Strukturdebatte mit der inhaltlichen Weiterentwicklung unseres Bildungswesens zu verknüpfen und darüber zu streiten, welchen Stellenwert Bildung heute aus der Perspektive der Kinder und Jugendlichen haben muss. Und zweitens um deutlich zu machen, dass das 2-Säulen-

KNOTEN ZERSCHLAGEN

Modell soziale Ungleichheit reproduziert, ja verstärkt, was politisch allerdings auch von vielen genau so gewollt ist! Der Schritt von der Mehrgliedrigkeit zur Zweigliedrigkeit verstärkt die soziale Spaltung nachweislich dramatisch.

Wären beide «Säulen» wirklich gleichberechtigte Alternativen und im Ansehen bei Hamburgs Eltern ebenbürtig, könnten doch alle Schülerinnen und Schüler, denen es am Gymnasium zu schnell und zu stressig ist, hoch erhobenen Hauptes an die Stadtteilschule gehen und ihre gewonnene Freizeit außerschulisch nutzen.

Die Stadtteilschule ist aber, wie die aktuellen Anmeldezahlen zeigen, für immer mehr Eltern keine Option. Je nach Herkunft, Bildungshintergrund und sozialem Status begreifen die einen das Gymnasium als Chance für ihre Kinder auf sozialen Aufstieg und fürchten die anderen den Besuch der Stadtteilschule als Stigmatisierung und sozialen Abstieg. Der Kampf um gemeinsames bzw. strikt getrenntes Lernen ist leider immer auch ein Klassenkampf, nach dem Motto: da wo ein « Oben» ist, muss auch ein « Unten» sein.

Deswegen muss aus meiner Sicht eine Neuorganisation der Lernzeit in der Oberstufe, so wie es GEW und im Übrigen auch DIE LINKE fordern, verbunden werden mit einer Neuausrichtung der Mittelstufe und zwar an allen weiterführenden Schulen: Mit einer gemeinsam getragenen Verantwortung für eine gelingende Inklusion an Stadtteilschule und Gymnasium und mit dem Verbot des Abschulens nach der 6. Klasse (und im weiteren Verlauf der Sekundarstufe I) vom Gymnasium an die Stadtteilschule.

Gleichzeitig möchte ich mit diesem Beitrag anregen, Soziales Lernen, Soziale Kompetenz und Teamfähigkeit als feste Bestandteile der Bildungspläne so wichtigen Fächern wie Mathematik, Deutsch und Fremdsprachen gleichrangig an die Seite zu stellen. Dies nicht mehr nur in einzelnen Jahrgängen und Schulen, sondern flächendeckend und nachhaltig! Dann könnte das Lernen in inklusiven Klassen zum Markenzeichen guter Schulen werden, egal wie sie am Ende hießen!

Ich meine, dass Parteien hier eine große gesellschaftliche Verantwortung tragen und meinungsbildend in die Bevölkerung/Elternschaft hinein wirken müssen.

Die politisch Handelnden, Parteienvertreter_innen wie auch Bürger_innen, die eine Volksinitiative repräsentieren, müssen die grundlegende Frage beantworten, in welcher Gesellschaft wir alle leben wollen und welche Vor- und Menschenbilder die nachwachsende Generation wertzuschätzen lernen sollte.

Wir wissen aus vielen integrativ arbeitenden Schulen - und Hamburg hat hier eine großartige Tradition -, dass das gemeinsame Lernen nicht zu Vereinheitlichung und Gleichmacherei beiträgt, sondern ganz im Gegenteil zu Respekt vor Vielfalt und Toleranz von Andersartigkeit.

Ich möchte all diejenigen aufrufen, die sich in der Vergangenheit aktiv an dieser Entwicklung beteiligt haben, sich wieder in diesen, aus meiner Sicht so dringend notwendigen Diskurs einzubringen und viele andere mit ihrer Überzeugung und Begeisterung anzustecken!

Schon jetzt ließen sich in diesem Sinne Kooperationen von Stadtteilschulen und Gymnasien organisieren und in regionalen Schulentwicklungsplänen realisieren, und zwar zum Vorteil aller Kinder und Jugendlichen.

Kurz und gut und anknüpfend an den Anfang: Echter Schulfrieden wird erst möglich mit der Überwindung des 2- Säulen-Modells in einem inklusiven Schulwesen! Machbar ist es. Der GEW Vorschlag zeigt in die richtige Richtung. «

Wer wird unser Alexander oder Alexandra die Große?

Der Ausdruck **Gordischer Knoten** bezeichnet ursprünglich kunstvoll verknotete Seile, die einer griechischen Sage nach am Streitwagen des phrygischen Königs Gordios befestigt waren. Sie verbanden die Deichsel des Wagens untrennbar mit dem Zugjoch. Bekannt wurde der aus dem Bast der Kornelkirsche bestehende Knoten, weil Alexander der Große ihn mit seinem Schwert durchschlagen haben soll. Quelle: wikipedia

Foto: hlz

Nur diese Suppe schmeckt

Untauglicher Versuch

Stellungnahme von Walter Scheuerl, fraktionsloser Abgeordneter in der Hamburger Bürgerschaft

Der Vorschlag der GEW, der Debatte um eine Wiedereinführung von G9-Angeboten in Hamburg mit einer „Sekundarstufe I für alle“ und einer anschließenden flexiblen Sekundarstufe II zu begegnen, ist ein untauglicher Versuch, die „Schule für alle“, die mit dem Scheitern des Volksbegehrens „Eine Schule für Alle“ im Herbst 2008 eine klare Absage durch die Hamburgerinnen und Hamburger erfahren hat, jetzt durch die Hintertür einzuführen. In der Sache selbst ist der Vorschlag der GEW jedoch vom gedanklichen Ansatz her verfehlt.

Der Vorschlag der GEW wird neben dem Ziel der „Schule für alle“ ausdrücklich damit begründet, dass in der Sekundarstufe II eine umfassende Reform nötig sei. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall: Die Sekundarstufe II arbeitet sowohl an den Gymnasien als auch an den Stadtteilschulen bzw. früheren Gesamtschulen vorbildlich. Die KESS 13-Studie hat ergeben, dass jedenfalls die mit dieser Studie abgefragten „Kompetenzen“ der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe II deutlich gesteigert werden konnten und die erzielten Lernzuwächse im Vergleich zu den Lernständen in der Sekundarstufe I deutlich besser waren. Für Kenner der Materie ist das keine Überraschung. Denn die Schülerinnen und Schüler an den Gesamtschulen haben (von Ausnahmen abgesehen) mit dem Eintritt in die Sekundarstufe II erstmals eine durchgehende echte äußere Differenzierung und einen Unterricht mit gymnasialem Anspruch erlebt.

Die eigentlichen Probleme der Stadtteilschulen in der Sekundarstufe I hängen mit der unzureichenden äußeren Differenzierung in der Sekundarstufe I zusammen und nicht damit, dass die Stadtteilschulen zu viele Inklusionsschüler_innen hätten, was der GEW-Vorschlag indes unterschwellig suggeriert, wenn er die Aufnahme zusätzlicher Inklusionsschüler_innen auch an den Gymnasien fordert. Es ist deshalb auch diese sachlich nicht angebrachte Verknüpfung der G8/G9-Debatte mit dem Schicksal der 2009 unter Schwarz-Grün beschlossenen Einführung der sog. Stadtteilschulen, die zu der gegenwärtig zu erlebenden Emotionalisierung der Debatte führt. Das Problem der Stadtteilschulen besteht in ihrem weitgehenden Verzicht auf eine hinreichende äußere Differenzierung in abschlussbezogene Klassen und Kurse in der Mittelstufe. Diese unzureichende äußere Differenzierung ist es, die dazu führt, dass die Behauptung, die Stadtteilschulen würden ja schon ein „G9“ anbieten, von einzelnen Ausnahmeschulen mit echtem Gymnasialzweig abgesehen, schlicht irreführend ist.

Die eigentlichen Probleme des aktuellen Hamburger Schulsystems hängen damit zusammen, dass in der Schwarz-Grün-Koalition mit der Einführung der Stadtteilschulen im Primarschul-Paketgesetz vom Oktober 2009 auch der Leistungsanspruch durch die Abschaffung der Möglichkeit des Sitzenbleibens und die Abschaffung der Möglichkeit der Abschulung nach Jahrgangsstufe 7 reduziert wurde. Hinzu kommen noch die Maßnahmen, die Schulsenator Ties Rabe (SPD) seit seinem Amtsantritt im März 2011 umgesetzt hat:

- Reduzierung der Bildungspläne auf bloße „Kompetenzorientierung“
- Abschaffung der regelhaften neutralen, externen Zweitgutachten bei Abiturprüfungen
- Abschaffung der verbindlichen neutralen Zweitgutachten auch schulintern.

Man könnte es deshalb auch so ausdrücken: „Das eigentliche Problem der Hamburger Schulen sitzt, wie so oft in den letzten Jahren, auf dem Ledersessel des Schulsenators.“

Eine Wiedereinführung von G9-Gymnasien ist wegen einer längeren Lernzeit theoretisch

mit Chancen für eine vertiefte gymnasiale Bildung verbunden. Angesichts der politischen Ausgangslage in Hamburg birgt sie aber für Hamburg auch Risiken. Denn solange Schulsenator Rabe oder andere Vertreter seiner schulpolitischen Ausrichtung mit dem Hang zur „Schule für alle“ in der Schulbehörde das Sagen haben, solange besteht die Gefahr, dass ein „G9“ nur als Vehikel zu weiterer Nivellierung der Leistungsanforderungen und langfristig zur Auflösung von Gymnasien missbraucht wird.

Für ein gutes G9 bräuchte es also

- eine/n andere/n Schulsenator/in und
- eine gänzlich andere, wissens- und leistungsorientierte Ausrichtung der Schulpolitik
- Bildungspläne, die den Namen verdienen
- die Möglichkeit des Sitzenbleibens
- die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen in beide Richtungen.

Es ist überdies falsch zu behaupten, durch das Volksgesetzgebungsverfahren über eine Wiedereinführung des 9-stufigen Gymnasiums (G9) mit einem Abitur in der 13. Klasse sei der „vielfach beschworene Schulfrieden“ in Gefahr, wie es der GEW-Vorschlag in seiner Begründung nahelegt. Die Unterzeichnung der parteipolitischen Vereinbarung zwischen drei Parteien: SPD, CDU und GAL (GRÜNE) am 3. März 2010 war seinerzeit nicht mehr als ein parteipolitischer Primarschul-Pakt (Hamburger Abendblatt), ein Mogel-Schulfrieden (ZEIT), mit dem sich drei der damaligen Bürgerschaftsparteien (ohne LINKE) für die Kampagne zum Volksentscheid gegen die Primarschule gegen das Elternnetzwerk «Wir wollen lernen!» zusammenschlossen und hinter die Primarschul-Pläne stellten. Die GAL (GRÜNE) sagte sich bereits wenige Tage nach dem Volksentscheid von der Vereinbarung los und die LINKE fühlte sich nie an das Papier gebunden. Die SPD und Senator Rabe betreiben unterdessen parallel zu den aktuellen Entwicklungen seit dem erfolgreichen Volksentscheid gegen die Primarschule ihr schon 2007 in der Enquête-Kommission ausdrücklich protokolliertes Bekenntnis zu einer „Schule für alle» weiter und sprechen dabei von einer inneren Entwicklung der Schulen. In dieser schleichenden Entwicklung liegt die eigentliche Gefahr für das Hamburger Schulsystem und die Zukunft der Hamburger Schülerinnen und Schüler. «

G9 – kein Rollback

Als vor zehn Jahren der forsche Konteradmiral Lange als frischgebackener FDP-Schulsenator in der von Beust/Schill-Koalition mit an der Spitze der Kultusminister stand, die mit Verve das 12-jährige Abitur per Dekret durchsetzten, weil – so unisono - andernfalls die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Spiel stände, gab es allerorten genügend Claqueure für diese Maßnahme. Wer seinerzeit noch voll auf dem Ticket der neo-liberalen Reformer fuhr, muss hier nicht einzeln genannt werden – nur so viel, dass es doch keine unbedeutende Zahl an Leuten gab – auch aus den eigenen Reihen –, die heute voller Überzeugung für das G9 eintreten.

Heute ist klar, was mit dieser Entscheidung so manchem Kind und Jugendlichen angetan wurde und wird. Der Raub eines Teils der Kindheit wiegt schwer und kann auch nicht ansatzweise mit dem Argument, dass dies nun mal der Tribut an die Globalisierung sei, gerechtfertigt werden. Dieser technizistische Blick auf die Dinge, alles schlanker, effizienter und damit vermeintlich fortschrittsgerechter zu machen, entpuppt sich in sein Gegenteil: Junge gestresste Menschen, denen es abtrainiert wurde, über den Tellerrand zu blicken, sind gerade nicht die Garanten für eine menschlichere Zukunft. Es ist auch ein Tritt gegen all jene Generationen, die mindestens seit der Aufklärung dafür gekämpft haben, dass Bildung sich nicht nur als Anhängsel einer den wirtschaftlichen Erfordernissen geschuldeten Entwicklung versteht. Was also mit dem G8 geopfert wurde, war nichts weniger als das humanistische Bildungsideal. Auch wenn dieses als Perspektive ursprünglich sicherlich nicht für die breiten Volksschichten gedacht war, so haben sich Generationen von Menschen dafür eingesetzt, dass die ‚allseits gebildete Persönlichkeit‘ sich nicht nur bei den Angehörigen der privilegierten Schichten entwickeln konnte. Somit würde man bei einer Rückkehr zu G9 auch all jenen gerecht, die seit jeher in emanzipatorischer Absicht für ein gerechteres Bildungssystem eingetreten sind.

JOACHIM GEFFERS

Nivellierung nach unten

Stellungnahme von Karin Prien, schulpolitische Sprecherin der CDU

Die Volksinitiative „G9-Jetzt-HH!“ fordert die unverzügliche, flächendeckende Umsetzung von G9 an allen Gymnasien. Die Realisierung dieser Forderung würde zu massiven Problemen im gesamten Hamburger Schulsystem, aber auch für die betroffenen Schüler_innen führen. Daher ist es richtig, die Debatte um G9 am Gymnasium möglichst breit und öffentlich zu führen. Vor diesem Hintergrund begrüße ich den Vorschlag der GEW und bedanke mich für die Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen. Ich hoffe, dass eine sachliche Diskussion und Prüfung der Argumente in den nächsten Monaten in allen Medien geführt wird.

Inhaltlich lehnt die CDU-Bürgerschaftsfraktion den Vorschlag der GEW ab. Er formuliert ganz klar das Ziel einer „Schule für alle“ und dieses Ziel wird von uns nicht geteilt. Die Folge der Einführung einer Schule für alle wäre nach meiner Überzeugung eine starke Nachfrage an den Privatschulen. Zudem wäre die Heterogenität an einer Schule für alle noch größer und würde zu einer Überforderung zumindest eines Großteils der Lehrer_innen führen. Da es nicht allen Unterrichtenden gelingen würde, jedem/r Lernenden individuell gerecht zu werden, wäre eine weitere Nivellierung nach unten zweifellos die Folge.

Foto: HA

„Gegen eine Einführung der Einheitsschule durch die Hintertür werden wir uns politisch vehement zur Wehr setzen.“ (Karin Prien)

Zu den konkreten Vorschlägen der GEW

Reform der Sek II: Eine Sekundarstufe II, die in 2-4 Jahren durchlaufen werden kann, lehnen wir ab. Aus unserer Sicht sollten sich Gymnasium und Stadtteilschule durch ihren Bildungsauftrag und ihre Schülerschaft klar voneinander unterscheiden. Neben dem Bildungsauftrag ist ein wesentlicher Unterschied dabei die Dauer bis zum Erwerb des Abiturs.

Ausweitung der Inklusion auf die Gymnasien: Schon heute gibt es auch an den Gymnasien Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf – allerdings nur solche, die zielgleich beschult werden. Das finden wir richtig so. Würde man diese Regelung aufweichen, hätte man in den Klassen 5 und 6 künftig auch am Gymnasium Schülerinnen und Schüler, die den gymnasialen Anforderungen nicht gerecht werden. Was sollte mit diesen Schülerinnen und Schülern nach Klasse 6 geschehen? In §42 Absatz (5) Hamburgisches Schulgesetz heißt es: „Für den Übergang in die Jahrgangsstufe 7 des Gymnasiums, in die Sekundarstufe II oder in eine andere Schulform ist erforderlich, dass die Schülerin oder der Schüler die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Mitarbeit in der gewählten Schulstufe oder Schulform erfüllt. Die Zeugniskonferenz stellt fest, ob die Voraussetzungen für den Übergang vorliegen. Ist nicht zu erwarten, dass die Schülerin oder der Schüler den Anforderungen des achtjährigen gymnasialen Bildungsgangs gewachsen sein wird, wechselt die Schülerin oder der Schüler in die Jahrgangsstufe 7 der Stadtteilschule.“ Es wäre nicht gerecht, diesen Paragraphen für Inklusionskinder außer Kraft zu setzen und für alle anderen Schüler nicht. Die Forderung ist somit nur mit einer Schule für alle in Einklang zu bringen und wird von uns daher abgelehnt.

Ganztagsangebote an allen Schulformen: Ein Ganztagsangebot an allen Schulformen halten wir für richtig. Allerdings legen wir Wert darauf, dass es wohnortnahe Wahlmöglichkeiten zwischen Halbtagsschulen, offenen Ganztagsschulen und gebundenen Ganztagsschulen gibt, um der individuellen Situation der Schülerinnen und Schüler und ihrer Familien gerecht zu werden.

Berufsorientierung an allen Schulformen: Es ist richtig, dass

es an allen Schulformen eine Berufs- und Studienorientierung gibt. Allerdings muss sich die Ausgestaltung deutlich unterscheiden, da sich auch der Bildungsauftrag von Gymnasium und Stadtteilschule unterscheidet. Das Gymnasium wendet sich in erster Linie an die besonders leistungsstarken Schüler_innen und ist primär auf die Erlangung der allgemeinen Hochschulreife ausgerichtet. Daher spielt die Berufsorientierung im Vergleich zur Studienorientierung eine untergeordnete Rolle. Die Stadtteilschule dagegen führt je nach individuell geförderter Leistung, Neigung und Befähigung zur Erlangung des ersten oder mittleren Bildungsabschlusses, der Fachhochschulreife oder der allgemeinen Hochschulreife. Aus unserer Sicht hat die Stadtteilschule daher im besonderen Maße zur Berufs- und Studienorientierung ihrer Schüler_innen beizutragen.

Fazit: Die Forderungen der GEW sind nur stimmig innerhalb eines Schulstrukturmodells, das keine Unterscheidung zwischen verschiedenen Schulformen macht, sondern von einer Schule für alle ausgeht. Die CDU lehnt dieses Modell ab und spricht sich für die Beibehaltung des Zwei-Säulen-Modells aus. Wir sind davon überzeugt, dass zur Stärkung dieses Modells keine Angleichung, sondern eine klare unterschiedliche Profilierung beider Schulformen notwendig ist. «

Keine vorschnelle Entscheidung

Stellungsnahme von Lars Holster, schulpolitischer Sprecher der SPD

In der Debatte um die Rückkehr zum G9 an Hamburgs Gymnasien herrscht große Uneinigkeit. Sicher ist, dass eine Einführung von G9 – in welcher Form auch immer – an allen Hamburger Gymnasien unmittelbare und weitreichende Auswirkungen auf alle Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer sowie Schulleitungen und weiteres Personal der Gymnasien hätte. In der bestehenden Meinungsvielfalt darf es aus Sicht der SPD-Bürgerschaftsfraktion daher keine vorschnelle Entscheidung am grünen Tisch und über die Köpfe der Betroffenen hinweg geben.

Deswegen wollen wir ein Meinungsbild der gymnasialen Schulkonferenzen einholen, die als wichtigstes innerschulisches Gremium maßgeblich an jeder schulpolitischen Entscheidung beteiligt sind. Darüber hinaus laden wir alle weiteren schulischen Gremien, Organisationen, Elternräte an Grundschulen und Stadtteilschulen, aber auch Elternvertretungen von Kitas und Einzelpersonen ein, sich mit einer Stellungnahme an die Schulbehörde (g8g9@bsb.hamburg.de) zu wenden. Wir wollen genau in die Stadt hineinhören, um in der widersprüchlichen Stimmungslage zwischen Volksinitiative und Umfrage für das neunjährige Gymnasium auf der einen und kritischen Stellungnahmen von schulpolitisch Beteiligten auf der anderen Seite zu einem aussagekräftigeren Meinungsbild zu gelangen. Alle Stellungnahmen werden wir transparent auswerten und die Ergebnisse gemeinsam mit allen Fraktionen besprechen. Selbstverständlich würden wir auch die Volksinitiative „G9-Jetzt-HH“ hierzu einladen.

Mit diesem Vorgehen greifen wir auch die Vorschläge von CDU und Grünen zur Beteiligung der Schulkonferenzen der Gymnasien auf. Beide Positionspapiere mit detaillierten und

Foto: SPD

„Wir sind davon überzeugt, dass das Zwei-Säulen-Modell für Hamburg der beste Weg ist.“ (Lars Holster)

weitreichenden Vorschlägen sind sehr anerkennenswert. Auch der Vorschlag der GEW fordert eine breite Diskussion und greift wichtige Aspekte auf.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion steht uneingeschränkt zum Zwei-Säulen-Modell in Hamburg. Wir haben uns damals auf

breiter Basis für dieses System mit starken Gymnasien und starken Stadtteilschulen entschieden, in dem sich jede und jeder wiederfinden kann. Wenn man dieses System ändern will, muss man sich über die Konsequenzen im Klaren sein. Egal ob G9 an den Gymnasien oder eine Schule für alle – wir würden damit weitreichende Veränderungen in unserer etablierten und funktionierenden Schulstruktur vornehmen. Jede Schulreform ist eine Operation am offenen Herzen. Jede Schulreform bindet Zeit und Ressourcen, die ansonsten für guten Unterricht und damit einhergehend die stetige Verbesserung der Unterrichtsqualität sowie die Weiterentwicklung von Schulprofilen und -angeboten genutzt werden können. Guter Unterricht muss ein zentrales Anliegen jeder Bildungspolitik sein. Zur Erreichung dieses Ziels brauchen wir neben der Unterstützung durch die Politik und die vielen Maßnahmen, die wir auf den Weg gebracht haben, auch ein Stück weit Kontinuität und Planungssicherheit. Aus diesem Grund haben wir mit CDU und Grünen (damals noch GAL) den Schulfrieden geschlossen.

Natürlich schließt das Verbesserungen nicht aus. Hier haben wir nicht zuletzt mit dem Rahmenplan Schulbau für spürbare Verbesserungen gesorgt. Für rund 700 Mio. Euro sanieren wir bis 2019 die Schulgebäude der Stadtteilschulen. 13 Schulen werden komplett oder weitgehend neu gebaut, weitere 14 werden erheblich saniert oder erweitert. Auch personell haben wir in den letzten Jahren bei den Stadtteilschulen stark aufgestockt: 8,9 Pädagoginnen und Pädagogen kommen hier durchschnittlich auf 100 Schülerinnen und Schüler. Bei den Grundschulen sind es 8,4 Pädagoginnen und Pädagogen, bei den Gymnasien sogar nur 6,7. Gleichzeitig unterstützen wir im Rahmen von „Starke Schule“ gezielt die Stadtteilschulen, die sich in sozial stark belasteten Stadtteilen befinden.

Die massive Ausweitung der Oberstufenangebote an den Stadtteilschulen von 22 auf 47 Oberstufen in dieser Legislaturperiode brachte auch viele Gymnasiallehrerinnen und -lehrer, die selbstverständlich auch in der Sekundarstufe I unterrichten, an die Stadtteilschulen. Dieser „Lehrermix“ unterstreicht nach außen die Leistungsorientierung der Stadtteilschule und die Orientierung hin zum Abitur. Für bildungsorientierte Eltern ist dies ein wichtiger Faktor bei der Schulwahl. Die gerade erfolgreich in den Stadtteilschulen eingerichteten Oberstufen wieder auszugliedern, wie es der Vorschlag der GEW verlangt, würde bedeuten, ihnen auch die Gymnasiallehrerinnen und -lehrer wieder wegzunehmen. Das würde den Stadtteilschulen schaden.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion setzt weiterhin auf starke Gymnasien und starke Stadtteilschulen. Dafür werden wir uns weiter einsetzen. Der nächste Schritt in der Debatte um G8 und G9 ist für uns die Auswertung der Stellungnahmen. Grundsätzlich kann es für uns nur eine Lösung unter Beteiligung aller geben. «

Foto: Die Grünen

Das 2-Säulen-Modell als Realität anerkennen

Klingt vielversprechend

Stellungnahme von Stefanie von Berg, schulpolitische Sprecherin der Grünen

Wir GRÜNE setzen uns seit vielen Jahren für Eine Schule für Alle ein und haben dazu unser Konzept „9 macht klug“ entwickelt. Das gemeinsame längere Lernen ist nach wie vor auch unser Ziel. Dazu gehört auch die Neue Lernkultur, also individualisiertes Lernen anstatt Lernen im Gleichschritt. Viele Hamburgerinnen und Hamburger haben beim Volksentscheid 2010 für unser Konzept der Primarschule gestimmt – gewonnen haben allerdings mit geringer Mehrheit die Gegnerinnen und Gegner.

Dies hat die schulpolitische Situation in Hamburg stark geprägt und verändert.

Das jetzige 2-Säulen-Modell entspricht nicht dem GRÜNEN Konzept, ist aber nun Realität in Hamburg. Die Schulen sagen immer wieder, dass sie nun vor allem eines brauchen: Ruhe. Unser Interesse muss es daher auch sein, den Schülerinnen und Schülern im bestehenden System gute Lernbedingungen zu ermöglichen und sie zu unterstützen. Wir als politische Partei wollen Strukturen schaffen, die soziale Ungleichheiten reduzieren. Aktuell sehen wir uns einer Elterninitiative gegenüber, die mit ihren Forderungen chaotische Zustände an allen weiterführenden Schulen auslösen wird. Es gilt daher, die Umsetzung dieser Forderungen zu verhindern. Daher auch unser Kompromissvorschlag einer gedeckelten Einführung des G9 an einigen wenigen Gymnasien auf Beschluss der jeweiligen Schulkonferenz, verbunden mit der Forderung, dass sich diese Gymnasien an der Umsetzung der Inklusion beteiligen müssen.

Die Eckpunkte der GEW für eine Reform in Richtung gemeinsamer Oberstufen begrüßen wir sehr. Wir hatten bereits im vergangenen Jahr einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, der die Kooperationen zwischen den Oberstufen forderte (Drs. 20/6928). Auch der jahrgangsübergreifende bzw. flexible Lernweg überzeugt uns. Wir halten ihn schon jetzt in der Grundschule und der Mittelstufe für eine überlegene Unterrichtsform und können ihn uns auch für die Sekundarstufe II vorstellen. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die Neue Lernkultur gezielt gefördert werden, damit alle Schülerinnen und Schüler individualisiert lernen können.

Eine flexible Sekundarstufe II klingt vielversprechend und interessant. Auch wenn einige Fragen noch zu klären wären und Details bedacht werden müssen: In jedem Fall lohnt es sich, über neue Ideen ins Gespräch zu kommen. Unerlässlich ist jedoch eine größtmögliche Beteiligung von allen, deren Lebens- oder Arbeitsort die Schule ist. Wir würden uns freuen, wenn der Vorschlag der GEW dort breit diskutiert würde – denn Veränderungen müssen von unten wachsen und nicht von oben verordnet werden. «

Wir brauchen eine größere Durchlässigkeit

Stellungnahme von Anna von Treuenfels, schulpolitische Sprecherin der FDP

Die GEW hat Recht, finde ich, gleich mehrfach: Mehrere Hamburger Bürgerschaftsparteien schlingern in der Debatte um die künftige Hamburger Schulstruktur ganz erheblich, die regierende SPD vorn weg. Erst wollten die Genossen nichts wissen von einer wie auch immer gearteten Wiedereinführung des G9 an den Gymnasien. Doch je lauter der Pressewirbel um die „G9-jetzt-HH"-Initiative wurde, umso weicher wurde die Position der Sozialdemokraten. Jetzt sollen sich erst mal die Schulkonferenzen äußern, entschied der Schulsenator – immer gut, die Betroffenen zu Wort kommen zu lassen. Aber das ist auch Vertagung und Wiedervorlage als Mittel der politischen Taktik.

Noch viel krachender sind CDU und Grüne umgefallen: Die lange Zeit wiederholten Schwüre auf das Zwei-Säulen-Modell mit neun Jahren zum Abitur in der Stadtteilschule und acht im Gymnasium sind plötzlich nichts mehr wert. Aus Angst vor einem drohenden Volksentscheid brachte schwarz-grün unausgegorene Kompromissvorschläge in Umlauf: Schulfrieden ade zugunsten eines Kuddelmuddel von Optionen für G8 oder G9, nebeneinander oder auch nicht, an der einen oder der anderen Schulform. Das, so meine ich, ist leichtfertige Politik nach Umfragelage. Und auch hier hat die GEW Recht: Diese unausgegorenen Ideen würden der Stadtteilschule ihr Alleinstellungsmerkmal nehmen, die Gymnasien überfordern und am Ende auf eine Rolle Rückwärts zum dreigliedrigen Schulsystem hinauslaufen.

Hamburg braucht aus Sicht der FDP gar keine neue Schulstrukturreform, die letztlich nur auf Kosten einer weiteren Schülergeneration und vieler El-

tern und Lehrer etabliert würde. Hier hat die GEW nach meiner Auffassung nicht Recht, auch aus mehreren Gründen: Die Einheitsschule ist weder ein nötiges noch ein realistisches Ziel. Sie passt – anders als in anderen europäischen Ländern mit anderen Sozialstrukturen – nicht in die gesellschaftliche und historisch gewachsene Schullandschaft Deutschlands. Sie würde das erfolgreichste Institut der Schulgeschichte in unserem Land, das Gymnasium, schleifen. Sie ist kein Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit, sondern zu absehbarer Bildungsverflachung. Und sie würde eben auch Schul-Unfrieden und tausende ‚Reformopfer' hinterlassen, wenn sie denn käme. Deshalb lehnen wir auch gemeinsame Sekundarstufen als Einstieg in die Einheitsschule ab.

Die FDP dagegen hält klaren Kurs: Wir stehen zum Zwei-Säulen-Modell, wollen seine Weiterentwicklung und Stärkung. Statt dem Druck zugunsten unnötiger Schulstrukturveränderungen nachzugeben, sollte der Schulsenator nach unserer Auffassung endlich seine vielfach gemachten Ankündigungen in die Tat umsetzen und Maßnahmen zur Steigerung der Unterrichtsqualität ergreifen:

„Beitrag zu absehbarer Bildungsverflachung" (Anna von Treuenfels)

Wir brauchen eine größere Durchlässigkeit zwischen Gymnasien und Stadtteilschulen, nicht nur am Anfang und am Ende (letzteres übrigens von der FDP in der Bürgerschaft durchgesetzt), sondern auch in der Mitte.

Wir brauchen weniger Unterrichtsausfall und klug gemachten, spannenden Unterricht von gut ausgebildeten Lehrern.

Wir brauchen konkretere Bildungspläne und auch entsprechend umgesetzte Curricula, gerade für die mittleren Klassenstufen der Gymnasien.

Wir brauchen eine Nachhilfeförderung, die diesen Namen verdient und eine erleichterte Möglichkeit der Klassenwiederholung.

Und wir brauchen Stadtteilschulen, die nicht länger mit unterausgestatteter Inklusion oder schlechten Raumkonzepten alleingelassen werden – auch hier hat die GEW aus Sicht der FDP wieder Recht.

Wir Liberale sind überzeugt: Der Weg zu mehr Schulqualität und Bildungsgerechtigkeit führt über Kontinuität und Verlässlichkeit in der Struktur, über Arbeit im Detail und Verbesserung der Rahmenbedingungen. Daran wollen wir gemeinsam mit Hamburgs Lehrern arbeiten. «

Gleiche Kritik – unterschiedliche Lösungen

Stellungnahme von Mareile Kirsch – Initiatorin der Volksinitiative G9 – Jetzt !

Die GEW ist einer der wenigen Institutionen, die in Hamburg schon länger offen ausspricht, was 17 000 Unterzeichner der Volksinitiative mit ihrer Unterschrift und 70 Prozent der Hamburger bei der Umfrage des Hamburger Abendblattes in den letzten Monaten kritisieren: „Das Abitur nach 12 Jahren ist eine gesellschaftlich vollkommen sinnlose Reform, die von einem ideologisch neoliberal gefärbten Bildungssenator… übereilt und ohne jede inhaltliche Vorbereitung durch die Bildungsbehörde organisatorisch umgesetzt wurde. Folge: Gestresste Schüler- und LehrerInnen, besorgte Eltern." http://www.gew-hamburg.de/sites/default/files/hlz/ausgaben/hlz-gesamtausgabe-12-2013.pdf

Die „Jubelmeldungen" des Bildungssenators Ties Rabe über die guten Ergebnisse der G8 Abi-turienten in der KESS

12 Studie seien „voreilig und ungerechtfertigt“, so kritisierte die GEW außerdem schon am 27.11.2012. Es entspreche „nicht der Wahrheit, dass die Schulzeitverkürzung zum Abitur (G 8) zu besseren Schulleistungen geführt“ habe: http://bildungsklick.de/pm/86082/schulzeitverkuerzung-ist-und-bleibt-falsch/

Die Kritik an den Jubelmeldungen wurde jetzt wissenschaftlich bestätigt: Die Behauptung über die angebliche Gleichwertigkeit und in Teilen Überlegenheit des G8 Abiturs wurde von Bildungswissenschaftlern widerlegt, die bei einer detaillierten Überprüfung der Abiaufgaben einen Abstieg der Anforderung des G8 Abiturs im Vergleich zum früheren G9 Abitur nachgewiesen haben. In Mathematik und Biologie war das Niveau des G8 Abiturs deutlich niedriger. http://www.abendblatt.de/hamburg/article126381047/Mathe-Abitur-Niveau-in-Hamburg-sinkt-deutlich.html

Volksinitiative und GEW sind sich also in der Kritik an den negativen Folgen des G8 für Bildungsqualität und Lebensqualität der Kinder und Jugendlichen einig. Allerdings ziehen sie unterschiedliche Schlussfolgerungen, wie man die Probleme lösen kann.

Die GEW schlägt eine „Sekundarstufe I für alle“ vor, um auf diese Weise das Nebeneinander von 8jährigen Gymnasien und 9jährigen Stadtteilschulen abzulösen und den Streit um G8/G9 zu beenden. Die Sekundarstufe II soll je nach Bedarf zwei bis vier Jahre dauern. Der Vorteil: Dies Modell bietet ein Nebeneinander verschiedenen Geschwindigkeiten zum Abitur an, so wie es auch die Volksinitiative fordert, allerdings zum Preis einer neuen großen Schulstrukturreform und der Einführung einer Einheitsschule bis Klasse 10.

Die G9 Volksinitiative fordert dagegen eine Verlängerung der Schulzeit der Gymnasien auf 13 Jahre -, aber auf Basis des bestehenden Schulsystems der zwei Säulen, Stadtteilschule und Gymnasium, zwischen denen Eltern frei wählen können. Beide Schulformen sind gleichwertig, aber nicht gleich. Beide Schulformen müssen die bestmögliche Bildung und Lebensqualität für ihre Schüler anbieten und dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden. An beiden Schulformen sollen SchülerInnen das Recht haben, das G9 zu wählen, so wie es Philologen, Lehrerverbände und Bildungsforscher empfehlen: Eltern – nicht Schulkonferenzen oder Politik – sollen dabei für ihre Kinder selbst zwischen G9 oder das G8 am Gymnasium entscheiden können, beraten von Lehrern. Das ist die Kernforderung der G9 Volksinitiative.

Der niedersächsische Philologenverband hat ein Modell für die Umsetzung des G9 an den Gymnasien vorgelegt, in dem er „die sofortige Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium fordert – denn alles andere als die Rückkehr zu G9 ist für unsere Schülerinnen und Schüler nicht länger zumutbar und alles andere wäre angesichts der insgesamt schlechten Erfahrungen mit G8 nicht vertretbar. Da hilft auch keine Flickschusterei mehr, wie sie Kultusministerin Heiligenstadt (SPD, Niedersachsen) vorhat, indem sie die Leistungsansprüche senken will, so als sei der Schaden nicht ohnehin schon groß genug. G8 hat keine Zukunft mehr.“ http://phvn.de/images/GA_2SO_14.pdf

Das ist auch die Überzeugung der Volksinitiative G9-Jetzt-HH und vieler Eltern in Hamburg und bundesweit. „Last-Minute Entlastungen“ des G8 durch „Entkernen“ und Reduktion von Hausaufgaben lehnen sie ab, denn sie reduzieren die Qualität des G8 Gymnasiums noch weiter.

Mit seinem Umsetzungs-Modell kann nach Angaben des Philologenverbandes innerhalb weniger Monate auf G9 umgestellt werden, ohne großen Aufwand auch für die jetzigen Jahrgänge 5 bis 7. Dieses Modell verursache

„Volksinitiative und GEW sind sich in der Kritik an den negativen Folgen des G8 einig.“ (Mareile Kirsch)

„keine Kosten – im Gegenteil: Es schafft durch den Wegfall der höheren Stundenzahlen, im kommenden Schuljahr bereits in den Klassen 7 und 8, finanzielle Spielräume.“, so die Philologen.

Das G9 an Gymnasien bietet mehr Zeit für Vertiefung, nachhaltiges Lernen, Qualität der Bildung und Persönlichkeitsbildung, für Freiräume, selbstbestimmte Aktivitäten, Familienleben, Erholung und Lebensqualität. Bildung braucht Zeit. «

Höchst undemokratisch

Als sei es gestern gewesen

Höchst undemokratisch ist ein ‚Volks'-Begehren, an dem ein nicht unbeträchtlicher Teil migrantischer Eltern nicht teilnehmen darf.

Foto: privat

Die wirklich Betroffenen dürfen nicht abstimmen (Marina Mannarini)

2010 schrieb ich bereits: „Zuletzt vermisse ich eine klare Stellungnahme zu dem höchst undemokratischen Moment, den uns das Bündnis ‚Wir wollen lernen' (WWL) beschert: Eltern von Kindern mit Migrationsbiografie sind in erheblichem Maße von der im Sommer anstehenden Entscheidung betroffen, dürfen dennoch keine Stimme abgeben! Was hat das bitte mit einem VOLKSentscheid zu tun?"

Damals schon forderten wir ein demokratischeres Wahlrecht. Und wieder steht uns ein ernüchternder Moment bevor: Wenige umso privilegiertere Menschen zwingen eine ganze Stadt in die Knie.

Vom versprochenen Schulfrieden keine Spur, von „Mehr Demokratie" auch nicht.

Immerhin erbittet Senator Rabe die Meinung der Betroffenen, auch wenn Frau Kirsch dies kritisiert. Doch nach den erniedrigenden Kompromissangeboten am Politikertisch wirkt dieser vernünftige Schritt eher wie das letzte Zucken eines sterbenden Löwen. Unser Bildungssenator neigt bereits das Haupt in der großen Angst, die Geschichte der Hamburger Bildungspolitik könnte sich nach vier kurzen Jahren wiederholen und sein Stuhl mehr als unsicher werden.

Dabei hat uns die Elternkammer gezeigt, wie sich das demagogische Schloss der G9-Initiative durch sachliche Argumente in Luft auflösen lässt.

Die gesamte Schulbauplanung müsste neu konzipiert, die bereits laufenden Schulbauprojekte gestoppt werden, da aus dem Parallelangebot G8+G9 ein ganz anderer Raumbedarf resultieren würde.

Eine Verlängerung der Schulzeit auf den Gymnasien bei gleich bleibender Stundenzahl würde für die Schülerinnen und Schüler dieser Schulform zu einer drastischen Reduzierung der Wochenstundenzahl führen, so dass die Frage berechtigt ist: wie, wo und unter welcher Anleitung sollen sich Schüler_innen die für das Erlangen des Abiturabschlusses erforderlichen Lerninhalte aneignen?

Die zweite Säule des Hamburger Schulsystems – die Stadtteilschule – verlöre zusätzlich an Attraktivität, da sie, bereits jetzt mit allen erdenklichen Herausforderungen einer Großstadtschülerschaft belastet, keine Alternative für zurecht verunsicherte oder einfach ehrgeizige Eltern darstellt.

Wie gut, dass es die exzellent arbeitenden Elterngremien gibt. Vielen anderen Eltern geht einfach die Geduld aus. Sie sehen sich erneut ohnmächtig gegenüber einer Gruppe weniger Handlanger, die an das Insistieren nörgelnder Kinder erinnern: „Ich will aber. Hier und jetzt!". Auf sie kann die Politik – die Experten! – leider nur mit vielen Worten und letztendlichem Kleinbeigeben antworten.

Diejenigen, die einst unter sich bleibend „lernen wollten" – so der Name der Vorgängerinitiative –, sind offensichtlich nicht imstande, das Gesamtbild der Hamburger Bildungslandschaft (von Konzeption lässt sich nicht reden) zu betrachten. Stattdessen vertreten sie erneut ausschließlich die Interessen ihrer Elite und bestimmen entsprechend seit mindestens vier Jahren die Hamburger Bildungspolitik. Sie erzwingen Volksentscheide, an denen zahlreiche Wahlberechtigte ohne oder mit bereits erwachsenen Kindern teilnehmen werden.

Die wirklich Betroffenen dürfen nicht abstimmen (s. hoher Anteil migrantischer Eltern ohne deutschen Pass) müssen dabei zusehen, wie über sie, die Betroffenen, entschieden wird.

Heute wie vor vier Jahren bleibt die Frage: Was hat das bitte mit Demokratie zu tun?

MARINA MANNARINI
Bildungsreferentin für Migrantinnen

Foto: FG KiJu

TARIFAUSEINANDERSETZUNG

Warnstreik

Dieses war der erste Streich und der zweite folgt sogleich…

Nein, Lausbubenstreiche sind es dann doch nicht. Die Situation ist wesentlich ernster. Am 13. März fand der erste Verhandlungstermin über die Tarifanpassungen im öffentlichen Dienst in Potsdam statt. Aber verhandelt wurde dort nichts; konnte auch nicht, denn der Bund und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände ereiferten sich nur über die Höhe der gewerkschaftlichen Forderung von einem Sockelbetrag von 100,- Euro auf jedes Tabellenentgelt und einer anschließenden Erhöhung um 3,5%. Selber kamen sie ohne ein Angebot; es gab nichts zu verhandeln.

Folgerichtig riefen die Gewerkschaften zum Warnstreik auf, der in den Bundesländern an verschiedenen Tagen stattfand. Die Hamburger Kolleginnen und Kollegen aus dem öffentlichen Dienst wurden für den 19. März zu einem ganztägigen Warnstreik aufgerufen, die GEW-Hamburg organisierte ihn in den Kindertagesstätten, von denen eine ganze Reihe unter den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes, in Hamburg der Tarifvertrag AV-H, fallen.

Inhaltsgleich folgten wir dem ver.di-Aufruf zu der Warnstreikkundgebung vor dem DGB-Gebäude am Besenbinderhof und ließen uns ans Ende des Versammlungsplatzes schicken, damit ver.di den Platz für die „Rote-Teppich-Aktion“ wie geplant nutzen konnte. Unser GEW-KiJu-Fachgruppensprecher hatte seinen zum Wohnmobil ausgebauten Kastenwagen als „Mobile Streikgelderfassungsstelle“ umgerüstet und mit goldfarbenen Transparenten und GEW-Fahnen als Anlaufstelle für unsere Kolleginnen und Kollegen kenntlich gemacht.

Laut Medienberichten waren 1.200 bis 1.500 Streikende auf dem Platz versammelt und ließen ihre Forderungen über den Platz erschallen. Dank vieler ehrenamtlicher Helfer_innen mussten die knapp 260 GEW-Kolleginnen und Kollegen nicht „Schlangestehen“, sondern konnten ihre Eintragung sofort vornehmen oder auch ihren Eintritt in die GEW an Ort und Stelle vornehmen. Mit Fahnen und GEW-Flatterwesten ausgerüstet, trugen sie engagiert dazu bei, einen gelungenen Warnstreik sichtbar werden zu lassen.

Eine Besonderheit dieses Warnstreiks ist der Umstand, dass erstmalig in den Tarifaus-

Wir sind zwar jung, aber nicht naiv

einandersetzungen des öffentlichen Dienstes auf kommunaler Ebene die Hamburger Grundschulen, die grundsätzlich unter den nicht bestreikten Ländertarifvertrag, TV-L fallen, teilweise dennoch von diesem Warnstreik betroffen waren.

Etwas weniger als die Hälfte der GBS-Schulen haben als Kooperationspartner für die Mittags- und Nachmittagsbetreuung Kita-Träger, die unter den bestreikten Tarifvertrag fallen, auch stellen diese Kita-Träger Kolleginnen und Kollegen, die in ca. 15 der 75 GTS-Grundschulen als Erzieher_innen eingesetzt sind. Die Schulbehörde hatte diesen Umstand nicht bedacht und musste nun schnellstmöglich die Frage entscheiden, wer denn ab 13.00 Uhr für die Grundschulkinder an den GBS-Standorten zuständig sei, falls sich das Personal des Kooperationspartners vollständig im Arbeitskampf befindet.

Dass so viele Kolleginnen und Kollegen dem Streikaufruf gefolgt sind, ist allein schon ausreichend Beleg dafür, dass sie keine Wertschätzung für ihre verantwortungsvolle Arbeit erfahren. Die hohe Beteiligung zeigt auch, dass die Kolleginnen und Kollegen ihr Recht auf eine angemessene Bezahlung selbstbewusst einfordern und durch den Eintritt in die GEWerkschaft beweisen, dass sie verstanden haben, dass nur mitgliederstarke Gewerkschaften für Forderungen eintreten können, die gemeinsam Seit´ an Seit´ erstritten werden müssen.

JENS KASTNER,
Sprecher der Fachgruppe KiJu

Da ist noch Druck im Kessel

Keine Ermüdungserscheinungen im Streikverlauf – ganz im Gegenteil

Der zweite Warnstreiktag hat´s nun endgültig gezeigt. Doppelt so viele Streikende wie vor einer Woche, die Bereitschaft der Kolleginnen und Kollegen für eine angemessene Bezahlung ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit zu kämpfen wurde eindrucksvoll bewiesen.

Das Wetter war auf unserer Seite. Dem großartigen Einsatz nicht nur der Hamburger GEW-Funktionäre aus dem Kinder- und Jugendhilfebereich, sondern auch der unermüdlichen Unterstützung der Kolleginnen aus unserer Geschäftsstelle und unseres Geschäftsführers ist es zu verdanken, dass alle Streikteilnehmer_innen mit Streikwesten und GEW-Fahnen am Auftaktkundgebungsort ausgestattet wurden und sich nach der Abschlusskundgebung an unserer „mobilen Streikgelderfassungsstelle“ mit Laugenbrezel, Äpfel und Fruchtsaft versorgen konnten.

Durch den Besuch der ab 13.00 Uhr stattfindenden GEW-Streikversammlung im Curio-Haus konnten dann auch noch die Kolleginnen und Kollegen, die aufgrund von Teilzeitstellen erst ab Mittag arbeiten, aktiv

Ohne Mitgliedschaft und eintrag in die Streikliste kein Streikgeld - gelebtes Solidarprinzip – Jens Kastner erklärt

Gemeinsam sind wir unwiderstehlich

am Warnstreik teilnehmen. Dort erläuterte unser KiJu-Fachgruppensprecher den aktuellen Stand der Tarifverhandlungen und wiest im Anschluss auf weitere geplante GEW-Aktionen außerhalb der Tarifauseinandersetzungen hin. Diese Streikversammlung wurde von den Kolleginnen und Kollegen sehr gut angenommen und sollte fester Bestandteil der Aktionen zukünftiger Tarifauseinandersetzungen werden.

Die GEW-Tarifbeauftragten sind auch in der dritten Verhandlungsrunde in Potsdam und für die Tarifkommissionen der Gewerkschaften sind die Übernachtungsplätze schon gebucht, damit ein akzeptables Tarifergebnis sofort am Verhandlungsort in den Gremien behandelt und beschlossen werden kann. Da auch die Hamburger GEW mit mindestens zwei Delegierten dabei ist, werden wir in den Beratungen der Tarifkommissionen mitbestimmen.

JENS KASTNER
Sprecher der Fachgruppe KiJu
LV-Hamburg

TARIFABSCHLUSS

Ergebnisse, die sich sehen lassen können

Deutlich mehr als die Hälfte der Forderung wurde im Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes (Kommunen und Bund) zum 1. März 2014 gemeinsam erkämpft.

Drei Prozent im ersten Jahr, rückwirkend ab dem 1.3.2014 (mindestens 90,- Euro bei einer Vollzeitstelle) und im zweiten Jahr ab dem 1.3.2015 noch einmal 2,4 Prozent oben drauf. Ja, das ist ein Tarifabschluss, der sich sehen lassen kann! Ein spürbares Plus! Da fällt das Ergebnis, dass nun allen Kolleginnen und Kollegen 30 Urlaubstage gewährt werden, kaum noch auf. Dennoch: auch dies ist ein Erfolg.

Die Höhe des Abschlusses konnte nur deshalb erreicht werden, weil viele Kolleginnen und Kollegen den Streikaufrufen gefolgt waren. Dafür auch an dieser Stelle noch einmal ein großes Danke an Alle, die zu den Warnstreiks gekommen sind und an diejenigen, die uns in der Tarifauseinandersetzung unterstützt haben! Dieses Ergebnis wird zeitgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen, die unter den TVÖD-Bereich (Bund und Kommunen) und nicht unter die Besoldungsregelungen der Länder fallen.

Wie zu erwarten war, ist es wieder ein Abschluss mit einer zweijährigen Laufzeit. Den Wert dieser tariflichen Steigerung zu errechnen, ist wegen des „Zinseszins-Effektes“ nicht ganz einfach und führt selbst bei den Veröffentlichungen der Gewerk-

schaften manchmal zu Irritationen.

Wir sprechen jetzt von dem linearen Durchschnittswert, der über die zweijährige Laufzeit erreicht wird. Für die Entgeltgruppen, die mit einer Vollzeitstelle über 3.000,- Euro Bruttoeinkommen liegen, beträgt der Wert dieses Tarifabschlusses 4,24% Entgeltsteigerung. Da die unter 3.000,- Euro Bruttoeinkommen liegenden Entgelte im ersten Jahr nicht 3%, sondern durchgehend 90,- Euro Brutto mehr bei einer Vollzeitstelle bekommen, fällt die individuelle Erhöhung prozentual höher als 3% aus.

So erreicht die AV-H tarifgebundene Erzieher_in in Hamburg in der Entgeltgruppe S8 umgerechnet durchschnittlich eine lineare Steigerung von 4,53 Prozent, die sozial-pädagogische Assistent_in mit S4 im Durchschnitt sogar 4,97%. Leitungskräfte in der höchsten Eingruppierung S17 haben die oben erwähnten 4,24% Steigerung erreicht. Alle darunter liegenden Leitungskräfte erhalten eine höhere prozentuale Steigerung.

Ähnlich in der E-Tabelle (allgemeine Verwaltung): selbst bei E12 ist noch eine Steigerung von 4,44% erreicht. Bei E3 beträgt die lineare durchschnittliche Erhöhung 5,44%. Das gewerkschaftliche Ziel, die unteren Entgeltgruppen weiter nach oben zu ziehen, ist mit der Mindeststeigerung um 90,- Euro im ersten Jahr gut erfüllt worden.

Um die Steigerung nun auch in der Gehaltsabrechnung zu sehen, sind noch zwei Umstände zu erfüllen: Die Gewerkschaften haben eine Erklärungsfrist bis zum 30.4.2014 vereinbart, um durch eine Mitgliederbefragung die Zustimmung der Gewerkschaftsmitglieder einzuholen. Für Hamburg gilt zusätzlich, dass mit dem hiesigen Arbeitgeberverband noch die Übertragung des Ergebnisses auf Hamburg vereinbart werden muss. Die von ver.di-Hamburg per Elternbrief gegebene Zusage an die Eltern, dass keine weiteren Arbeitskampfmaßnahmen zu erwarten sind, scheint uns zumindest formal zu früh, da ja auch in Hamburg das Ergebnis der bundesweit erfolgenden Mitgliederbefragung abgewartet werden muss. Aber auch wir gehen davon aus, dass die Höhe des Abschlusses überzeugt und die Mitglieder, wie schon die Tarifkommissionen der Gewerkschaften in Potsdam, für die Annahme dieses Tarifabschlusses stimmen werden.

Starke Gewerkschaften schaffen starke Abschlüsse! Unsere Stärke wird an den Mitgliederzahlen gemessen, deshalb gilt auch jetzt: Überzeugt eure Kolleginnen und Kollegen in die GEW einzutreten, denn die nächste Tarifauseinandersetzung kommt bestimmt.

Im nächsten Jahr geht es nicht um eine Entgeltsteigerung, sondern um die Eingruppierungsmerkmale, also um die Verbesserung der Entgeltordnung im Sozial- und Erziehungsdienst. Auch in dieser Frage werden wir von den Arbeitgeberverbänden nichts geschenkt bekommen, sondern müssen gut verhandeln und eventuell wieder einen gewissen Druck von der Straße aus entfalten.

JENS KASTNER
Sprecher der Fachgruppe KiJu
LV-Hamburg

Hat sich gelohnt – GEW'ler_innen rüsten sich für die Arbeitskampfdemo der drei Tausend

Fortschritt will erkämpft sein

Die Entwicklung von der „Kindergarten-Tante“ zur qualifizierten Erzieher_in ist längst nicht abgeschlossen

„Heute für morgen Zeichen setzen!“ war das Motto des Internationalen Frauentags. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter setzen sich für gute Arbeit, gutes Geld und gute Lebensbedingungen ein. Aus der Geschichte der Frauenerwerbsarbeit lässt sich viel für die aktuellen Auseinandersetzungen lernen. Die Geschichte der Erzieherinnen ist so eine Geschichte der Frauenerwerbsarbeit in Deutschland. Im Osten geht sie etwas anders als im Westen. Und sie hat zwei Seiten: die der Fachkräfte in den Kitas und die der Mütter, die eine Betreuung für ihre Kinder benötigen. Viel hat sich in den letzten Jahrzehnten getan. Aber zu Ende erzählt ist diese Geschichte noch nicht.

Im Osten etablierte sich schon früh das Leitbild der erwerbstätigen Mutter. Doch im Westen sollten „Kindergarten-Tanten“ in den 1950er und 1960er Jahren dafür sorgen, dass die Mütter sich am Vormittag ungestört dem Haushalt widmen konnten. Zum Mittagessen saßen die Kleinen wieder am heimischen Esstisch. Doch das Ideal der Hausfrauenehe regierte nicht überall. Eine große Gruppe von Frauen, deren Männer die Familie nicht allein ernähren konnte, ließ die Kinder in der Obhut der Oma, wenn sie einer zumeist ungelernten Arbeit nachging. Oder sie leisteten „Mutti-Schichten“ in der Fabrik, die es ihnen erlaubten, Erwerbsarbeit und Familie unter einen Hut zu bringen – auf Kosten von eigener Zeit und Gesundheit.

Im Westen wurden die Kinder in kirchlichen Kindergärten von Nonnen, Diakonissen oder jungen Frauen betreut. Erstere wurden mit einem „Vergelt’s Gott“ entlohnt. Letztere sollten sich auf ihre Zukunft als Mutter vorbereiten. Sie mussten „mit Kindern spielen“ können. Dieses „Qualifikationsprofil“ gab es auch im Osten. Über Geld, Arbeitsbedingungen oder pädagogische Kompetenzen wurde nicht viel geredet.

An dieser Situation änderte sich auch nichts, als im Wirtschaftswunderland Westdeutschland die Arbeiter ausgingen. Die fand man unter den jungen Männern in Italien, Griechenland, Spanien und später der Türkei. An der traditionellen Einverdiener-Ehe wurde nicht gerüttelt und damit auch nicht am Status der Kindergarten-Tante.

Der bröckelte erst, als in den 1970er Jahren Mädchen und junge Frauen immer höhere Bildungsabschlüsse erlangten. Viele ergriffen die pädagogischen Berufe, auf denen die „Bildungsexpansion“ beruhte. Diese Entwicklung erfasste auch die Kindertagesstätten. Zwar blieb die Aufwertung der Kita zur Bildungseinrichtung verwehrt. Doch erstmals wurde anerkannt, dass es einer fundierten Ausbildung bedarf, um mit kleinen Kindern zu arbeiten. Aus der Kindergarten-Tante wurde die Erzieherin.

...von wegen 'Tante'

Fotos: FG KJu

Ausgebildet wurden die Erzieherinnen nun an Fachschulen, mancherorts allerdings um den Preis eines Schulgelds. Das vermittelte die Botschaft einer „Ausbildung als Privatvergnügen“, die in der Gesellschaft nicht wirklich benötigt wird. Eine duale Ausbildung mit Vergütung blieb den Erzieherinnen verwehrt.

Mit der Bildungsexpansion begann ein jahrzehntelanger zäher Kampf um die öffentliche Ganztagsbetreuung. Dabei wan-

Abspeisen – das war einmal

delte sich das Leitbild der geforderten Qualifikation: von einer vermeintlich natürlichen weiblichen Fähigkeit hin zu pädagogischer Kompetenz. Allerdings dauerte es bis zum Anfang dieses Jahrhunderts, bevor ein bedarfsdeckendes öffentliches Angebot zum Regierungsprogramm erhoben wurde.

Nun mauserte sich der Beruf auch im Westen zum Lebensberuf. Im Osten waren Erzieherinnen jenseits der 40 längst gang und gäbe. Trotz dieser Unterschiede ist der historische Ballast, der sich auch in anderen Berufen zeigt, in West und Ost gleich. Bei Tätigkeiten, die als traditionell weiblich markiert sind, bleibt die Verberuflichung prekär. Alles, was einen Beruf ausmacht, wird geringgeschätzt: Weil es um Tätigkeiten geht, die Frauen besonders gut ausüben – begründet mit ihrem „Wesen", ihrer „Natur" oder ihrer Sozialisation –, ist keine besondere Ausbildung notwendig. Wegen der mangelnden Ausbildung ist das Entgelt niedrig. Und weil „Spielen mit Kindern" gar kein richtiger Beruf ist, ist die Qualität der Arbeitsbedingungen zu vernachlässigen.

Dass sich an dieser diskriminierenden Sicht in jüngerer Zeit etwas ändert, liegt daran, dass Kitas mehr und mehr als Bildungseinrichtungen gesehen werden. Und es liegt am akuten Fachkräftemangel:

Der betrifft die öffentliche Kinderbetreuung in doppelter Hinsicht. Eigentlich müssten öffentliche Angebote schnell und massiv qualitativ und quantitativ ausgebaut werden, um den vielen Müttern kleiner Kinder die Möglichkeit zu geben in ihrem Beruf zu arbeiten oder ihre Arbeitszeit aufzustocken. Doch schlechte Bezahlung, die Gesundheit gefährdende Arbeitsbedingungen und fehlende pädagogische Freiräume produzieren wiederum einen Fachkräftemangel bei den Erzieherinnen, der den zügigen Ausbau ausbremst.

Anders als langjährig Versicherte mit lupenreiner traditionell männlicher Erwerbsbiografie wird kaum eine Erzieherin von der Rente mit 63 nach 45 Erwerbsjahren profitieren können.

Das liegt an der fehlenden Bereitschaft, Geld in die Hand zu nehmen. Öffentliche, kirchliche und freie Träger verweigern (derzeit noch) eine höhere Eingruppierung. Zeiten für Vor- und Nachbereitung, Dokumentation und Elterngespräche werden kaum bei der Arbeitszeit berücksichtigt. Selbst bei Kita-Neubauten wird am passiven Lärmschutz und an Sozialräumen mit ergonomischem Mobiliar gespart. Offensichtlich spukt die „Kindergarten-Tante" noch immer in den Köpfen der politisch Verantwortlichen herum.

Gern wird an dieser Stelle auf leere öffentliche Kassen verwiesen. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Solange den Kitas der Status als vollwertige Bildungseinrichtung versagt bleibt, kann ein Großteil pädagogisch sinnvoller Investitionen als „freiwillige Leistung" abgetan werden und fällt bei Bedarf dem Rotstift zum Opfer. Solange Bund, Länder, Kommunen und Träger den Schwarzen Peter zwischen sich hin und her schieben, wird sich an der Misere nichts ändern.

Doch Erzieherin als Lebensberuf heißt, von der eigenen Arbeit leben zu können – auch mit Kind. Es heißt, gesund zu bleiben und berufliche Perspektiven zu haben. Und es heißt, im Alter von der Rente leben zu können. Anders als langjährig Versicherte mit lupenreiner traditionell männlicher Erwerbsbiografie wird kaum eine Erzieherin von der Rente mit 63 nach 45 Erwerbsjahren profitieren können. Doch die Notwendigkeit flexibler und vorzeitiger Übergänge in die Rente bemisst sich nicht nach Versicherungsjahren. Gesundheit und Leistungsfähigkeit, die maßgeblich dafür sind, bis zu welchem Alter ein Mensch im Beruf bleiben kann, hängen nicht nur von Arbeitsbedingungen ab, sondern von allen Lebensbedingungen. Der Drahtseilakt zwischen Beruf, Kindererziehung und der Pflege naher Angehöriger wiegt dabei mindestens so schwer, wie körperlich oder psychisch belastende Arbeit.

Das Beispiel 45/63 zeigt, dass es noch lange dauern wird, bis sich bei allen politisch Verantwortlichen die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass Arbeit und Leben mehr ist als ein unbefristeter Vollzeitjob. Unsere Aufgabe ist es, sie daran zu erinnern – nicht nur am Internationalen Frauentag, sondern jeden Tag.

FRAUKE GÜTZKOW
Leiterin des Arbeitsbereichs
Frauenpolitik im GEW-Hauptvorstand

gb@-SEMINARE APRIL/MAI 2014

Wer schafft was und wen?

Weitere Infos und Seminarangebote unter
www.gew-hamburg.de/seminarprogramm.html

50 Plus – Schaffe ich die Arbeit oder schafft sie mich?
Schulentwicklung, Arbeitszeitverlängerung und Arbeitsverdichtungen sind einige der Probleme, die insbesondere älteren Kolleg_innen in Schulen und Kitas zu schaffen machen. In diesem Seminar besteht die Möglichkeit, über diese Entwicklungen zu sprechen und kollektive Gestaltungsmöglichkeiten zu entwickeln. Dieses Seminar bietet so konkrete Hilfen, die Belastungen des Arbeitsalltags abzubauen und Kraft zu tanken für den weiteren Berufsweg.

Mi. 21.05.2014, 11 Uhr
Fr. 23.05.2014, 14 Uhr
Brodten bei Travemünde,
Theodor-Schwartz-Haus

Leitung: Frank Hasenbein
Kostenanteil: 60 € incl. Unterkunft / Verpfleg.
(ermäßigt 30 €)

Zeit– und Selbstmanagement
Wie können wir trotz steigender Arbeitsbelastung in Schule und Kita entspannt bleiben und Stress bzw. Burn-Out vermeiden? Es werden hilfreiche Arbeitstechniken, Planungsinstrumente und Organisationshilfen vorgestellt und erprobt. Es geht aber auch darum herauszufinden, warum es uns manchmal so schwer fällt, Zeitmanagement zu betreiben. Außerdem untersuchen wir, was an unserem Arbeitsplatz verändert werden muss, um weniger gestresst und belastet zu sein.
Fr. 23.05.2014, 15 Uhr
Sa. 24.05.2014, 15 Uhr
Dersau, Leibers Galerie-Hotel
www.leibers.de

Leitung: Angela Harting
Kostenanteil: 40 € incl. Unterkunft / Verpfleg.
(ermäßigt 20 €)

Konflikte erfolgreich lösen
Ungeklärte Konflikte haben hohe Kosten; geklärte Konflikte bringen zahlreiche Vorteile. Dennoch gehen wir Konflikten oft aus dem Weg - sie sind unangenehm und lösen Ängste aus. In diesem Workshop lernen wir die verschiedenen Schritte einer konstruktiven Konfliktklärung kennen und probieren sie praktisch aus.

Samstag 17.05.2014,
10 – 17 Uhr
Hamburg,
GEW-Geschäftsstelle,
Rothenbaumchaussee 15

Leitung: Frank Hasenbein, Martina Weihrich
Kostenanteil: 10 € incl. Verpflegung
(Nicht-Mitglieder 40 €)

Globales Lernen spannend vermitteln
Wie können Schüler_innen nachhaltiges Denken und Handeln und globale Zusammenhänge vermittelt werden? Wir gehen am Beispiel der Energiepolitik der Frage nach, was Nachhaltigkeit ist, welche Zielsetzungen im Zeitalter der Globalisierung sinnvoll sind und wie mit Jugendlichen konkrete Möglichkeiten für verantwortliches Handeln erarbeitet werden können. Dazu machen wir u.a eine Hafenrundfahrt „Gegen den Strom“ und diskutieren, wie Globale Machtverhältnisse im Unterricht thematisiert werden können.

Sonntag 18.05.2014,
12 – 18 Uhr
Hamburg, Kölibri,
GWA St. Pauli e.V.
www.gwa-stpauli.de

Leitung: Nicole Vrenegor
Kostenanteil: 10 € incl. Verpflegung
(Nicht-Mitglieder 40 €)
In Kooperation mit der Open School 21.

Anmeldung
bei Annette Meents (unter Angabe von Name, Adresse, Email) per Mail (meents@gew-hamburg.de), telef. (040-41 46 33 22), online (gew-hamburg.de/seminare), per Post (GEW Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg) oder Fax (040 – 44 08 77). Ermäßigung gibt es für Erzieher_innen, Referendar_innen, Studis, Erwerbslose,... Nichtmitglieder zahlen mehr (auf Anfrage). Seminare mit Übernachtung beinhalten Vollverpflegung und Unterbringung im Einzelzimmer.

Das System knirscht

Eltern, Lehrer_innen und Erzieher_innen: alle sind gestresst und unzufrieden – Anlass für eine „Warnwesten-Demo“

Nun haben wir sie und nun wollen wir sie und zwar ganz besonders und ganz toll.

Die Rede ist von den Hamburger Ganztags-Grundschulen sowohl in Form von GBS und von GTS. Ganz Besondere Schulen und Ganz Tolle Schulen – diese Übersetzung der Kürzel GBS und GTS beschreibt die Forderungen der Kolleginnen und Kollegen, die an diesen Grundschulen arbeiten und beschreibt die Forderungen der Eltern, die ihre Kinder diese Grundschulen besuchen lassen.

Ursprünglich nahm der Hamburger Senat bei der Umstellung auf die ganztägige Bildung und Betreuung der Hamburger Grundschulen an, dass eine maximal 40%ige Inanspruchnahme der Mittags- und Nachmittagsbetreuung durch die Abschaffung der Hortplätze ohne zusätzliches Geld realisierbar wäre. Kaum in Kraft gesetzt, wurde sehr schnell deutlich, dass dieses System an allen Ecken und Kanten knirscht. Die Teilnahmequote liegt bei über 60%, der Stundenzuschnitt lässt keine echte Kooperation zu, das an und in Schulräumen arbeitende Personal hat sich verdoppelt, ohne dass mehr Räumlichkeiten zur Verfügung stehen.

Unzufriedene Eltern, gestresste Erzieher_innen und genervte Lehrer_innen – zu schnell umgesetzt, zu spärlich ausgestattet, zu wenig Raum. Immer wieder versuchte Hamburgs Schulsenator durch Jubel-Pressemitteilungen davon abzulenken, dass zu wenig Geld in die Ganztagsgrundschulen fließt.

Die GEW-Hamburg hatte schon im Februar **2010** (!) folgende Forderungen erarbeitet und im Dezember 2010 der Fachöffentlichkeit vorgestellt:

Forderungen an den Senat zur Umsetzung der „Verlässlichen Betreuung an Primarschulen“

1. Im Sinne der Kinder und der Beschäftigten ist eine Organisationsform anzustreben, die den Vor- und Nachmittag in einem integrierten Bildungsrahmen gestaltet.
2. Jetzige integrierte Systeme wie die offenen Ganztagsschulen dürfen nicht zu einem getrennten Vor- und Nachmittagssystem zurückentwickelt werden. Wir fordern Bestandsschutz für die offenen und teilgebundenen Ganztagsschulen.
3. Klassenräume sind Unterrichtsräume und können nicht als Multifunktionsräume genutzt werden. Angemessene eigene Räumlichkeiten für die verlässliche Betreuung außerhalb des Unterrichts sind einzurichten.
4. Es müssen Ressourcen für gemeinsame Konferenzen, Besprechungen und Absprachen der Kooperationspartner und deren Beschäftigte zur Verfügung gestellt werden.
5. Das Mittagessen muss für alle Kinder kostenfrei sein. Es müssen ausreichende Küchen- und Kantinenräume geschaffen werden. Wir fordern reguläre Arbeitsverhältnisse für die pädagogische Betreuung und das Küchenpersonal.
6. Kooperationsverträge dürfen nur mit tarifgebundenen Jugendhilfeträgern vereinbart werden. Befristete Arbeitsverhältnisse sind nicht zu akzeptieren.
7. Die personelle Ausstattung der Ganztagsprimarschulen muss wenigstens auf dem Niveau der jetzigen Horte gesichert sein.
8. Ein Kostenbeitrag durch die Eltern ist abzulehnen, zu-

Arbeitsbedingungen im Ganztag

Eine Schriftenreihe der GEW Hamburg

In Broschüre 1 geht es um die Arbeitsbedingungen des pädagogisch-therapeutischen Fachpersonals an den Schulen (PTF-Beschäftigte), behandelt werden u.a. rechtliche Grundlagen und Arbeitsmodelle. In Broschüre 2 geht es um die Arbeitsbedingungen des Personals der Kooperationspartner der GBS und der GTS. Neben rechtlichen Grundlagen wird auf die spezifischen Berufsgruppen – Gruppenleitungen, Leitungskräfte vor Ort, Teampartner_innen – eingegangen. In beiden Broschüren finden sich die Forderungen der GEW zu den Arbeitsbedingungen an GTS und GBS.

Die Broschüren können bestellt werden unter: info@gew-hamburg.de oder per Telefon, 040 - 41 46 33-0.

GBS = Ganztägige Bildung und Betreuung an Grundschulen

GTS = Ganztagsschule nach Rahmenkonzept der Schulbehörde

Hamburg braucht dringend bessere Ganztagsschulen!

Kommt alle zu unserer Warnwesten-Demo!

Am 8. Mai 2014,

um 17:30 Uhr
Theodor-Heuss-Platz
(Dammtor/Moorweide)

um 18:00 Uhr
Gänsemarkt

LEA Landeselternausschuss Kindertagesbetreuung

GEW Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

mindest darf er nicht höher ausfallen als im jetzigen Kita-Gutscheinsystem und bedarf daher einer Sozialstaffelung.

9. Verlässlichkeit für Beschäftigte, kein kurzfristiges Kündigungsrecht für Kooperationspartner. Das Weisungsrecht muss bei dem jeweiligen Arbeitgeber verbleiben. Übernahme der tariflichen Bedingungen der Kitas (AVH), keine geteilten Dienst- und dauernde wechselnde Einsatzorte. Erhalt der persönlich erworbenen Ansprüche, insbesondere Beschäftigungszeit, Kündigungsfristen, Betriebsrenten, Eingruppierung usw., keine Auslagerung in Tochtergesellschaften oder in Leiharbeitsfirmen.

Zwar ist der Begriff „Primarschulen“ nicht mehr zutreffend, aber im Großen und Ganzen sind die hinter den Forderungen stehenden Kritikpunkte auch nach vier Jahren immer noch vorhanden. Um jetzt auch öffentlichkeitswirksam auf die nach wie vor unzureichenden Bedingungen an den Hamburger Grundschulen hinzuweisen, hat eine Planungsgruppe der Hamburger Elternschaft aus dem LEA (Landeselternausschuss Hamburg) gemeinsam mit der GEW-Hamburg, unter maßgeblicher Beteiligung der GEW-Fachgruppe Kinder- und Jugendhilfe, eine Aktion vorbereitet, die den Hamburger Senat ermahnen und warnen soll.

„Wir fordern: **G**anz **B**esondere **S**chulen und **G**anz **T**olle **S**chulen!“, lautet das Motto für bessere Bedingungen und Ausstattungen der Ganztags-Grundschulen. Mit der abgebildeten Postkarte, die in großer Stückzahl in der GEW-Geschäftsstelle abzuholen ist, um sie an die Eltern und die Beschäftigten zu verteilen, wird zur Teilnahme an der Kundgebung am 8. Mai auf der Moorweide und dem Demonstrationszug zur Finanzbehörde am Gänsemarkt geworben. Mit diesem Demonstrationszug vieler mit Warnwesten bekleideter Teilnehmer_innen erhält der Hamburger Senat die Warnung/Ermahnung, seine angekündigte „Qualitätsoffensive an den Ganztags-Grundschulen“ endlich zu beginnen.

Damit es viele werden, sind alle Kolleginnen und Kollegen, die an den Hamburger Grundschulen arbeiten, seien sie direkt an der Schule angestellt oder bei einem mit der Grundschule zusammenarbeitenden Kooperationspartner beschäftigt, aufgefordert, für diese Demonstration zu werben, die Elternvertreter_innen zu informieren und mit Warnweste bekleidet selber an der Demo teilzunehmen.

JENS KASTNER,
Sprecher der Fachgruppe KiJu

Steuerungsgruppe – Kampfmittel der Schulleitung?!

Viele Entscheidungen werden von Steuer-, Qualitäts- oder Schulentwicklungsgruppen vorbereitet und in der Lehrerkonferenz nur noch vorgestellt. Diese Praxis ist mit dem Schulgesetz kaum vereinbar

Situationsbeschreibung

Im Zuge der selbstverantworteten Schule bzw. zur Umsetzung des Orientierungsrahmens Schulqualität haben Schulleitungen Steuer- oder andere Gruppen eingerichtet. Die Mitarbeit in solchen Gruppen wird in der Regel über Funktionszeiten honoriert, also über den F-Zeitenanteil der Lehrerarbeitszeitverordnung von allen Lehrkräften bzw. aus dem Schülerbedarf finanziert. Mit Hilfe dieser Gruppen treffen Schulleitungen häufig Vorentscheidungen darüber, wie und in welchem Umfang Behör- denvorgaben umgesetzt werden. In dieser wenig transparenten Weise wird damit auch über den Umfang zusätzlicher Aufgaben an den Schulen entschieden.

Das Vorgehen ist aus Sicht der Schulleitungen nachvollziehbar und über den Qualitätsrahmen Schulqualität begründbar. Die Schulleitungen holen sich leistungsbereite und frische Kräfte in ihre Gruppen, mit denen man, von Schultraditionen unabhängig und frei von Verweisen auf die Lasten der Lehrerarbeitszeitverordnung, die Schule neu ausrichten kann. Bei der eigentlichen Arbeit ist aber nur ein kleinerer Teil des Kollegiums beteiligt und in der Regel nicht vom Kollegium legitimiert. Trotzdem übernehmen solche Gruppen an einzelnen Schulen sogar Aufgaben der Lehrerkonferenz. Z.B. hat kürzlich die Schulleitung an einer Schule die „Erörterung in der Lehrerkonferenz“ über eine A-14-Stelle durch das Einvernehmen in der Steuergruppe ersetzt und das Ergebnis dem Kollegium mitgeteilt. Der Personalrat wurde nicht gesondert informiert, sondern auch über die Mitteilung an das Kollegium. Das Vorgehen entspricht der Praxis an vielen Schulen, widerspricht aber u.a. der Beförde- rungsrichtlinie.

Holt euch eure Rote Karte mit §57 Schulgesetz bei eurer Vertrauensfrau oder eurem Vertrauensmann!

Vergangenheit

Früher – vor der Lehrerarbeitszeitverordnung und der selbstverantworteten Schule – war die Lehrerkonferenz bei der Schulentwicklung und dem Haushalt viel stärker eingebunden und/oder hat für die Bearbeitung vieler Themen Ausschüsse eingerichtet, die von der Konferenz selbst besetzt wurden. Die Mitglieder der Ausschüsse waren daher demokratisch aus der Lehrerkonferenz heraus legitimiert und handelten im Namen der Lehrkräfte und der anderen Konferenzmitglieder. Ein an Schulen noch manchmal anzutreffendes Relikt aus dieser Zeit ist der Haushaltsausschuss.

Bewertung

Welche Themen darf eine Steuergruppe für die Lehrerkonferenz vorbereiten bzw. vordiskutieren? Welche Grenzen müsste eine Schulleitung bei der Aufgabenzuweisung beachten?

Das Schulgesetz weist der Lehrerkonferenz eine Reihe von Aufgaben zu, deren zugehörige Themen damit der alleinigen Entscheidung durch

die Schulleitung bzw. von der Schulleitung benannten Gruppen entzogen sind. Dazu § 57 des Hamburgischen Schulgesetzes im Faksimile.

Geht man davon aus, dass die hier benannten Themen Sache der Lehrerkonferenz sind, bleibt für Gruppen, die nicht über die Lehrerkonferenz besetzt werden, nur wenig Raum.

Qualitätszirkel oder Qualitätsausschuss?

Da es sich bei den allermeisten Aspekten des Qualitätsrahmens Schulqualität um Grundsätze der Unterrichtsgestaltung und der Unterrichtsmethoden sowie um Grundsätze der Erziehung, Betreuung und Beratung an der Schule handelt, müsste die Lehrerkonferenz einen Qualitätsausschuss einrichten, wenn sie nicht selbst die Fragen diskutieren und entscheiden will. Die „Einrichtung einer Qualitäts- oder Steuergruppe“ gehört allerdings nach dem Orientierungsrahmen Schulqualität zu den Aufgaben der Schulleitung. Hier ist scheinbar die Konkurrenz zweier Regelungen gegeben. Der Orientierungsrahmen hat aber nur den Charakter eines Leitfadens. Anzuwendendes Recht ergibt sich aber nur aus dem Schulgesetz.

Möchte eine Schulleitung beidem gerecht werden, müsste sie wie folgt verfahren: Die Schulleitung beantragt in der Lehrerkonferenz die Einrichtung einer „Qualitäts- oder Steuergruppe“ und die Lehrerkonferenz richtet sie per Beschluss ein, denn es ist das alleinige Recht der Lehrerkonferenz solche Ausschüsse einzurichten. Bei diesem Vorgehen wird die vom Orientierungsrahmen geforderte Gruppe zu einem Ausschuss der Lehrerkonferenz, auch wenn dieser „Qualitäts- oder Steuergruppe“ heißt.

Eine „Qualitäts- oder Steuergruppe“ ist auch nicht unbefristet besetzt. Eine Lehrerkonferenz sollte nach spätestens zwei Jahren die Besetzung diskutieren und ggf. eine andere Besetzung durch Abstimmung vornehmen. Ein solches Vorgehen sichert nicht nur die Beteiligung der Lehrerkonferenz und verhindert eine Instrumentalisierung neuer Kolleginnen und Kollegen, sondern schützt auch die (jüngeren) Mitglieder solcher Gruppen. Jüngere mögen zwar allgemein belastbarer sein, können aber durch die Mitgliedschaft in einer „Qualitäts- oder Steuergruppe“, das Hineinwachsen in den Lehrberuf und ggf. weitere Lasten auch schnell überlastet werden. Ähnliches gilt für die anderen Mitglieder. Die regelmäßige Neubesetzung von Gruppen und Gremien bietet da einen konfliktfreien Ausweg und erspart einen zu begründenden Rücktritt.

Fazit

Die aktuelle Praxis vieler Schulleitungen, ohne Beteiligung der Lehrerkonferenz „Qualitäts- oder Steuergruppen“ einzurichten, geht an den Vorgaben des Schulgesetzes vorbei. Wenn diese Praxis durchbrochen werden soll, müssen allerdings die Lehrerkonferenzen selbst tätig werden. Ein Anordnung der BSB oder des HIBB, das Schulgesetz einzuhalten, kann es nicht geben und würde kaum zu Änderungen führen. Die GEW-Betriebsgruppen oder die Lehrerkonferenzen müssen also beharrlich die Beteiligung einfordern. Die Wiedergabe der Steuergruppendiskussion wird im günstigsten Fall durch die von der Steuergruppe vorbereitete Diskussion der Lehrerkonferenz ersetzt. So können die Lehrerkonferenzen darüber mitentscheiden, wie und in welchem Umfang Behördenvorgaben umgesetzt und ggf. zusätzliche Aufgaben an den Schulen geschaffen werden. Das wäre ein notwendiger Schritt zur demokratischen Schule.

ROLAND KASPRZAK
GPR-Vorstand

Dritter Abschnitt: Lehrerkonferenz

§ 57
Aufgaben

(1) Die Lehrerkonferenz ist das Beratungs- und Beschlussgremium der Lehrerinnen und Lehrer der Schule. Sie berät über die Gestaltung der Bildungs- und Erziehungsarbeit der Schule und entscheidet darüber unter Berücksichtigung der von der Schulkonferenz oder dem Schulvorstand beschlossenen Grundsätze. Sie erstellt auf Verlangen der Schulkonferenz die für Beschlüsse nach § 53 Absatz 1 notwendigen Vorlagen. Sie fördert die Zusammenarbeit der Lehrkräfte. Sie wählt aus ihrer Mitte ihre Vertreterinnen und Vertreter für die Schulkonferenz oder den Schulvorstand und den Findungsausschuss.

(2) Die Lehrerkonferenz beschließt insbesondere über

1. Grundsätze der Unterrichtsgestaltung, der Unterrichtsmethoden und der Leistungsbeurteilung sowie Verfahren zu deren Koordinierung und Auswertung,
2. Grundsätze der Unterrichtsverteilung, der Aufsichts- und Vertretungsregelungen und der Übertragung dienstlicher Aufgaben an Lehrerinnen und Lehrer der Schule,
3. Grundsätze der Erziehung, Betreuung und Beratung an der Schule,
4. Inhalt und Durchführung der schulinternen Lehrerfortbildung,
5. die Verwendung der Haushaltsmittel im Rahmen der von der Schulkonferenz oder dem Schulvorstand beschlossenen Grundsätze.

Auszug aus Hamburger Schulgesetz

Ich sehe was, was du nicht siehst

Eine ganz normale Lehrerkonferenz – traurig.

Da sitzen wir nun alle in unserer wöchentlichen Dienstbesprechung und schweigen. Die Stille und die ausdruckslosen Blicke beschämen mich. Dies ist mein neues Kollegium. Ich gehöre dazu. Ich bin Teil dieser Gruppe.

Vor dem Schweigen meine ich noch einen Hauch von Leben wahrgenommen zu haben. Für das Thema Fasching hatten die Kolleg_innen ihre Isolation verlassen und redeten miteinander. Sie schmieden Pläne für das Faschingsfest. Für einen Moment scheinen wir ein ganz normales kleines Grundschulkollegium im Hamburger Westen zu sein. Dann sind alle bequemen Themen aufgebraucht. Meine zwei Fragen stehen noch unbeantwortet ganz oben auf dem Flipchart. Der erste Kollege steht auf und verlässt den Raum. Ist jetzt Schluss? Wurden meine Fragen übersehen? Der Schulleiter wendet sich an mich und erteilt mir das Wort. Gut. Dann frage ich doch jetzt einfach mal:

Welches sind die Aufgaben der Steuergruppe? Wer ist in der Steuergruppe? An welchem Thema wird aktuell gearbeitet? Gibt es für alle Kolleg_innen einsehbare Protokolle?

In einem Kollegium von 20 Leuten sind also 5 in der Steuergruppe und natürlich der Schulleiter. Aktuell wird an einem QM-Handbuch gearbeitet. Links von mir schlägt der Kollege seine Unterlagen auf und erklärt, er habe sich bei einem Experten informiert und dieser habe ihm die Aufgaben der Steuergruppe wie folgt erklärt. Ich höre höflich zu, muss dann aber doch den Vortrag unterbrechen. Ich frage den Schulleiter, ob es sich bei der Steuergruppe um eine übergeordnete Arbeitsgruppe handle, die die Arbeitsprozesse der Fachbereiche koordiniere. Das Wort „übergeordnet“ scheint meinem Schulleiter zu gefallen. Ja, es handle sich bei der Steuergruppe um eine übergeordnete Projektgruppe, allerdings, so muss er eingestehen, habe unsere kleine Schule keine weiteren Projekt- oder Arbeitsgruppen. Desweitern versteht sich die Steuergruppe als erweiterte Schulleitung und: nein, es werden keine Protokolle geführt, da die Steuergruppe sich mit Themen befasse, die der Verschwiegenheitspflicht unterliegen.

Puh, jetzt ist es also raus! Das Kollegium sitzt weiterhin teilnahmslos um den ovalen Tisch. Eine Kollegin gähnt und erinnert an unsere Zeitvorgabe. Na, dann werde ich jetzt doch ganz schnell auf den Punkt kommen. Ich frage den Kollegen links von mir, ob der Steuergruppenexperte auch die Verschwiegenheitspflicht der Steuergruppe erwähnt habe. Der Schulleiter kommt dem Kollegen zu Hilfe und erklärt, er bräuchte die Steuergruppe, um sich über Kolleg_innen und Geschehnisse auszutauschen. Immerhin sei die Stelle der stellvertretenden Schulleitung unbesetzt und er bräuchte einen Ort, an dem er sich austauschen und beraten lassen könne. Selbstverständlich unterliegen die Mitglieder der Steuergruppe der Verschwiegenheitspflicht.

Es bewegt sich noch immer nichts im Kollegium, oder doch? Meine müde Kollegin fragt an, ob es sich hier um eine Dienstbesprechung oder um eine Konferenz handle. Der Schulleiter hat gerade erklärt, dass die Steuergruppe nicht mit, sondern über Kolleg_innen redet. Sieht denn keiner, was hier geschieht?

Ich wage einen weiteren Vorstoß. Ich zeige meine Empörung und verbitte mir, dass die Steuergruppe über mich redet. Oh, ein Mitglied der Steuergruppe meldet sich. Eine ganz junge Kollegin, die vor einem Jahr eingestellt wurde, um mitten im Schuljahr die vierte Klasse einer Kollegin zu übernehmen, der der Schulleiter die Klassenleiterinkompetenz abgesprochen hatte und die nun, nach zwanzig Jahren an dieser Grundschule, vorrangig als Vertretungslehrerin eingesetzt ist und per Lautsprecherdurchsage zu ihren Einsatzorten gelotst wird. Das nur am Rande.

„Über dich haben wir noch nie gesprochen. Und wäre das doch der Fall gewesen, dann hätte dich einer von uns schon angesprochen.“

Ich halte diese Sitzung kaum noch aus. Ich möchte auf den Tisch springen und soviel Krach machen, dass diese trägen, teilnahmslosen Figuren um mich herum wenigstens die Augenlider kurz bewegen.

Der Schulleiter wünscht sich also einen Austausch. Ich leite über zu meiner zweiten Frage und merke an, dass Schulleiter sich regelmäßig mit dem Personalrat austauschen. Warum haben wir eigentlich keinen Personalrat? Mein Schulleiter

zeigt sich großzügig und gibt die Frage mit einer auffordernden Armbewegung an sein Kollegium weiter. Stille. Unerträgliche Stille. Erinnert mich an das kollektive schlechte Gewissen meiner ehemaligen Schüler_innen, als ich nach der Ursache für eine kaputte Deckenleuchte fragte. Nein. Stimmt doch nicht. Hier schaue ich in ausdruckslose Gesichter.

„Das Thema hatten wir schon. Keiner will Personalrat werden.“

„Dann mache ich es!“, sage ich und werde gleich vom Schulleiter belehrt. Die 11 Funktionsstunden könne ich mir aber gleich abschminken, die gibt er mir nicht. Den dicken Ordner mit allen Pflichten eines Personalrats kann er mir aber gleich geben. Ob ich mir im Klaren sei, dass ich als Personalrätin im Sommer nicht mehr in den Urlaub fahren könne, da ich in dieser Zeit mit ihm die Einstellungsgespräche führen müsste?

Für mich alles kein Problem, beruhige ich den Schulleiter. Wir kriegen das schon hin. Den Ordner soll er mal lieber noch behalten. Ich möchte vom Kollegium erstmal wissen, ob es sich überhaupt einen Personalrat wünscht? Die Frage wird auf nächste Woche vertagt. Haben wir dann Dienstbesprechung oder Lehrerkonferenz?

KLARA KLARSICHT*

*Richtiger Name der Redaktion bekannt

Onlineumfrage und Protestradtour gegen Ausbeutung, Arbeitszeitmodell und Arbeitsbelastung

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

Eine wesentliche Ursache der zunehmenden Arbeitsbelastung der Lehrkräfte ist das unsägliche Arbeitszeitmodell, das vor 10 Jahren dazu erfunden wurde, möglichst viele Aufgaben ohne Entlastung in der Arbeitszeit der LehrerInnen verstecken zu können. Die Folge: immer mehr zusätzliche Tätigkeiten ohne Entlastung, zunehmende Bürokratie und immer weniger Zeit für den Kern der Arbeit: das Unterrichten.
Wir kämpfen mit der GEW seit langem gegen diese Regelungen. Im Februar 2015 ist Bürgerschaftswahl. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass Bildung in der nächsten Legislatur besser finanziert wird, dass die Stadt zusätzliche, neue und sinnvolle Aufgaben von Schule (Ganztag, Inklusion…) auch mit zusätzlichen Mitteln finanziert. Dafür brauchen wir eine gerechte und angemessene Regelung der Lehrer-Arbeitszeit.
In diesem Jahr steht für uns die Auseinandersetzung mit der Arbeitszeit wieder ganz oben auf der Tagesordnung.
Dazu machen wir als nächstes zwei Dinge:

Online-Umfrage zum Thema Arbeitsbelastung und Arbeitszeit von LehrerInnen in Hamburg
https://www.gew-hamburg.de/mitmachen/aktionen/umfrage-arbeitsbelastung-und-arbeitszeit-fuer-lehrerinnen-in-hamburg

Mit dieser schnell und einfach zu beantwortenden Online-Umfrage wollen wir
- Informationen bekommen, wieviel Lehrkräfte in Hamburg tatsächlich arbeiten,
- zum Gespräch über Arbeitszeit und Arbeitsbelastung in den Kollegien und Betriebsgruppen anregen,
- erfahren, was ihr bereit seid, gegen die Missstände zu unternehmen.

Deshalb: Macht bitte mit bei der Umfrage, verbreitet sie unter euren KollegInnen!
Hier nochmal der Link: https://www.gew-hamburg.de/mitmachen/aktionen/umfrage-arbeitsbelastung-und-arbeitszeit-fuer-lehrerinnen-in-hamburg

PROTEST-RADTOUR gegen Ausbeutung, Arbeitsbelastung und Arbeitszeitmodell
24. April 2014 · 16 – 18 Uhr
START Curiohaus, Rothenbaumchaussee
ROUTE durch die Innenstadt zu einigen europäischen Konsulaten, wo wir uns jeweils Bausteine einer klugen Lehrer-Arbeitszeitregelung aus anderen Ländern abholen werden
ENDE Rathausmarkt.

Siehe Rückseite dieser Ausgabe

Wehrt euch!

Unhaltbare Zustände im Vorbereitungsdienst

Wir als Junge GEW wollen uns in nächster Zeit gemeinsam mit den GEW Studis, dem Personalrat der Referendar_innen und weiteren Interessierten verstärkt mit dem Thema der Lehrer_innen-Bildung in Hamburg beschäftigen. Ausschlaggebend hierfür sind die unzumutbaren Zustände in der 2. Phase der Lehrer_innenbildung seit der Änderung der VVZS (Verordnung zum Vorbereitungsdienst und Zweite Staatsprüfung) im letzten Jahr.

Zustände im Referendariat

Auf und über das Referendariat wurde schon immer geschimpft. Hat die letzte Reform Veränderungen gebracht? Veränderungen: ja, Verbesserungen: nein! Insbesondere im letzten halben Jahr erreichen uns zahlreiche Berichte von Lehrkräften im Vorbereitungsdienst, die die geänderten Modalitäten der VVZS zu spüren bekommen. Von positiven Veränderungen ist nichts zu spüren, die Verhältnisse haben sich, insbesondere durch die deutliche Anhebung des BdU (Bedarfsdeckenden Unterrichts ohne Mentor_innenbegleitung), massiv verschärft.

Es gibt viele Kritikpunkte an den Änderungen der VVZS, ein Hauptpunkt ist die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung bei gleichzeitiger Absenkung der Ausbildungszeit am Landesinstitut. Im Klartext heißt das, mehr unterrichten, aber weniger für den Unterricht ausgebildet werden. Hierbei handelt es sich Ties Raabe zu Folge um eine „reine Sparmaßnahme“! Na, herzlichen Dank, Herr Senator! Die Frage ist nur, an wem oder was hier gespart wird?!

Die Kosten dieser Einsparung tragen in erster Linie die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (die übrigens nicht mehr Referendar_innen heißen, da sie ja wie Lehrkräfte eingesetzt werden, sich aber eigentlich noch in der *Vorbereitung* auf den Schul*dienst* befinden) bzw. Berufseinsteiger_innen, die mit dem ersten Tag in der Schule bereits im Unterricht eingesetzt werden. Sie müssen sich ohne vorherige Einführung sofort im Schulalltag zurechtfinden, und nahezu perfekten Unterricht ermöglichen. Wie das gelingen soll, bleibt allerdings ungeklärt.

Mit dem erhöhten BdU wird aber nicht nur die Qualität der Lehrer_innenbildung gefährdet, er verschärft zudem die Lage an den Schulen. Durch den Mehreinsatz der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst werden dringend benötigte Vollzeitstellen an den Schulen reduziert, was zur Folge hat, dass die Schüler_innen von ständig wechselnden, neuen und unerfahrenen Kolleg_innen betreut werden. Legitimiert wird diese Senatsentscheidung mit der Begründung, dass die neuen Kolleg_innen im Vorfeld des Referendariats das Kernpraktikum durchlaufen haben. Dies trifft allerdings nur auf die Hälfte der Referendar_innen (wie Lehramtsstudent_innen aus Hamburg) zu, Quereinsteiger_innen und Kolleg_innen aus anderen Bundesländern haben diese Vorerfahrungen nicht.

Unsere Forderungen

Wir, die Junge GEW, sehen diesbezüglich dringenden Handlungsbedarf und plädieren für eine deutliche Reduzierung des BdU und eine mindestens sechswöchige Eingangs- und Prüfungsphase ohne BdU, bei gleichzeitiger Erhöhung der ausbildungsbegleitenden Zeit mit den Mentor_innen.

Unser Appell

Wir möchten an euch appelieren, dass ihr in Lehrerkonferenzen, Personalratssitzungen und anderen Gremien, wie z.B. Leitungsgruppensitzungen oder Schulleiterkonferenzen, immer wieder auf die Zustände in der Lehrer_innenbildung aufmerksam macht und uns bei unserem Kampf für eine qualitativ hochwertige Ausbildung von Lehrer_innen unterstützt. Zudem könnt ihr euch an dem Netzwerk „Lehrer_innenbildung“ der GEW beteiligen. Das nächste Treffen findet am 22.04.2014 um 18:00h im Curiohaus statt.

Ziele des Netzwerks

Unser Ziel ist es, die Zustände publik zu machen und mit einer Veranstaltung-(sreihe) über die Schwierigkeiten der Kolleg_innen im Vorbereitungsdienst zu berichten und durch Publikationen und Veranstaltungen Druck auf die Bildungsbehörde auszuüben. Wir möchten diesbezüglich möglichst viele Interessierte zusammenbringen. Zu unseren Ansprechpartner_innen zählen neben den Fachgruppen und Gremien der GEW der Personalrat der Referendar_innen am LI, der Fachschaftrat Erziehungswissenschaften der UHH und weitere Gruppen und Einzelpersonen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass die neuen Kolleg_innen verheizt und mit einer unzureichenden 2. Phase der Lehrer_innenbildung abgespeist werden. Setzen wir uns gemeinsam für diejenigen ein, die sich am wenigsten gegen diese Verhältnisse wehren können!

junge GEW

Arbeitszeitverkürzung
ein Weg aus der Krise?

Ist eine Kampagne um Arbeitszeitverkürzung auf eine 30-Stunden Woche, wie es Heinz-Josef Bontrup vorschlägt, das Gebot der Stunde? Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, um eine breite Bewegung für eine solche Forderung in Gang zu setzen?

Ist Arbeitszeitverkürzung vor allem eine Forderung aus den Reihen der Beschäftigten, um ihren zunehmenden Arbeitsstress zu reduzieren und gesund die Ruhestandsgrenze zu erreichen oder geht es primär darum, Arbeitslosen und zwangsweise Unterbeschäftigten eine Perspektive auf Arbeit zu eröffnen nach dem Motto: „Weniger arbeiten = Arbeit für alle“? Wachstumskritiker_innen sehen in Arbeitszeitverkürzung einen Weg, aus der beschleunigten Jagd nach immer mehr Wirtschaftswachstum herauszukommen. Auch darüber wird auf dem Kongress diskutiert werden. In zwei Plenumsdiskussionen und mehr als 20 workshops wird auch das gewerkschaftliche Thema zur Sprache kommen, wie Arbeitzeitverkürzung durchgesetzt werden kann und welche Folgen das hat.

Auch die GEW-Hamburg (Anja Bensinger-Stolze, Dirk Mescher) bietet dazu einen workshop an. Unter dem Thema: „Etwas Besseres als das Arbeitszeitmodell werden wir überall finden“ wird die GEW Kampagne gegen Arbeitsbelastung und Lehrerarbeitszeitmodell vorgestellt. Für die GEW ist es von großer Bedeutung, sich gemeinsam mit anderen Gewerkschaften (Gewerkschafter_innen der IG Metall, von ver.di, der IG BAU, der IG BCE werden dabei sein) darüber auszutauschen, welche Möglichkeiten es gibt, um in Fragen der Arbeitszeit endlich weiter zu kommen.

Auch der Blick auf Arbeitszeitverkürzungen in anderen Ländern wird eine Rolle auf dem Kongress spielen. Alle GEW-Kolleg_innen, die den Kampf um Arbeitszeitverkürzungen in ihren Schulen, Kitas und anderen Bildungseinrichtungen noch nicht aufgegeben haben, könnten auf diesem Kongress Anregungen gewinnen.

Anmeldung für ***Samstag, den 10. Mai von 10.00-19.00 Uhr in der Gewerbeschule 1, Angerstraße*** *7 unter: www.kongress-azv2014.de*

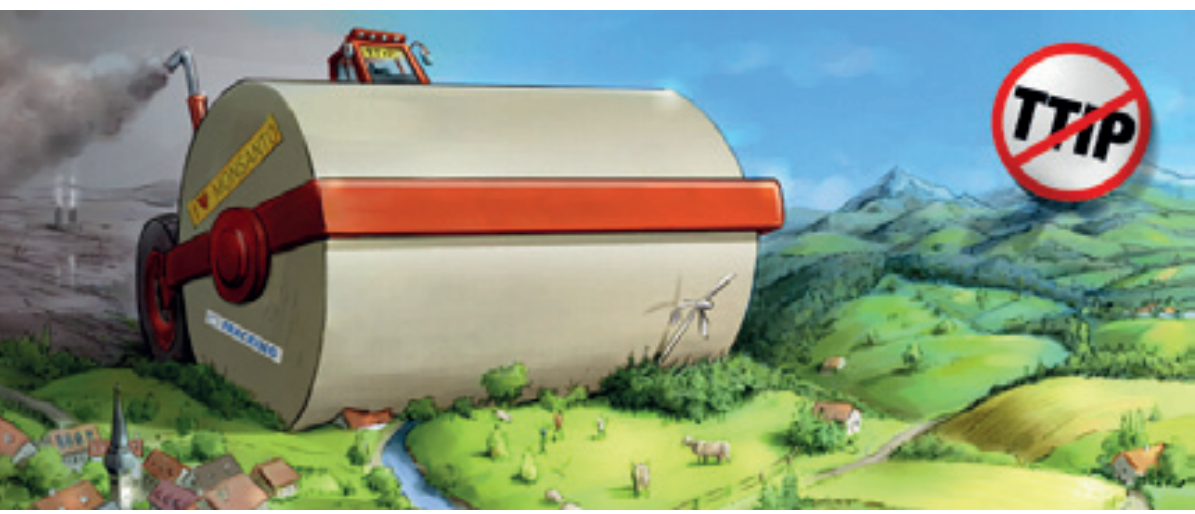
Angebot zum Ablehnen

Transatlantic Trade and Investment Partnership – kurz TTIP – oder auch: Freihandelsabkommen dient der Sicherung und Verbesserung privater Profite

Seit Februar 2013 verhandeln EU und USA über eine gemeinsame Freihandelszone. Versprochen wird ein Ankurbeln der Wirtschaft, das zu Wohlstand, Wachstum und mehr Arbeitsplätzen führen soll. Dies ist ausgesprochen fraglich. Selbst bei optimistischer Schätzung geht das ifo-Institut für Deutschland von einer Steigerung von nur 0,06 Prozent der Erwerbstätigkeit aus und laut einer von der EU-Kommission in Auftrag gegebenen Studie wird durch das Abkommen ein zusätzliches jährliches Wachstum von 0,04 Prozent nicht überstiegen. Vergleicht man die Versprechungen mit den optimistischen Voraussagen als es um die Einführung des Europäischen Binnenmarktes ging, ist große Skepsis geboten. Auch bei der Einführung der nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA (zwischen USA, Kanada und Mexico) wurden große Versprechungen gemacht. Letztlich wurden durch die NAFTA in den letzten 20 Jahren in den USA ca. 700.000 Arbeitsplätze vernichtet und in Mexicos Süden nahm die Verarmung zu. Ziel ist die Angleichung, Liberalisierung der gesetzlichen Regelungen, damit der Handel zwischen der EU und den USA erleichtert wird. Es geht um die Anerkennung von Normen, die immer eine Absenkung der Standards nach unten bedeuten und dann die jeweils niedrigeren Standards erlaubten. D. h., niedrigere Standards bei Umwelt- und Verbraucherschutz, bei Arbeitnehmerrechten und bei staatlichen Regulierungen.

Konkret hieße dies bspw., dass es durch die Liberalisierung der Normen zu Fleischimporten von hormonbehandelten Tieren und zur Einfuhr von nicht gekennzeichneten gentechnisch behandelten Lebensmitteln kommen könnte. Dies ist in den USA erlaubt, aber in der EU noch nicht. Einfuhr von billigem Gas aus den USA hört sich zunächst gut an, aber in den USA ist das Fracking erlaubt. Wer bezahlt langfristig die daraus entstehenden Schäden?

Aus gewerkschaftlicher Sicht weisen wir insbesondere auf die bedrohlichen Einschränkungen der Arbeitnehmerrechte hin. Die USA hat nur zwei der acht Kernnormen der Internationalen Arbeitsorganisation IAO (International Labor Organisation, ILO) übernommen. Die ILO ist eine Unterorganisation der UNO und hat die in der Menschenrechtserklärung enthaltenen Arbeits- und Sozialrechte präzisiert: Koalitionsfreiheit (Recht der Beschäftigten sich frei zu organisieren, z.B. in Gewerkschaften), Recht auf kollektiv verhandelte Tarifverträge, Abschaffung der Zwangs- und Pflichtarbeit, das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit von Frauen und Männern, Mindestalter für den Eintritt ins Arbeits-



Ganz schön aggro, die Agrarlobby.

verhältnis, Verbot der Diskriminierung in der Arbeitswelt. Die USA hat nur die Abschaffung der Zwangsarbeit als Disziplinarmaßnahme und die Abschaffung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit (Beschäftigung als Soldaten, als Prostituierte, im Drogenhandel und in der Pornographie) ratifiziert. In den USA gibt es kein Recht auf Wahl von Betriebsräten, kein Recht auf Tarifverhandlungen. Die EU hat zwar alle Normen ratifiziert, setzt sie aber auch in den Mitgliedstaaten immer dürftiger um. In Griechenland hat die Troika der Europäischen Kommission, die Europäische Zentralbank und der IWF verschiedene dieser Normen außer Kraft gesetzt, z.B. die Tarifverträge, damit Löhne und Renten gesenkt werden konnten. Wenn nun die USA und EU ihre Praktiken tatsächlich „harmonisieren", erwartet uns ein Bündel verschlechterter Standards bei den Arbeitnehmerrechten. Mit dem Instrument des Freihandelsabkommens können deutsche Mitbestimmungsrechte unterlaufen und ausgehebelt werden.

Foto: P.M.Wilson

Bildung bald in Containern?

Welche Auswirkungen hat das TTIP auf den Bildungsbereich?

Das ausdrückliche Interesse vieler privatwirtschaftlicher Dienstleistungsanbieter an einer weitgehenden Liberalisierung und Privatisierung von gesellschaftlich notwendigen Gütern wie Wasser, Gesundheit und Bildung wird durch das TTIP maßgeblich befördert.

Auch der Bereich der Bildung tritt immer stärker in den Fokus von Kapitalanlegern. Nach Schätzungen der UNESCO hat der „internationale Bildungsmarkt" ein Volumen von 2,2 Billionen US-Dollar (weitere Informationen über: www.gew-hamburg.de/mitmachen/referate/b-bildungspolitik). Je mehr sich der Staat im Bereich der Bildung zurückzieht, desto mehr hält Privatisierung – wie etwa Schulsponsoring und Public-Private-Partnership – Einzug. Konkret könnte es im Bildungsbereich zu weiterem Outsourcing und einer Zunahme des Privatschul- bzw. Hochschulsektors führen.

In Europa könnte Schweden exemplarisch für diese Entwicklung werden. Dort hat man zunächst die Schulen kommunalisiert. Wohlhabendere Gemeinden können sich bessere Lehrkräfte leisten. Die Leistungsunterschiede zwischen den einzelnen Schulen und Kommunen sind stark gewachsen. Fast gleichzeitig mit der Kommunalisierung gab es eine vereinfachte Gesetzgebung für die Einrichtung von Privatschulen. Schwächere Gemeinden, denen Geld fehlte, schlossen ihre kommunalen Schulen und Privatschulen übernahmen diesen „Markt". Mittlerweile gehen 16% der schwedischen Schüler_innen auf eine Privatschule. Eine Ausgrenzung der sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen findet meist über die Aufnahmeverfahren statt. Die beschäftigten Lehrkräfte sind bei den Kommunen oder direkt bei den privaten Trägern beschäftigt und konkurrieren untereinander so stark, dass sie nicht mehr gemeinsam für eine angemessene Ausstattung der Bildungseinrichtungen und gemeinsame Bildungsziele eintreten. Die Auswirkungen dieser Entwicklungen wurden besonders deutlich im letzten Jahr, als das Bildungsunternehmen JB Education (bei einer Schülerschaft von 15.000 wurde 2011 ein Umsatz von 1,4 Milliarden Euro erzielt) Insolvenz anmeldete und tausende Schüler_innnen und hunderte Lehrer_innen auf der Straße standen. In der Öffentlichkeit stellt man sich seitdem nicht mehr die Frage: „Darf man mit Privatschulen Gewinn machen?", sondern: „Wie kann ich mich als privater Konsument vergewissern, dass meine private Schule wirtschaftlich gesund ist?".

In den USA gibt es seit 1992 das verstärkte Aufkommen von Charter Schools (Vertragsschulen), die unabhängig vom jeweiligen Schuldistrikt arbeiten und sich nur nach staatlicherseits vorgegebenen Mindeststandards z.B. bei der Ausbildung von

Lehrkräften richten müssen. Die privaten Träger bestimmen die Unterrichtsschwerpunkte, die Regeln der Aufnahmeverfahren von Schüler_innen, die Arbeitszeit der Lehrkräfte, die Schulordnung und verhalten sich gewerkschaftsfeindlich. Im Rahmen eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA könnten die in Deutschland überall vorhandenen selbstständigen oder selbst verwalteten Schulen („Schule als Betrieb“) Ansatzpunkte für eine stärkere Privatisierung der Schulen bieten. TTIP öffnet Tür und Tor dafür, dass Bildung zur Ware verkommt.

Welche Folgen hat das im TTIP angelegte Investitionsschutzabkommen?

Durch das Recht auf eine Klage der Investoren gegenüber Staaten, wenn ihre Renditeerwartungen und –ziele durch staatliche Maßnahmen vereitelt werden, führen dazu, dass die souveränen Rechte von Staaten umgangen werden. Als ein konkretes Beispiel ist die Klage des schwedischen Energieunternehmens Vattenfall gegen die Bundesrepublik Deutschland zu nennen. Durch die Energiewende musste Vattenfall seine Atomkraftwerke früher abschalten als geplant und fordert deshalb Schadensersatz von angeblich 3,7 Milliarden Euro vor einem internationalen Schiedsgericht, das in Washington im Geheimen verhandelt. Das, was jetzt in der Energiebranche in Europa durch eine besondere Charta möglich ist, wäre dann in allen ökonomischen Bereichen der Freihandelszone möglich. Die Einrichtung privater Schiedsgerichte ohne Revisionsrecht und mit nicht-öffentlichen Verhandlungen sind ein Angriff auf die demokratische Rechtsstaatlichkeit und auch die Rechtssicherheit. Dadurch wird unser Rechtssystem ausgehöhlt. Gesetze in den einzelnen Staaten zum Schutz von Bürgerinnen und Bürgern wie von sozialen

Personalratswahlen 5.– 9.5.2014

Es gibt viele gute Gründe, die GEW zu wählen …!

Bereits seit zwei Wahlperioden setzen sich GEW-Kolleginnen und Kollegen in Schulpersonalräten und im Gesamtpersonalrat für die Interessen der schulischen Beschäftigten ein.
Sie sind bereit, auch in der nächsten Wahlperiode Gewerkschafts- und Personalratsarbeit zu betreiben.

In zahlreichen Personalrätekonferenzen, regionalen Personalrätetreffen und innergewerkschaftlichen Arbeitskreisen wurden immer wieder Strategien für die Arbeit entwickelt und Personalräte bei ihrer Arbeit unterstützt und beraten. Die Personalräte haben in dieser Zeit Kenntnisse erworben, durch die sie als kompetente Gesprächspartner angesehen werden und mit denen auf Augenhöhe verhandelt wird. Diesen Weg wollen wir mit starken **GEW-Personalräten** weitergehen.

Was haben wir erreicht?

Wir – die GEW-Personalräte – haben an den Schulen, in der BSB und im HIBB immer wieder Initiativen gestartet. Die Schulpersonalräte haben eine große Anzahl an Mitbestimmungsvorlagen bearbeitet, Dienstvereinbarungen abgeschlossen und immer wieder darauf hingewiesen, dass Gesetze und Regelungen eingehalten werden. Darüber hinaus haben wir auf allen Ebenen die Interessen der Beschäftigten der Schulen vertreten. Darüber hinaus haben wir auf allen anderen Ebenen die Interessen der Schulbeschäftigten vertreten.
Auch der Gesamtpersonalrat hat auf allen Ebenen erfolgreich für die schulischen Beschäftigten gearbeitet, dazu hat auch er Dienstvereinbarungen abgeschlossen, Behördenfestlegungen eingefordert und alle anderen rechtlichen Möglichkeiten der Mitbestimmung genutzt.

Dienstvereinbarungen abgeschlossen

Der Gesamtpersonalrat konnte mehrere Dienstvereinbarungen mit der Behördenleitung, dem Li und dem HIBB abschließen, die die Interessen und Möglichkeiten der Kolleginnen und Kollegen schützen. Das sind die Dienstvereinbarungen (DV) zur Organisation und Förderung von Fort- und Weiterbildung im Landesinstitut für Lehrerbildung, die DV zum elektronischen Stundenplan (HSMS-Stundenplan) und die DV zum Personalplanungssystem (PPS).
Die Prozessvereinbarung zur Lern- und Kommunikationsplattform WiBeS des HIBB schafft die Grundlage für eine Dienstvereinbarung.
Insbesondere mit der DV HSMS-Stundenplan konnten wir Regelungen treffen, die Schulleitungen stärker zur Berücksichtigung der Kollegiumsinteressen zwingen und die Obergrenzen bei der Übertragung von Überstunden festschreiben.

Einfordern von Behördenfestlegungen

Der Gesamtpersonalrat hat vielfach erreicht, dass die Behörde Festlegungen trifft, die ähnlich wie Dienstvereinbarungen die Interessen der schulischen Beschäftigten schützen. Eine solche Festlegung betrifft den Vorrang des internen Arbeitsmarkts vor Neueinstellungen. Im Zuge der selbstverantworteten Schule wurde dieser Vorrang an den staatlichen Schulen kaum noch umgesetzt, so dass Kolleginnen und Kollegen immer seltener an andere Schulen wechseln konnten. Die jetzt getroffene Festlegung, Neueinstellungen erst nach Abarbeitung der internen Bewerbungen zuzulassen ist für die bereits Beschäftigten ein großer Erfolg.

Alle Möglichkeiten der Mitbestimmung genutzt

Der Gesamtpersonalrat hat überall dort Mitbestimmungsvorlagen und Beteiligung eingefordert, wo das Personalvertretungsgesetz dies vorsieht. Dabei hat er auch von den Möglichkeiten von Schlichtungsverfahren und Einigungsstellen Gebrauch gemacht. Ein Beispiel dafür ist, dass durch eine Einigungsstelle verbindliche Bedingungen für Schulhausmeister und Betriebsarbeiter geschaffen wurden, unter denen sie Bohrungen in möglicherweise asbestbelastete Wände durchführen.
Die Verhandlungen zur Richtlinie „Neues Beurteilungswesen für Lehrkräfte (2014)“ sind ein Beispiel dafür, wie wir die Interessen der Kolleginnen und Kollegen bei einem Behördenvorhaben einbringen konnten.

Standards fallen den profitgeleiteten Unternehmerinteressen zum Opfer.

Die Verhandlungen zu diesem Abkommen haben bisher hinter verschlossenen Türen stattgefunden. 90% der Berater bei den Verhandlungen sind Lobbyisten, Vertreter von Konzerninteressen. Die Parlamentarier des Europäischen Parlaments haben bisher keine Einsicht in die Verhandlungsunterlagen bekommen. Dieses intransparente Vorgehen widerspricht den Grundsätzen unserer Zivilgesellschaft.

Was können wir tun?

Der GEW-Hauptvorstand lehnt das Freihandelsabkommen ab und fordert den Stopp der Verhandlungen. Außerdem wird die GEW auf dem DGB-Bundeskongress einen entsprechenden Antrag einbringen. Schauen wir uns genau an, welche Parteien sich bei den Wahlen zum Europäischen Parlament eindeutig gegen dieses Freihandelsabkommen aussprechen. Eine eindeutige Absage an dieses Abkommen ist wichtig, denn auch, wenn in dem derzeitigen Abkommen bestimmte Verschlechterungen noch nicht umgesetzt werden sollen, so müssen wir davon ausgehen, dass permanent weiter nachverhandelt wird. Die EU-Kommission spricht auf ihrer Webseite beschönigend von einem „lebendigen Abkommen". Es ist abzusehen, dass die erste Fassung nur der Anfang ist. Das Freihandelsabkommen wird, abseits demokratischer Standards, ein Eigenleben entwickeln. Deshalb ist schon gleich zu Beginn, noch bevor das Vertragswerk in die Realität umgesetzt wird, die demokratische Gegenwehr unerlässlich.

ANJA BENSINGER-STOLZE
1. Vorsitzende

s sind die nächsten fgaben?

Inklusion braucht gute aussetzungen und Ressourcen!
setzen uns dafür ein, dass die setzung der Inklusion mit fairen eitsbedingen einhergeht, auch zum le der SchülerInnen.

Ganztag darf nicht Nachtarbeit rden!
wollen die Belange der KollegInnen ützen und jede Form von Arbeit auf uf verhindern. Um das sicher zu stellen len wir eine Vereinbarung zwischen R und BSB anstoßen und auch hier die ncen des neuen PersVG nutzen.

Erziehung zur Demokratie nur mit innerschulischer Demokratie und Mitbestimmung!
Wir müssen die demokratischen und schulgesetzlich festgelegten Rechte der Lehrerkonferenzen stärken und die Mitbestimmungsmöglichkeiten nutzen, die in der Novelle des PersVG liegen. Dazu wird es in der GEW wie immer kompetente Schulungen geben.

Lehrerarbeitszeit braucht kreative Freiräume statt bürokratischer Aufgaben!
Wir wollen eine Begrenzung der Arbeitsbelastung. Die Tätigkeit auf einer vollen Stelle darf die Gesundheit nicht gefährden! Im Jahr vor der Bürgerschaftswahl gehören die Arbeitszeitgestaltung und zeitliche Freiräume wieder oben auf die Tagesordnung.

Feedbackkultur statt willkürlicher und intransparenter Beurteilung!
Wir schützen als Personalräte unsere KollegInnen vor unfairen Beurteilungen. Das Feedback zwischen Leitungspersonal und MitarbeiterInnen muss auf Augenhöhe stattfinden und von gegenseitiger Wertschätzung geprägt sein.

Schulentwicklung statt täglich neuer Reformbaustellen!
Wir fordern eine wirkliche Schulentwicklung, die sich an den Erfordernissen und Gegebenheiten vor Ort orientiert. Die lärmenden Reformbaustellen unter dem „Schulfrieden" brachten zusätzliche Aufgaben, ohne diese mit Lehrerstunden „gegenzufinanzieren".

Der Gesamtpersonalrat – das Wichtigste in Kürze

Zeitgleich mit der Wahl der Schulpersonalräte wird im Mai auch der Gesamtpersonalrat gewählt. Für die Wahl, Zusammensetzung und Aufgaben gelten folgende Eckpunkte:

Der Gesamtpersonalrat

- vertritt pädagogisches und nicht pädagogisches Personal aller staatlichen Schulen (Gymnasien und Berufliche Schulen),
- hat 25 Mitglieder (20 Beamte und 5 Arbeitnehmer),
- ist nur für Angelegenheiten zuständig, die über den Bereich eines Schulpersonalrats hinausgehen (also für schulübergreifende Mitbestimmungstatbestände wie zum Beispiel Dienstvereinbarungen),
- wird für vier Jahre gewählt,
- ist den Schulpersonalräten nicht übergeordnet,
- unterstützt die Schulpersonalräte bei allen Problemen.

So erreichen Sie uns:
GEW Fraktion im Gesamtpersonalrat c/o GEW Geschäftsstelle
Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg
Telefon: 040 - 41 46 33-0, Fax: 040 - 44 08 77
E-Mail: info@gew-hamburg.de
www.gew-hamburg.de

GEW

DIE BILDUNGSGEWERKSCHAFT

Gute Gründe, die GEW zu wählen...!

So werden Schwache stark

Die integrative Grundschule Mümmelmannsberg erhält eine Auszeichnung für ihr Engagement gegen Kinderarbeit

Am Freitag, den 28. März 2014 wurde auf der Bildungsmesse „didacta“ in Stuttgart das Projekt „Stopp Kinderarbeit – Nachdenken, Nähen und Schreiben“ der integrativen Grundschule Mümmelmannsberg von der GEW ausgezeichnet. Die Jury hatte es als eines der fünf besten Projekte im Rahmen des Ideenwettbewerbs „Kinderarbeitsfreie Zonen“ ausgewählt. Stellvertretend für die AG Kinderrechte der integrativen Grundschule Mümmelmannsberg nahm die Projekt koordinierende Lehrerin Birgit Matthiessen die Auszeichnung entgegen.

Zur Teilnahme am Wettbewerb hatte die GEW Stiftung „Fair Childhood - Bildung statt Kinderarbeit“ bundesweit aufgerufen, um über das Thema Kinderarbeit zu informieren und Kinder, Jugendliche und Erwachsene für die Problematik der Kinderarbeit zu sensibilisieren.

Anlass für das Projekt an dieser Grundschule waren Berichte über arbeitende Kinder in Indien und Pakistan, die für große Firmen in Handarbeit Fußbälle herstellen. Hier wurde angeknüpft, um die Problematik der Kinderarbeit anzugehen. Da das Nähen von Fußbällen nicht möglich war, sollten stattdessen kleine T-shirts genäht werden, auf der Vorderseite beschriftet mit positiven Aussagen von den Kindern, wie zum Beispiel: Kinder sollen in die Schule gehen – Kinder sollen spielen – Kinder sollen glücklich sein... Die Rückseite sollte mit einem Stoppschild versehen die Losung „Stop Kinderarbeit“ sowie das Schullogo tragen.

Nachdem die Projektidee dem Kollegium vorgestellt worden war, entwickelte sie sich rasant weiter. Es gab Unterstützung sowohl von Lehrerinnen und Lehrern als auch von Eltern und Sponsoren aus der Region. An einem Tag der offenen Tür wurden die Ergebnisse präsentiert. Der Eifer der Kinder von der Vorschule bis zur vierten Klasse übertraf die Erwartungen erheblich, besonders auch im Hinblick auf die Tatsache, dass diese Schule in einem sogenannten sozialen Brennpunkt liegt. Die Gespräche über die Situation von Kindern in anderen Ländern veranlassten die Kinder, über das Problem der Armut, die damit verbundene Kinderarbeit und die

Foto: Fair childhood

Junge Designer_innen im Schaffensprozess

daraus resultierenden mangelnden Bildungschancen nachzudenken. Sie waren auch Anlass, mit den Schülerinnen und Schülern über deren eigene Rechte zu sprechen. Während der Arbeit an diesem Projekt war deutlich zu spüren, dass sich im Bewusstsein der Kinder etwas verändert hat.

Aufgrund dieses sehr großen Erfolgs ist jetzt in einem weiteren Schritt beabsichtigt, das Projekt der Öffentlichkeit vorzustellen. Geplant ist der Verkauf der T-shirts; der Erlös soll für den Neubau der Schule im indischen Steinbruchdorf Dhaneshar gespendet werden.

VOLKER PETERS
Fair Childhood, HH

Bei der Preisverleihung auf der didacta sagte der Jury-Vorsitzender Otto Herz (GEW): „Kinder müssen weltweit besser vor Ausbeutung geschützt werden. Fast 200 Millionen Mädchen und Jungen sind immer noch gezwungen zu arbeiten, die Hälfte in Bereichen, die ihre Gesundheit massiv gefährden. Diese Kinder haben keine Chance auf Bildung, um aus dem Teufelskreis der von Generation zu Generation vererbten Armut und Abhängigkeit heraus zu kommen."

Liebe KollegInnen,
das Projekt der Grundschule Mümmelmannsberg ist ein hervorragendes Beispiel für Aktionen gegen Kinderarbeit. Alle können etwas gegen Kinderarbeit unternehmen. Durch Beteiligung vieler Schulen mit kreativen Beiträgen eurer Schüler_innen könnt ihr öffentlichkeitswirksam gegen Kinderarbeit eintreten.

Der 12.6. ist der Welttage gegen Kinderarbeit – werdet aktiv

Mitglieder der Fair Childhood AG der GEW Hamburg kommen bei Bedarf gerne an Schulen, um über Kinderarbeit und das GEW Projekt „Bildung statt Kinderarbeit" zu informieren.
Info dazu unter http://www.gew-hamburg.de

KAMPAGNE

Weltklasse

Die Inklusion von Menschen mit Behinderung ist das Thema der Aktionswochen der Globalen Bildungskampagne 2014. Eine Einladung zum Mitmachen

In diesem Jahr dreht sich alles um Menschen mit Behinderungen und inklusive Bildung. Aus gutem Grund: Weltweit leben mindestens 92 Millionen Mädchen und Jungen unter 14 Jahren mit Behinderungen. Laut UNESCO besucht nur eins von zehn Kindern mit Behinderungen in den Ländern des Südens regelmäßig eine Schule. Und auch in Deutschland ist die Exklusion vom Rgelschulsystem für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen noch an der Tagesordnung. In Hamburg erleben wir vor Ort, wie schwierig es ist, Inklusion umzusetzen, ohne die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die internationale Gemeinschaft hat sich während des Weltbildungsforums in Dakar im Juli 2000 zum Ziel gesetzt, dass bis 2015 alle Mädchen und Jungen weltweit zur Schule gehen können. Dieses Ziel wird unerreicht bleiben. Ein Grund dafür: Die größte marginalisierte Gruppe – Kinder mit Behinderungen – wurde bei den meisten bisher unternommenen Anstrengungen schlichtweg übergangen.

Vom 4. Mai bis zum 29. Juni 2014 wird die Globale Bildungskampagne zusammen mit den teilnehmenden Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern das Thema „Bildung und Behinderung weltweit" ins Licht der Öffentlichkeit rücken und Politikerinnen und Politiker auffordern, sich stärker dafür einzusetzen, dass jedes Mädchen und jeder Junge – egal ob mit oder ohne Behinderungen – das Recht auf gute, inklusive Bildung wahrnehmen kann.

Für den 7. Mai ist eine zentrale Aktion vor dem Reichstag in Berlin zusammen mit der Bundesbeauftragten für Behinderte, Verena Bentele, Bundestagsabgeordneten, Schulklassen und Mitgliedern der elf Mitgliedorganisationen der Globalen Bildungskampagne, u.a. mit der Vorsitzenden der GEW, Marlis Tepe, geplant.

Es kann jede frühkindliche Einrichtung, jede Schulklasse oder jede Bildungseinrichtung

an dieser Aktion teilnehmen.

Die Aktion läuft in sieben schritten:

➟ Schritt 1: Meldet euch an!

Unter www.bildungskampagne.org/weltklasse zu: Weltklasse! All inclusive und bestellt Broschüren, Poster, Flyer und Stifte – kostenfrei.

➟ Schritt 2: Entdeckt das Thema „Bildung und Behinderung weltweit"!

Wie hängen die Bildungschancen eines Kindes mit seinen Beeinträchtigungen zusammen? Wie viele Menschen weltweit leben mit Behinderungen und wie viele von ihnen leben in Armut? Und warum ist das so? Entdeckt mit euren Schülerinnen und Schülern das Thema. In den Materialien findet ihr:

- einen Einstieg und viele Fakten
- Länderprofile, die die Situation in Nicaragua, Pakistan und Tansania darstellen
- Geschichten von vier Mädchen und Jungen
- spannende Übungen für Schülerinnen und Schüler aller Klassenstufen und Schulformen.

➟ Schritt 3: Kreative Botschaften.

Was bedeutet für eure Schülerinnen und Schüler inklusive Bildung weltweit? Und wie lässt sich das am eindrucksvollsten darstellen? Von einem Foto einer Rampe im Schulgebäude bis hin zu einem Video, einem Bild oder.... . Dem Ideenreichtum sind keine Grenzen gesetzt.

Wichtig ist, dass in der Darstellung der globale Bezug des Themas deutlich wird. Wünschenswert wäre, wenn sich Schülerinnen und Schüler mit und ohne Behinderungen gemeinsam an der Aktion beteiligen würden.

➟ Schritt 4: Macht Druck!

Es ist wichtig, dass die Botschaft bei den Menschen ankommt, die handeln sollen: unseren Politikerinnen und Politikern. Schreibt gemeinsam einen Brief mit euren Forderungern für ‚Bildung für Alle' an eure Wahlkreisabgeorneten. Diese müssen handeln und sich dafür einsetzen, dass inklusive Bildung zukünftig ein fester Bestandteil der deutschen Entwicklungszusammenarbeit wird. Übergebt die Botschaften der Schülerinnen und Schüler direkt als eindrückliches Zeichen für das Recht auf ‚Bildung für Alle'.

Eine Vorlage für den Brief findet ihr online auf www.bildungskampagne.org.

➟ Schritt 5: Spread the Word!

Damit viele Menschen etwas über die Bildungssituation von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in den Ländern des Südens erfahren:

- organisiert eine Veranstaltung oder Projekttage zu dem Thema. Ladet Politikerinnen oder Politiker, Eltern und Personen des Öffentlichen Lebens ein und übergebt eure Botschaften.
- Informiert die Lokalpresse über die Weltklasse-Aktion an eurer Schule. Vorlagen findet ihr unter www.bildungskampagne.org.
- Werdet Weltklasse-Schule und erhaltet unser Schulsiegel. Damit macht ihr euren Einsatz für ‚Bildung für Alle' auch nach außen sichtbar. Mehr Informationen hierzu findet ihr auf www.bildungskampagne.org.

➟ Schritt 6: Feedback geben und Preise gewinnen!

Euer Engagement soll auch während der Aktionswochen auf unserer Website sichtbar bleiben. Bitte unterstützt uns, indem ihr eure Aktion in Form eines kurzen Berichts, mit Fotos oder Videos, dokumentiert und uns per e-mail an info@bildungskampagne.org schickt.

Jeder eingesandte Beitrag nimmt automatisch an unserem Ideenwettbewerb teil. Eine inklusive Jury sichtet und bewertet alle Aktionsbeiträge, die bis zum 15. Juli 2014 bei uns eingehen. Der Gewinnerklasse des ersten Preises winkt ein erlebnisreicher Ausflug.

➟ Schritt 7: Vielfalt und Inklusion leben!

Inklusion schafft niemand alleine, und doch fängt sie bei jedem einzelnen Menschen an. Tipps und Anregungen, wie ihr und eure Schülerinnen und Schüler Inklusion in eurem eigenen Umfeld und an eurer Schule vorantreiben könnt, findet ihr in den Unterrichtsmaterialien.

Nichts könnte besser die zehnjährige Arbeit der Globalen Bildungskampagne, der deutschen Sektion der mehr als 100 Länder umfassenden Global Campaign for Education ausdrücken als das diesjährige Motto: Weltklasse! all inclusive'. Tragt dazu bei, dass auch die Hamburger ‚Weltklasse' wächst!

BARBARA GEIER

Lehrer_innen bleiben außen vor

Der Entwurf des Hamburgischen Gleichstellungsgesetz bietet absolute Magerkost

Die Leitung der BSB sieht sich bislang nicht in der Lage, über folgende Formulierung in § 18 (Entwurf des HmbGleiG) hinauszugehen: *„(2) Abweichend von Absatz 1 Satz 1 bestellt die für das Schulwesen zuständige Behörde mindestens eine Gleichstellungsbeauftragte oder einen Gleichstellungsbeauftragten sowie deren oder dessen Stellvertretung für alle ihre Dienststellen gemeinsam.“* Es ist zu vermuten, dass der Senator statt „mindestens“ eigentlich „höchstens“ meint.

Die SPD ist 2011 auch mit dem Versprechen angetreten, ein neues Gleichstellungsgesetz auf den Weg zu bringen. Die Senatorin für Justiz und Gleichstellung, Jana Schiedeck, hat in einem weitreichenden Beteiligungsprozess ein Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm auf den Weg gebracht, das im Frühjahr 2013 verabschiedet wurde. Parallel dazu wurde das Personalamt beauftragt, zunächst ein „Eckpunktepapier“ zu erstellen. Die Gewerkschaften verabschiedeten hierzu eine Stellungnahme. Von Seiten des damaligen GEW-Frauenausschusses wurde darin ein Passus in Sachen Gleichstellungsbeauftragte an Schulen eingebracht (s. HLZ 2/2013; bis heute gibt es in der BSB nur eine einzige Frauenbeauftragte, die ausdrücklich *nicht* für Schulen zuständig ist).

Auf dieser Basis wurde ein Entwurf des neuen Gleichstellungsgesetzes im Herbst 2013 vom Personalamt vorgelegt. Es erfolgte hierzu am 28.2.2014 eine weitere Stellungnahme des DGB – unter maßgeblicher Beteiligung des AfGG der GEW (Ausschuss für Gleichstellungs- und Genderpolitik).

Hier die positiv hervorzuhebenden Punkte:

„...Der DGB begrüßt die überfällige Novellierung des Gesetzes und die angestrebte Zielsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern.

Als positive Neuerungen sind hervorzuheben:

Die Ausweitung des Geltungsbereiches wird vom DGB ausdrücklich begrüßt, das betrifft sowohl die explizit genannte Ausweitung auf Beschäftigte mit Vorgesetzten- und Leitungsaufgaben, wie auch die Ausweitung auf Mehrheitsbeteiligungen der Freien und Hansestadt Hamburg.

Stellen auch für Führungspositionen in Teilzeit auszuschreiben ist ein wesentlicher Schritt zur Umsetzung der Gleichberechtigung, da die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familien-/Privatleben verbessert wird und damit die Chancen für einen beruflichen Aufstieg insbesondere für Frauen verbessert wird.

Bei der Bewertung der Qualifikation werden Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit und Reduzierung der Arbeitszeit nicht berücksichtigt. Dies ist ein wesentlicher Schritt zur Entgeltgleichheit für Frauen und schließt eine Gerechtigkeitslücke.

Besonders zu begrüßen sind die definierten Mindeststandards für die Gleichstellungspläne, die für Klarheit und Vergleichbarkeit sorgen und ein Mindestmaß an Qualität beschreiben. Die Verpflichtung zur Bestellung einer Gleichstellungsbeauftragten wird vom DGB begrüßt. Die umfassende Aufgabenbeschreibung und die festgelegten Rechte dienen der sinnvollen Umsetzung dieser Aufgabe. ...“

Die gewerkschaftliche Kritik bezieht sich u. a. auf unzureichende Angaben zur Freistellung von Gleichstellungsbeauftragten, auf die Begriffsbestimmung von „Familienarbeit“, auf Regelungen zur Teilzeit und zur Erhöhung von Arbeitszeit bzw. zum beruflichen Wiedereinstieg, auf

Foto: Stefan Gierlich

Auch eine vage Formulierung: Wer verkauft hier was?

einige begriffliche Unklarheiten – und insbesondere auf die Formulierungen zum Bereich Schulen:

„Völlig unzureichend sind die Regelungen für Gleichstellungsbeauftragte an Schulen, insbesondere da die Schulen unter dem derzeit noch gültigen Gesetz gänzlich vernachlässigt wurden: Über 20 Jahre lang wurden die Forderungen der Beschäftigten nach Frauen-/Gleichstellungsbeauftragten ignoriert bzw. immer wieder zurückgewiesen. Die Formulierung „mindestens eine Gleichstellungsbeauftragte" für alle Dienststellen der BSB lässt entschieden zu viel Spielraum und führt in der Tendenz die bisherige Zurückweisungspraxis fort. Insgesamt lassen das Gesetz und auch die Begründung an dieser Stelle erhebliche Zweifel daran aufkommen, ob der Zielsetzung des Gesetzes für Beschäftigte an Schulen überhaupt Geltung verschafft werden soll."

Und weiter:

„Eine Gleichstellungsbeauftragte für das Schulwesen ist völlig unzureichend und macht das Gesetz für diesen Bereich zur Farce. Der DGB besteht daher weiterhin (wie schon in der Stellungnahme zum Eckpunktepapier ausgeführt) auf mindestens einer zentralen Gleichstellungsbeauftragten, die in der zuständigen Behörde ausschließlich für den Bereich Schulen tätig wird, sowie auf zusätzlich mindestens einer Gleichstellungsbeauftragten pro Schulregion bzw. ersatzweise pro 1000 Beschäftigte, da sich die Zuschnitte der Regionen ändern können. Vor dem Hintergrund von über 400 Dienststellen und rund 17.000 Beschäftigten in diesem Bereich hält der DGB an einem solchen Zuschnitt als Mindeststandard für eine ernstzunehmende Gleichstellungsarbeit fest.

Entsprechendes muss für den Landesbetrieb HIBB mit seinen rund 3500 Beschäftigten gelten."

Am 4. März fand das „Beteiligungsgespräch" im Personalamt statt. Anwesend waren seitens der Behörde Christoph Lucks (verhandlungsführend) und Katharina Dahrendorf (Personalmanagement) sowie Ellen Widmer (Abt. Dienst- und Tarifrecht) und Eva Gnacke (Abt. Führungskräftegewinnung und Entwicklung). Seitens der Gewerkschaften waren anwesend: Petra Heese (verhandlungsführend) und Olaf Schwede (beide DGB), Barbara Scholand (GEW), Dagmar Henningsen (GdP), Sieglinde Frieß und Angela Belser-Eberhardt (ver.di); ferner waren zwei Vertreter_innen des dbb, Rudolf Klüver und Helga Schulz, anwesend. Das Gespräch verlief in guter Atmosphäre, auch wenn nicht in allen Punkten Einigkeit erzielt werden konnte. Die Vertreter_innen des Personalamtes deuteten an, nochmals auf die Behördenleitung der BSB zugehen zu wollen – sprich: Auch das Personalamt sieht „mindestens eine Gleichstellungsbeauftragte" als zu wenig an.

Das neue HmbGleiG bezieht sich auf Frauen und Männer und trägt damit dem Wandel der Arbeits- und Lebenswelt in den letzten Jahrzehnten Rechnung. Gleichstellungsbeauftragte sollen die Anwendung des Gesetzes in den Dienststellen unterstützen und fördern (§ 20, 1) – das heißt, sie sollen ihre Arbeit vor Ort und nicht fernab vom Geschehen im obersten Stockwerk eines Verwaltungsgebäudes erledigen. Gleichstellungsbeauftragte sollen die Beschäftigten in allen Gleichstellungsbelangen beraten und dafür Sprechstunden einrichten; sie sollen Versammlungen einberufen und Informationsveranstaltungen durchführen. Nicht zuletzt überwachen sie die Gleichstellungspläne und deren Umsetzung.

Es kann und darf nicht sein, dass sich die Behördenleitung der BSB der Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes *de facto* entzieht, indem sie eine angemessene Anzahl an Gleichstellungsbeauftragten verweigert.

BARBARA SCHOLAND
Frauenausschuss der GEW

Ein Vierteljahrhundert Warten ist genug!

Das erste Hamburger Gleichstellungsgesetz von 1991 sah keine Frauenbeauftragte für Schulen vor.
Ein neues Gesetz steht kurz vor der Verabschiedung.
Auch diesmal gehen wir Lehrerinnen und Lehrer **LEER** aus!
Geplant ist eine/ein Gleichstellungsbeauftragte/r für 17.000 Beschäftigte!

- Wie soll sie oder er ihre/seine Arbeit schaffen?
- In einem Jahr könnte sie/er nicht einmal alle 400 Hamburger Schulen besuchen!

Wir fordern: 17 + X Gleichstellungsbeauftragte!
Das heißt mindestens eine Gleichstellungsbeauftragte pro 1000 Beschäftigte!
Aktionen und Veranstaltungen sind in Planung – wir werden informieren.

Im Namen des Ausschusses für Gleichstellungs- und Genderpolitik (AfGG):
Gerlinde Hartmann, Eva Klock, Barbara Scholand, Heidemarie Thiele
http://www.gew-hamburg.de/mitmachen/arbeitsgruppen/afgg-ausschuss-fuer-gleichstellungs-und-genderpolitik

Lesben – Schwule – Unterricht: (K)ein Thema in Hamburg?!

Noch immer ist es für Menschen „anderer“ sexueller Orientierung keine Selbstverständlichkeit, sich frei und offen z.B. über ihre dates und Freizeitaktivitäten mit Kolleg_innen bzw. Mitschüler_innen auszutauschen. Dies haben aktuell die heftigen Auseinandersetzungen um neue Bildungspläne in Baden-Württemberg zur „Akzeptanz sexueller Vielfalt“ gezeigt.

Vernetzung, Selbsthilfe, Beratung, Unterstützung
für lesbische Lehrerinnen, schwule Lehrer
http://www.lesbische-lehrerinnen.de (GEW)
http://www.schwulelehrer.de (GEW)
http://www.gew.de/GEW_AG_LSBTI_2.html
http://www.schwule-lehrer-hamburg.de

Als ein Bereich der allgemeinen Menschenrechte gehört das Thema in die Lehrpläne der Länder und auch in alle weiteren Bereiche des öffentlichen Lebens. Wichtig wäre die Einführung eines queer mainstreamings-Prinzips. Infos zum aktuellen Stand in den Bundesländern in Bezug auf „Aktionspläne“ finden sich unter http://www.lsvd.de/politik/aktionsplaene-in-den-laendern.html

Wie ist der Stand in Hamburg?

In Hamburg gibt es bislang keinen „Aktionsplan“, dafür aber seit vielen Jahren Angebote des LI in Zusammenarbeit mit außerschulischen Bildungsträgern zu den Themen Sexuelle Erziehung/Vielfalt. Im Februar ist die aktualisierte Auflage der Broschüre „Sexualerziehung – Methoden für die Unterrichtsgestaltung“ herausgekommen. Sie steht ausschließlich als Download zur Verfügung unter: http://li.hamburg.de/publikationen-2012/4272266/artikel-methodenreader-sexualerziehung-2012.html

Am 1.9.2014 wird in einer Veranstaltung am LI (siehe Kasten) ein neuer Reader vorgestellt.

Wer sich schon einmal einen Einblick verschaffen möchte, findet das schulbezogene „soorum“-Projekt auf der Interseite des Magnus-Hirschfeld-Centrums http://www.mhc-hamburg.de/beratung-aufklaerung/aufklaerung-an-schulen/.

In dieser Veranstaltung wird der Reader „Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sowie Umsetzungsstrategien für Schulen“ vorgestellt. Drei Hamburger Schulen berichten, wie dieses Thema an ihren Schulen umgesetzt wird. So wurde an allen drei Schulen das Peerprojekt „soorum“ des Magnus-Hirschfeld-Zentrums (mhc) verankert. Den TeilnehmerInnen werden Hinweise zu Gelingensbedingungen, aber auch zu Stolpersteinen gegeben. Beispielhaft erhalten Sie einen Einblick in geeignete Unterrichtsmaterialien.
Termin: 01.09.2014, 16.00 – bis 19.00 Uhr
Ort: Landesinstitut Hamburg, Felix-Dahn-Straße 3, Raum 203.
Anmeldung: Wenn Sie einen TIS-Zugang haben, melden Sie sich bitte über TIS an, TIS-Nr.: 1431G2102.
Ohne TIS-Zugang per E-Mail an: wilfriede.magerfleisch@li.hamburg.de

Akademie waldschlösschen

21. Bundestreffen lesbischer Lehrerinnen

Das diesjährige 21. Treffen findet über die Himmelfahrtstage in der Nähe von Göttingen statt.

Das Spektrum der Veranstaltungen reicht von workshops zum Coming Out und zu (schul-)politischen Fragen bis hin zu sportlichen und kulturellen Angeboten.

Tagungsflyer unter https://www.waldschloesschen.org/service/download/4216_Lesbische_Lehrerinnen.pdf

2014
29. Mai - 1. Juni

The clitoris is smart

Die Wertschätzung der Weiblichkeit als Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf gegen Genitalverstümmelung

hlz: *Was motivierte dich, aktiv am Fulda-Mosocho-Projekt mitzuarbeiten?*

Gerlinde Hartmann: Ich konnte mir die Arbeit einer Organisation aus Deutschland vor Ort in Afrika nicht so richtig vorstellen und entwickelte so den Wunsch, während meines Sabbatjahres drei Monate ehrenamtlich in einem Anti-FGM-Projekt (Female Genital Mutilation) mitzuarbeiten.

Der besondere Ansatz des Fulda-Mosocho-Projektes hat mich dabei fasziniert. Er wurde von der deutschen Wissenschaftlerin Prof. Dr. Muthgard Hinkelmann-Toewe entwickelt. Es ist der Wert-Zentrierte Ansatz (WZA) der auf die Verwirklichung von Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen abzielt. Es geht um Wertschätzung von Mädchen und Frauen.

In den Projekten, in denen der WZA angewandt wird, reflektieren die Teilnehmenden die Emotionen und Einstellungen, die zur Ungleichbehandlung von Mädchen und Frauen führen, erkennen deren Ursachen und können dann auf dieser Basis entscheiden, ihr Verhalten zu ändern. Hierbei. werden zu 50% Männer einbezogen. Es wird neues Wissen vermittelt, das in der Praxis wirksam wird.

Hierbei werden deutsche Fachkräfte eingesetzt. Und tatsächlich konnte ein flächendeckender kultureller Wandel in der Region Mosocho in Gang gebracht werden. Im kenianischen Stamm der Kisii, der aus etwa drei Millionen Menschen besteht, wurden bis zum Projektbeginn 2002 noch etwa 98% aller Mädchen und Frauen verstümmelt. Bis heute konnte die Zahl auf unter 30% gesenkt werden. Doch jedes Mädchen, was diese Qual erleiden muss, ist eines zu viel.

hlz: *Hamburg ist weit entfernt von der abgelegenen Provinz Mosocho. Warum sollte eine/ein Hamburger_in sich damit auseinandersetzen?*

Gerlinde Hartmann: Gewalt gegen Frauen, Sexismus und Diskriminierung von Mädchen und Frauen existiert auch in Deutschland und natürlich auch in Hamburg. Das weibliche Se-

Fotos: G. Hartmann

Demonstrantinnen mit stilisierter Klitoris („The Guard of Honor") in der Region Kisii-South, in der noch ca. 98% der Mädchen verstümmelt werden.

Millionenfache Tortur

Projekt gegen weibliche Genitalverstümmelung

Das Fulda –Mosocho-Projekt ist ein deutsch-kenianisches Anti-FGM –Projekt (female genital Mutilation), das von der UNICEF-STUDIE „ Die Dynamik des sozialen Wandels- zur Abschaffung der weiblichen Genitalverstümmelung in fünf afrikanischen Ländern“ 2011 als eines der fünf weltbesten Projekte gegen Genitalverstümmelung und als das beste Projekt Kenias bezeichnet wird.

Laut den Vereinten Nationen sind jährlich 3 Millionen Mädchen und Frauen der Tortur weiblicher Genitalverstümmelung ausgeliefert. Die Praktik der weiblichen Genitalverstümmelung ist eine der schlimmsten Menschenrechtsverletzungen weltweit. 150 Millionen Mädchen und Frauen, besonders in Afrika, leiden ihr Leben lang an den körperlichen und seelischen Verletzungen.

In Europa sind 180 000 Mädchen und junge Frauen mit Migrationshintergund von der Genitalverstümmelung bedroht.

Bis zu 1400 minderjährige Mädchen gelten in Hamburg als gefährdet.

Täglich wird die Klitoris, das weibliche Sexualorgan, bei noch mehr als 8000 Mädchen und jungen Frauen brutal entfernt.

Der kulturelle Hintergrund, warum Familien ihre Töchter trotz staatlicher Verbote heimlich zu Beschneiderinnen bringen: Männer heiraten keine unbeschnittene Frau; die Tötung der Lust gilt ihnen als Treuegarantie. Unbeschnittene Frauen gelten als unrein und ihnen wird unkontrollierter Sexualtrieb nachgesagt .Die Genitalverstümmelung ist zentraler Bestandteil eines Wertesystems, das die Beziehung zwischen den Geschlechtern regelt. Sich von der Genitalverstümmelung abzuwenden, bedeutet, das Beziehungsgeflecht zwischen Frauen und Männern neu zu definieren. Diese tief verwurzelte Tradition lässt sich deshalb auch nicht „von oben“ per Gesetz ändern. Nur wenn es gelingt, die Haltung der Gemeinde zu dieser Tradition zu ändern, können Eltern und Töchter sicher sein, dass die Mädchen nicht doch noch zur Beschneiderin gezerrt werden. Genau hier setzt das Fulda-Mosocho-Projekt an, das sich seit 2002 für die Überwindung der Genitalverstümmelung bei Frauen in Kenia mit großem Erfolg einsetzt.

xualorgan ist häufig Thema diskriminierender Zoten. Über die Klitoris als wundervolles Organ mit mehr als 6000 Nervenenden spricht hier kaum jemand. Eine Journalistin der Frankfurter Rundschau hat ihren Artikel über das Fulda-Mosocho-Projekt treffend mit „Klitorisenthusiasten“ betitelt. Dies entspricht meinen persönlichen Erfahrungen in Mosocho. Bei einer Auftaktkundgebung gegen Genitalverstümmelung in einer Nachbarregion von Mosocho, die das FMP um Zusammenarbeit gebeten hat, skandierten die beteiligten Frauen und Männer einen Demoslogan in ihrer Sprache. Auf meine Nachfrage, was sie denn da riefen, antworteten sie freudig: „The clitoris is smart.“ Ein Banner mit einer großen bunten Klitorisblume ist bei jeder Veranstaltung als Guest of Honor dabei. Diese Wertschätzung hat mich sehr berührt. Dem Kampf gegen FGM wird hier der negative Touch genommen; für etwas zu kämpfen ist doch viel zielführender: für die Bewahrung der Klitoris, für das Wertgefühl für die Frau und den weiblichen Körper.

Wie kommt nun dieser Wandel zustande? In den Seminaren wird neues Wissen, u. a. zur Anatomie der weiblichen und männlichen Sexual- und Fortpflanzungsorgane vermittelt. Die Teilnehmenden lernen, sich mit eigenen Einstellungen zu Mädchen und Frauen und zur Praxis der Verstümmelung auseinanderzusetzen. So schlüpfen z.B. in Rollenspielen kenianische Männer in die Rolle von Frauen und sind entsetzt. Die Seminarteilnehmer_innen erkennen, dass Frauen und ihr Körper wertvoll sind, treffen Entscheidungen für die eigenen Töchter und retten ganze Jahrgänge von Mädchen.

hlz: *Du selbst warst in Kenia. Was bedeutet diese Erfahrung für dich und dein Bild von Afrika und seinen Entwicklungen?*

Gerlinde Hartmann: Ich war zum ersten Mal in Afrika und habe auch nur Kenia kennengelernt. Beeindruckt bin ich von dem Willen und der Kraft der Frauen, ihre Interessen in die eigene Hand zu nehmen und Veränderungen in Gang zu setzen. Da alle Frauen in meinem Alter und deren Töchter beschnitten waren, geht es jetzt darum, die Generation der Enkelinnen zu schützen. Dies tun sie mit großem Engagement. Gerade die Frauengruppen sind in Kenia sehr aktiv. Sie schließen sich zusammen, um Projekte gemeinsam anzugehen, sich gegenseitig zu unterstützen. Ich war Gast bei

Hoffnungsträger_innen für zukünftige weibliche Unversehrtheit

einer Frauengruppe, die gemeinsam ein Stück Land gekauft hat und darauf ein Schulgebäude errichtet hat. Es soll besonders für die vielen Waisen (bedingt durch AIDS) sein, die sich sonst keine höhere Schulbildung leisten können. Auf Bildung setzen alle. Ziel ist, die Töchter wie die Söhne studieren lassen zu können. Ich habe auch viele engagierte Lehrer und Lehrerinnen kennengelernt. Neben ihrer Arbeit in der Schule setzen sie sich sehr stark für die Überwindung der Genitalverstümmelung ein. Sie gehören zu den Multiplikatoren, die Schulungen des FMP besucht haben und jetzt auch gemeinsam in der kenianischen Partnerorganisation des deutschen Vereins Lebkom , der das Fulda-Mosocho-Projekt unterstützt, weiterarbeiten.

Dies alles sehen und erfahren zu dürfen war für mich ein echtes Geschenk. Ich bin sehr froh, dass mich der Verein Lebkom aus Fulda als Voluntärin akzeptiert hat. Meine Arbeit in Mosocho war sehr interessant: Ich habe dort die Ausweitungskampagne in die Nachbarregion miterlebt und durch Fotos und Videos dokumentieren dürfen. Außerdem habe ich die Feierlichkeiten für die Mädchen, die nicht mehr verstümmelt werden, organisatorisch unterstützt. Festival competitions for songs and poems waren Bestandteil dieser Feiern, die in 14 verschiedenen Dörfern des Bezirks stattfanden. Der Wunsch der Menschen, dort eigene Texte zum Thema Genitalverstümmelung frei vorzutragen, hat mich überwältigt. (Siehe Gedicht eines jungen Mädchens)

hlz: *Worin siehst du das Besondere dieses Projekts im Vergleich zu anderen Entwicklungs- oder Bildungsprojekten?*

Gerlinde Hartmann: Das Besondere ist sicherlich dieser wertzentrierte Ansatz, der von den Zielgruppen, die das Schicksal der Mädchen in der Hand haben: (Lehrer/-innen, Eltern, Kirchenführer, Bürgermeister, Clanälteste, Beschneiderinnen), so gut angenommen wurde. Außerdem werden bewusst Männer, die meist ja die Entscheidungsträger sind, mit einbezogen. Die Menschen vor Ort sind diejenigen, die entscheiden, ob und wie lange sie Unterstützung durch eine deutsche Fachkraft benötigen. Die Fachkräfte (Sozialpädagoginnen) aus Deutschland arbeiten nur auf Nachfrage und Einladung. Das ist eine wichtige Voraussetzung, um gemeinsam etwas zu bewirken.

Mit Bevormundung kommt man nicht gegen eine Tradition an, die älter ist als die Religionen.

Das Projekt ist eine Erfolgsgeschichte des Wandels. Weit über 16500 Mädchen wurden seither durch das Fulda-Mosocho-Projekt vor Genitalverstümmelung bewahrt.

hlz: *Wir wünschen eine solch erfolgreiche Fortsetzung des Projektes und Ausstrahlung auf die Besucher_innen der Hamburger Ausstellung.*

hlz-Interview: STEFAN GIERLICH

Wonder of the Female Body

Ausstellung zum Thema weibliche Genitalverstümmelung und Wege des Wandels

125 Millionen Mädchen und Frauen sind weltweit betroffen, in Afrika kommen täglich Tausende hinzu.

Dass ein Wandel zu erreichen ist, steht aufgrund der Erfolge des FULDA-MOSOCHO-PROJEKTS in Kenia außer Frage. In wenigen Jahren wurden dort, wo zuvor 98 % der Mädchen von der Tortur bedroht waren, durch Anwendung des Wert-Zentrierten Ansatzes über 20.000 Mädchen geschützt.

Diese Ausstellung will die Besucher_innen schonend für die Problematik sensibilisieren und den Blick für die Wichtigkeit wirksamer Wege für ein Ende der Menschenrechtsverletzung schärfen. Die Devise: nicht aussichtslos schockieren, sondern Perspektiven schaffen.

Die Ausstellung ist so konzipiert, dass sie sowohl Menschen anspricht, die sich zum ersten Mal mit dem Thema befassen, als auch die, die sich bereits aufgrund ihres Berufsfeldes damit beschäftigt haben.

Eine Besonderheit sind Originalexponate, die aus Mosocho zur Verfügung gestellt wurden., z.B. die Abschlussurkunde eines Lehrers, der am ersten Weiterbildungsprogramm zu Beendigung der Tradition teilnahm oder das selbst gefertigte anatomische Lehrmaterial, das heute an Mosochos Schulen im Unterricht eingesetzt wird (und das wir auch an Deutschlands Schulen gebrauchen könnten).

Mit einem Visionenbuch voller Pläne und Träume, aufgeschrieben von Müttern und Vätern aus Kenia, wendet sich die Ausstellung direkt an die Besucherinnen und Besucher und lädt zu einer Nachricht, einer Solidaritätsbekundung oder einer Rückmeldung ein.

Mit dem Visionenbuch stößt die Ausstellung die Frage an: „Was kann ich tun?“ und ermutigt zu eigenem Engagement.

Einzigartig ist die Sicht der Kenianerinnen und Kenianer, deren Gefühle und Auffassungen sich in der Ausstellung widerspiegeln. Zudem steuerten internationale Künstlerinnen und Künstler Werke bei – darunter auch etliche aus Hamburg.

Anmeldungen für Führungen von Schulklassen und Gruppen sind n.V. ab sofort mit Gerlinde Hartmann möglich.

Kontakt: pro familia Hamburg, Kerstin Falk, Tel: 040 3099 749 32, email

LebKom e.V., Ulrike Niewerth, Tel 0661-64125, lebendige-kommunikation@gmx.de

Gerlinde Hartmann, Tel: 040-439 2854, 0176-725 656 58, gerlinde_hartmann@web.de

Wanderausstellung „Wonder of the Female Body“ – Weibliche Genitalverstümmelung in Afrika – Wie ein Wandel zu erreichen ist. 04.04.2014 – 02.05.2014 bei pro familia im Gesundheitszentrum Sankt Pauli

Traditionelle Verstümmelungsmesser – in Kenia offiziell verboten

Uns kann keiner

Die Diskussion um den 1. Weltkrieg wird von einer geschichtspolitischen Auseinandersetzung begleitet. In diesem Artikel werden zunächst einige der politischen Rahmenbedingungen skizziert. Unter der Fragestellung, welche Auswirkung die Auseinandersetzung auf den Schulunterricht hat, folgen Hinweise auf verbreitete Publikationen und deren Tendenz

Exponierte Teilnehmer sprechen ohne Scheu von der politischen Bedeutung der Debatte über die Geschichtsschreibung zum I. Weltkrieg. Wissenschaftler wie H. Münkler verkünden, ein Abwerfen von ´historischem Ballast´ erleichtere den Deutschen und der deutschen Politik die Übernahme einer führenden Position in der europäischen Strategie. Wer sich gleichermaßen mit den Menschenopfern und Zerstörungen des Ersten wie des Zweiten Weltkriegs belaste, reagiere bei Militäreinsätzen zögerlich. Eine Nation, die sich einrede „Wir sind an allem Schuld“, könne kaum eine „verantwortliche Politik“ betreiben. Gemeint sind mit solchen Sprachformeln insbesondere internationale Militäreinsätze.

In diesem Zusammenhang bekommt eine von Guido Knopp aufgeworfene rhetorische Frage eine besondere Bedeutung. Er sagte in einer mehrfach im Fernsehen gezeigten Diskussion über die neuere Geschichtsschreibung zum Ersten Weltkrieg: „Müssen unsere Schulbücher nun nicht umgeschrieben werden?“ – und selbstverständlich gaben die eingeladenen Jasager vor einem Millionenpublikum die von ihnen erwartete zustimmende Antwort.

Es liegt auf der Hand, dass die geschichtspolitisch motivierte Forderung nach einer neuen Tendenz bei der Betrachtung der jüngeren deutschen Geschichte und der Gestaltung des Unterrichts uns als Lehrer_innen ebenso wie als Bürger_innen betrifft. Hier geht es nicht nur um Vergangenheit, sondern um zukünftige Politik und die Arbeit in den Schulen. Die im Folgenden in kritischer Absicht behandelten Äußerungen sind nicht Ausdruck eines Plans oder abgestimmter Aktionen – trotzdem bleiben sie besorgniserregend.

Die Bundeswehr...

Bei der Forderung nach einer unbefangenen Übernahme von mehr internationaler „Verantwortung“ geht es im Kern nicht um die Versorgung z. B. von Flüchtlingslagern, sondern um „robuste“ Militäreinsätze. Dies zeigt beispielhaft die eingangs skizzierte von Münkler vorgetragene Kritik an der „Kultur der Zurückhaltung“ der letzten Bundesregierung, die sich z. B. nicht am Eingreifen der NATO gegen den lybischen Diktator Gaddafi beteiligte. (Der Professor hatte sich zuvor bereits für die Beteiligung deutscher Soldaten am Irakkrieg eingesetzt.) Die gewünschten Militäraktionen werden selbstverständlich rhetorisch geschickt verbrämt und verharmlost: Es gelte, „Europa an den Krisenrändern (zu) stabilisieren.“ (*Süddeutsche Zeitung* vom 4./5.1.2014) Mit seinem Wunsch nach der Neukonstruktion eines für die Übernahme internationaler ´Verantwortung´ passenden Geschichtsbildes steht Münkler nicht allein. Dies zeigt u. a. eine Aussage des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, des CDU-Politikers Röttgen. Er erklärte im Zusammenhang mit der angestrebten Ausweitung

von Einsätzen der Bundeswehr auf die Frage, ob die deutsche Vergangenheit bei solchen außenpolitischen Entscheidungen noch eine Rolle spielen sollte: „Nein, sollte sie nicht. Von außen wird sie uns nicht mehr vorgehalten, und die Bevölkerung sieht sie nicht als Hindernis an, uns zu engagieren.“ *(„Die Zeit“,* Nr. 6 vom 30. Januar 2014) Röttgen wird genau gewusst haben, dass seine Behauptungen über die Meinungen der Menschen in Europa und in Deutschland falsch sind. Die Skrupellosigkeit der Rhetorik auch in diesem Bereich lässt für die Zukunft Böses ahnen.

Parallelen 1914 – 2014?

Die beruhigende Schlussfolgerung aus der Analogie lautet, dass es heute keine vergleichbaren Bündnisstrukturen und Eskalationsmechanismen gibt wie jene, die 1914 einen lokalen Konflikt zum großen europäischen Krieg eskaliert haben. Die beunruhigende Beobachtung läuft jedoch darauf hinaus, dass die als Gegenmaßnahmen zum militärischen Agieren der Russen in der Ukraine zu erwartenden Wirtschaftssanktionen des Westens zur sozialen und schließlich politischen Destabilisierung Russlands führen könnten, in deren Folge dann weitere Räume der Unordnung, der Armut und der Verzweiflung entstünden. Was aus dem Zerfall des Osmanischen Reiches und der Donaumonarchie nach Kriegsende hervorgegangen ist, war alles andere als eine stabile Staatenordnung. Das hat sich in den 1990er Jahren beim Zerfall der Sowjetunion wiederholt. Die Probleme, denen sich Europa an den Rändern ausgesetzt sieht, würden sich beim Zerfall Russlands dramatisch vermehren und vergrößern.

Herfried Münkler: Was der Beginn des Ersten Weltkriegs mit dem derzeitigen Konflikt in Europa zu tun hat, in: DIE ZEIT vom 6. März 2014, S. 50 (Auszug)

...ist eine Verteidigungsarmee

Da es im Grundgesetz unmissverständlich heißt, die Bundeswehr diene der Verteidigung, dürfte sie eigentlich nicht – wie nun in Washington gefordert und in Berlin geplant – Teil einer Einsatztruppe werden, „die schnell und unbürokratisch“ nach Bedarf in Afrika, Asien usw. eingesetzt wird. Dies sehen deutsche Politiker_innen mehrheitlich nur als formales Problem an. In der vom Bundestag herausgegebenen Zeitschrift *„Das Parlament“* vom (17.2.2014) wird bereits gefordert, „mehr als ohnehin schon die Frage zu diskutieren: Wie decken sich solche Einsätze mit dem Status der Bundeswehr als Verteidigungsarmee? Früher oder später wird … eine verfassungsrechtliche Antwort unumgänglich sein.“

Im Windschatten von Bestsellern wie Christopher Clarks „Die Schlafwandler“ oder Herfried Münklers „Der Große Krieg“ sollen jetzt nur noch 19 Prozent der Deutschen die „Hauptverantwortung“ für den Krieg bei der Reichsregierung sehen.

Alle folgenden Textausschnitte sind einem Artikel der SZ vom 5.3.2014 mit dem Titel: 1. Weltkrieg – Der Wille zum Angriff von John C.G. Röhl entnommen. Untertitel: Hätte England sich 1914 heraushalten sollen - wie sähe die Welt dann aus? Röhl lehrte als Historiker bis zur Emeritierung an der Universität Sussex. Seine dreibändige Biografie „Wilhelm II.“ (Verlag C.H. Beck) gilt als Standardwerk

Im Klartext bedeutet dies: Jetzt verstoßen wir gegen die Verfassung, demnächst schnitzen wir sie uns zurecht. Eine Große Koalition macht´s möglich. Die militante „Neuausrichtung“ hat diese bereits in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben: „Die Bundeswehr ist eine Armee im Einsatz.“ Da auch einflussreiche Interessenverbände das Problem im gewünschten Sinne kommunizieren bzw. propagieren, wird der Militärhaushalt wohl bald wachsen.

Jedenfalls fand im Foyer der Hauptstadtrepräsentanz der Deutschen Bank in Berlin am 6.2.2014 eine auch im Fernsehen ausgestrahlte entsprechende Werbeveranstaltung („Diskussion“) statt, in der der Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Rainer Dulger, die Verfassungsprobleme hinsichtlich der auch von ihm gewünschten Militäreinsätze als lösbar bezeichnete. Öffentlichkeit und zögernde Abgeordnete werden mit dem Hinweis beruhigt, in Deutschland gebe es doch einen Parlamentsvorbehalt für Militäreinsätze. Verschwiegen wird dabei, dass ein (ehemaliger) Hamburger Lehrer und Verteidigungsminister, V. Rühe, längst ausbaldowert und formuliert hat, wie dies auszuhebeln ist: Delegierung an einen kleinen handverlesenen Ausschuss, der formal das Recht erhält, nach einem von der Regierung eingeleiteten Einsatz ein Veto einzulegen.

Objektive Geschichtsschreibung gibt es nicht

Diese Vorbemerkungen sollten das Interesse für die folgenden Hinweise auf Neuerscheinungen zur Geschichte des I. Weltkriegs auch bei jenen Leser_innen wecken, die keinen Geschichtsunterricht erteilen.

Grundsätzlich gilt: „Objektivität“ im idealen Sinne ist auch von einer wissenschaftlichen Geschichtsschreibung nicht zu erreichen. Deshalb sind neue

historische Beiträge zum Ersten Weltkrieg auch willkommen, wenn es gegen ihre Inhalte Einwände gibt. Wichtig ist, dass sie eine rationale Auseinandersetzung und eine Erweiterung des Kenntnisstandes fördern.

Selbst wenn Historiker nebenbei als politische Wanderredner auftreten und ihre Bücher in politischer Absicht formuliert oder einseitig instrumentalisiert wurden, lässt sich aus ihnen lernen. Etwas anderes wäre es, Schulbücher und Lehrpläne in der Tendenz dieser Autoren einseitig umzuschreiben. Eine allgemeine Forderung an den Unterricht bleibt, dass alles, worüber die Wissenschaft streitet, auch in der Schule kontrovers zu behandeln ist.

> Um gegen Moskau marschieren zu können, muss erst Paris genommen werden“, erklärte der Kaiser im November 1912. Bereits zu dieser Zeit entschied sich die deutsche Regierungselite für den Krieg gegen Frankreich und Russland, wenn sich ein geplanter Angriff Österreichs auf Serbien als für Russland unannehmbar erweisen sollte

„Mensch, Dein Glück heißt Opfermut . . .“

Richard Dehmel:
Lied an Alle

Sei gesegnet, erste Stunde,
die uns endlich fühlen eint;
Friede war in Aller Munde,
Argwohn lähmte Freund wie Feind –
Jetzt kommt der Krieg,
Der ehrliche Krieg.

Dumpfe Gier mit dumpfer Kralle
heischte um Genuß und Pracht;
jetzt auf einmal fühlen Alle,
was uns einzig selig macht –
Jetzt kommt die Not,
Die heilige Not!

Feurig wird zum Klarheit schweben
über Staub und Pulverdampf;
nicht uns Leben, nicht uns Leben
führt der Mensch den Lebenskampf –
Stets kommt der Tod,
Der göttliche Tod!

Gläubig greifen wir zur Wehre
für den Geist in unserm Blut;
Volk tritt ein für Deine Ehre,
Mensch, Dein Glück heißt Opfermut
–
Dann kommt der Sieg,
Der herrliche Sieg!

Aus: Georg Gellert (Hrsg.), Das Eiserne Buch, Hamburg o.J. (1915), S. 171

„Für's Vaterland“

Gerd Arntz, Fürs Vaterland
Aus: Manfred Bosch (Hrsg.), Nie wieder! Texte gegen den Krieg. Köln 1981, S. 87

Feindbild Fischerianer

In diesem Zusammenhang wird neuerdings die Behauptung verbreitet, in Geschichtsschulbüchern (und der Publizistik) zum Ersten Weltkrieg würden bisher einseitig nur die Ansichten einer sogenannten Fischer-Schule behandelt. Deren Behauptungen wären geradezu „sakrosankt“ (Gerd Krumeich). Wie sich jeder bei einem Blick in die Lehrerbibliothek oder die Schulbuchsammlung des Landesinstituts Ausbildung leicht überzeugen kann, triff dies nicht zu. Die Absicht ist klar: Wenn die jetzigen Unterrichtsinhalte einseitig sind, dann müssen sie getilgt und durch das angeblich Neue und Richtige ersetzt werden. Dazu wird geschickt ein Popanz aufgebaut und mit allerlei grellen Spruchbändern drapiert. Auf diesen (bzw. in den Büchern von Ch. Clark, S. 715 und H. Münkler, S. 9, S.783 f.) liest das Publikum, der Hamburger Historiker Fritz Fischer und seine „Schar“ hätten Deutschland die „Hauptschuld“ am Weltkrieg zugeschoben. Der Krieg wäre nur noch unter dem Blickwinkel „deutscher Hybris und deutscher Schuld “ gesehen worden. Fischerianer behaupteten sogar, Deutschland habe den Kriegsausbruch jahrelang „systematisch vorbereitet“ und „sogar den Zeitpunkt für den Beginn des Krieges im Vorhinein“ genau festgelegt.

> Der vom Kaiser am 3./4. Juli 1914 hingekritzelte Randvermerk, mit den Serben müsse „jetzt oder nie (. . .) aufgeräumt“ werden, wirkte als Signal für die Umsetzung des Schlieffen-Plans*. Am folgenden Tag stellte Wilhelm II. den Österreichern einen Blankoscheck für den Fall aus, dass ihr Angriff auf Serbien in einen Kontinentalkrieg münden würde, was in der Wilhelmstraße als zu 90 Prozent wahrscheinlich eingeschätzt wurde.
>
> **Der bereits 1905 entwickelte Plan des Generalstabs sah für den Fall eines möglichen Zweifrontenkrieg vor, zunächst die Masse des deutschen Heeres im Westen gegen Frankreich einzusetzen.*

Solche falschen Behauptungen sind nicht neu. F. Fischer schrieb dazu bereits 1989: Ich „muss [der] demagogischen Behauptung entgegentreten, mein Buch ´Griff nach der Weltmacht´ (1961) sei eine durchgängige Beweisführung´, wonach Deutschland allein den Ersten Weltkrieg verschuldet habe. Doch von ´Schuld´ am Kriege ist in dem 900 Seiten langen Buch nur auf einer einzigen Seite die Rede ´…, wo ich nur einen ´erheblichen Anteil der deutschen Reichsführung an der historischen Verantwortung für den Ausbruch des Krieges feststelle´. Mein Buch ist eine Monographie über die deutschen Kriegsziele und stellt nirgends in Frage, dass die anderen Mächte ebenfalls Kriegsziele hatten. Im Übrigen stelle ich ausdrücklich fest, dass die Regierungen der beteiligten europäischen Mächte in der einen oder anderen Weise und in sehr abgestufter Form an der Verantwortung für den Ausbruch des Krieges teilhaben. Von einer ´Alleinschuld´ Deutschlands spreche ich nirgends.“ Fischer hat über das Problem Kriegswille und Risikobereitschaft zum großen Krieg wiederholt geschrieben: „Sie [die deutsche Reichsleitung] hoffte den Krieg [auf den Balkan] lokalisieren zu können, war sich aber ebenso der Möglichkeit einer allgemeinen europäischen Konflagration bewusst, wobei sie dieses Risiko … auf sich nahm.“ Auch der Historiker John Röhl, von dem behauptet wird, er habe geschrieben, der Zeitpunkt für den Kriegsbeginn 1914 sei bereits Ende 1912 festgelegt worden, wies dies als unsinnig zurück. Eine solche Linie zum Kriegsausbruch habe er „nie gezogen“.

Interessen im Hintergrund

Die folgenden Hinweise auf neuere Veröffentlichungen zum I. Weltkrieg dienen einer ersten Orientierung. Die Auswahl aus der Fülle der Neuerscheinungen

erfolgte nach der Häufigkeit ihrer Behandlung in den Medien.

Autoren wie Clark, Münkler und Krumeich fragen in ihren Werken eher nebenbei nach dem Einfluss von gesellschaftlichen Kräften und Strukturen sowie den wirtschaftlichen Interessen von Industrie, Banken und Großlandwirtschaft auf die Innen- und Außenpolitik. Wie machtpolitische Zielsetzungen und Mentalitäten über das Ende des Großen Krieges hinaus fortlebten, deuten sie nur an. Sie zeigen

> Ende Mai 1914 drängte Moltke den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Gottlieb von Jagow, „unsere Politik auf die baldige Herbeiführung eines Krieges einzustellen“. 1916 brüstete sich Moltke damit, den Weltkrieg selber „vorbereitet und eingeleitet“ zu haben.

nicht auf, dass bei Beginn der deutschen „Weltpolitik“ 1897, beim Kriegsausbruch 1914, der Machtübergabe 1933 und dem erneuten Kriegsbeginn 1939 jeweils die expansiven, aggressiven und zugleich innenpolitisch autoritären Elemente in der deutschen Gesellschaft stärker waren als die liberal- und sozialdemokratischen Kräfte. Ob sie mit einer solchen Ausrichtung die Vergangenheit hinreichend erklären oder mit ihren Fragestellungen zu Ergebnissen kommen, die ein Umschreiben unserer (Schul-) Geschichtsbücher erforderlich machen, wird jeder für sich entscheiden müssen.

Konrad Canis behandelt in seinem Werk über die deutsche Außenpolitik die Zuspitzung der Konfrontationen zwischen den europäischen Mächten in den zwölf Jahre vor Beginn des Weltkrieges in Form einer Diplomatiegeschichte. Er richtet das Interesse auf die Regierenden in Wien, St. Petersburg, Paris und London, um längerfristige Ursachen des Krieges zu erkennen. Dabei betont er die Ausgrenzung Deutschlands aus dem Kartell der alten Kolonialmächte, die aber in Berlin als Einkreisung verstanden wurde und aggressive Einstellungen förderte. Die These eines Sozialimperialismus – dies richtet sich gegen den Historiker H.-U. Wehler - ist für ihn zur Erklärung der Kriegsmentalität der Regierenden in Deutschland ohne größere Bedeutung. Kaiser Wilhelm sei zu einer zielgerichteten Außenpolitik unfähig gewesen. Überhaupt hätten 1914 nicht hegemoniale Absichten, sondern eher ein naiver, außenpolitisch überforderter deutscher Kanzler Bethmann Hollweg sowie Fatalismus und blanke Verzweiflung den Kriegskurs in Berlin und Wien vorgegeben. Canis betont dabei ebenso wie derzeit viele seiner

Kollegen explizit die Offenheit der politischen Entwicklung, die nicht notwendigerweise zum Krieg hätte führen müssen. Dabei wird so formuliert, als wäre früher das Gegenteil behauptet worden. Attacken gegen Windmühlen ändern ihren Charakter aber nicht, wenn man sie mit markigen Sprüchen wie „gegen Determinismus“ und für ein „Aushalten von Kontingenz“ (Zufall, Ungewissheit) begleitet.

Ein Vorteil des Buchs von *Gerd Krumeich* gegenüber den anderen hier vorgestellten Werken liegt in dem ausführlichen Quellenanhang. Krumeich hat, wie er in einer u. a. von der G. Henkel Stiftung mitfinanzierten Veranstaltung bekannte, sein ganzes bisheriges Leben als Historiker gegen die Thesen des Hamburger Historikers Fritz Fischer gestritten. Deshalb ist es ihm hoch anzurechnen, wenn er zumindest einräumt, Deutschland und Österreich-Ungarn hätten 1914 „den Schritt in den Großen Krieg“ nicht gescheut, „um die Balance in der europäischen Politik zu ihren Gunsten zu wenden.“ Damit stellt er sich gegen die populären Thesen Clarks. Hingegen bestreitet Krumeich deutsche Weltmachtambitionen oder das Ziel „imperialer Vorherrschaft“ beim Agieren in den Tagen vor Ausbruch des Krieges. Das ist bei dieser zeitlichen Beschränkung sicherlich zutreffend. Kaiser, Generalstabschef oder Kanzler werden kaum das vielgelesene Buch mit dem Titel „Westmarokko deutsch“ aus dem Regal gezogen oder mit den Autoren gesprochen haben. Bei der Konzentration auf die unmittelbare Vorkriegszeit, die „Julikrise“ 1914, bleibt aber unberücksichtigt, welche außenpolitischen Ziele, sozialdarwinistischen Ideologien und Vorstellungen den Entscheidungen der Handelnden in den Krisentagen zugrunde lagen. Hier hätten Krumeich und andere vielleicht eine typische zeitgenössische Unterrichtsmethodik (1908) für die Hand des Lehrers zitieren können: „Indem Völker sich auszubreiten suchen, stoßen sie mit anderen Völkern, die das nämliche Bestreben haben, zusammen. Es beginnt der Kampf um den Raum. Das stärkere und zähere Volk siegt. … Kein Ausbreiten ist mehr ohne gewaltigen Kampf möglich. … Fremde Rohstoffe müssen in wachsendem Maße eingeführt werden. Aber andere Völker strecken als Wettbewerber auf dem Weltmarkt ebenfalls die Hand nach ihnen aus. … Darum muss ganz von selbst der Kampf um die Schätze der Erde sich zuspitzen in einen Kampf um die Länder, die diese liefern … Das Volk, dem es nicht gelingt, sein enges Wirtschaftsgebiet … zu erweitern, … wird bald von der Weltbühne verdrängt sein. … Es handelt sich nicht um ein Wollen oder Nichtwollen, sondern um ein hartes Müssen.“ Inhaltlich Gleiches war bekanntlich auch in einem Werk (1912) Kurt Riezlers, des persönlichen Referenten und Beraters des Reichskanzlers Bethmann Hollweg, zu finden: „Der Idee nach aber will jedes Volk wachsen, sich ausdehnen, herrschen und unterwerfen ohne Ende, will immer fester sich zusammenfügen und immer Weiteres sich einordnen … .“

> In Berlin waren nicht viel mehr als zwanzig Männer an dem Kriegskomplott beteiligt. Sie waren sich einig in der Überzeugung, die Stellung des Reiches „als europäische Kontinentalmacht zweiter Ordnung“ sei nicht mehr hinnehmbar. Wie Tirpitz es im Oktober 1913 formulierte: „Schließlich scheine es einer großen Nation würdiger, um das höchste Ziel (der Weltstellung) zu kämpfen und vielleicht ehrenvoll unterzugehen, als ruhmlos auf die Zukunft zu verzichten.“

Christopher Clark macht seine Leser_in ausdrücklich darauf aufmerksam, dass es in seinem Buch nicht primär um die Frage gehe, warum der Krieg geführt wurde. Der „Warum-Ansatz“ verheiße zwar analytische Klarheit, er führe aber zu Verzerrungen. Akteure würden zu bloßen Organen von Kräften wie z. B. Imperialismus, Nationalismus, Hochfinanz, die sich ihrer Kontrolle entzögen. Ihm gehe es um das „Wie“, d. h., wie selbständig denkende „Könige, Kaiser, Außenminister, Botschafter, Militärs und eine Fülle kleinerer Beamter“ zwischen vorhandenen Optionen wählten.

Im ersten Teil seines Buches erzählt Clark von Konflikten auf dem Balkan sowie zwischen Österreich-Ungarn und Serbien. Wenn er über „serbische Schreckgespenster“, über die Aktualität von Selbstmordattentätern und Terrororganisationen berichtet, macht er zugleich seinen gegenwartsbezogenen Ansatz deutlich: „ Seit [dem Massaker 1995 von] Srebrenica und der Belagerung Sarajevos fällt es schwerer, Serbien als reines Subjekt als Opfer der Großmachtpolitik zu sehen.“ Mehr Verständnis zeigt er aus EU-Sicht für die multinationale Donaumonarchie. Clarks Präsentismus und seine Orientierung auf Ängste, dunkle Vorahnungen und Entscheidungen der „Hauptentscheidungs-

träger“ machen sein Werk leicht lesbar. Gefördert wird dies durch anschauliche Beschreibungen wie z. B. die des vergeblichen Fluchtversuchs der serbischen Königin (1903) vor Attentätern, bei dem es ihr immerhin gelang, „sich mit einem Unterrock, einem Korsett aus weißer Seide und einem einzigen gelben Strumpf notdürftig zu bekleiden“. Im zweiten Teil des Buches behandelt er u. a. folgende Fragen: Wie entstanden entgegengesetzte Bündnisblöcke? Wie gestalteten Regierungen die Außenpolitik? Wieso löste ein Konflikt an der Peripherie die „gigantischen Krise“ aus? Wieso brachte ein internationales System in einer Phase der Entspannung einen allgemeinen Krieg hervor?

Abschließend schildert Clark das Attentat von Sarajevo und die Wechselbeziehungen der politischen Entscheidungszentren während der Julikrise. Besondere Beachtung finden dabei Kalkulationen, Missverständnisse und krisenverstärkende Entscheidungen eines kleinen Kreises von bedeutenden Persönlichkeiten in den europäischen Hauptstädten. Den Ausbruch des Krieges schreibt er einem „multilateralen Prozess gegenseitiger Beeinflussung“ zu. Es war eine „Tragödie, kein Verbrechen“ (S. 716). Feuilleton und Stammtisch, bei denen die komplexe Debatte nur in Kurzformeln ankommt, haben eine solche Botschaft, die sie als Entlastung der deutschen Geschichte empfinden, euphorisch aufgenommen. Das ist leicht zu verstehen.

Der Kaiser wurde auf seine Nordlandreise geschickt, um Normalität vorzutäuschen.

Die Begeisterung würde sicherlich auch nicht verfliegen, wenn Clarks Rede von einem „Prozess gegenseitiger Beeinflussung“ der fünf Großmächte kritisch geprüft und dabei deutlich würde, dass er manches auslässt, was einer seiner Grundthesen von einer „Offenheit“ der Situation und der diplomatischen Kontakte zuwiderläuft. In der von ihm ausführlich behandelten österreichisch-ungarischen Ministerratssitzung vom 7. Juli 1914 wurde z. B. laut Protokoll ausdrücklich festgehalten, diplomatische Angebote seien zwar aus taktischen Überlegungen sinnvoll, sie dürften aber nur „mit der festen Absicht geschehen“, dass eine etwa folgende (Schein-)Verhandlung „nur mit einem Kriege enden dürfe.“ Diese Aussage fehlt in Clarks Darstellung.

Der Kerngedanke des Komplotts war, wie der Chef des kaiserlichen Marinekabinetts von Müller in seinem Tagebuch festhielt, „Rußland sich ins Unrecht setzen lassen, dann aber Krieg nicht scheuen“.

In vielen öffentlichen Aussagen über Clarks Werk geht es vorrangig um Geschichtspolitik und nicht um historische Genauigkeit. Deshalb wird diesem Autor z. B. auch nicht vorgehalten, dass er nicht erwähnt, wie es im weiteren Verlauf der bereits erwähnten Debatte vom 7. Juli im k. u. k. Ministerrat nicht mehr um eine lokale Begrenzung, sondern bereits um den Verlauf eines „europäischen Krieges“ ging und der einzige zögerliche Politiker am 8. Juli mit dem Hinweis

konfrontiert wurde, der deutsche Kaiser habe mitteilen lassen, Österreich müsse einen „Schlag … führen.“ Alles andere wäre ein „Schwächebekenntnis …, was nicht ohne Rückwirkung … auf die künftige Politik Deutschlands bleiben könne.“ Mit solchen bei Clark fehlenden Hinweisen wird zugleich deutlich, dass die Rolle der deutschen Politik dort unzureichend beschrieben ist, wo lediglich vom Ausstellen eines inhaltlich unbestimmten „Blankoschecks“ gesprochen wird.

In dem Werk von *Herfried Münkler* herrscht die Tendenz vor, Ausbruch und Verlauf des Krieges auf „Zufälle und Fehleinschätzungen“, auf „Paradoxien“ zurückzuführen, ohne in angemessener Weise auch dem entgegenstehende Informationen zu diskutieren. Es fehlen Hinweise auf ihm sicherlich bekannte wichtige Quellen, die nicht in sein Konzept passen. Als z. B. der Leiter der Zentralabteilung des Reichsmarineamtes, Kapitän Hopman, im Dezember 1914 den damaligen deutschen Marineattaché in Wien, von Freyberg, fragte, „wer in Oesterreich den Krieg gemacht habe“, antwortete dieser spontan: „Wir“. Der deutsche Botschafter in Wien, Tschirschky, habe auftragsgemäß „scharfe Töne aufgezogen und getrieben.“ Die Österreicher wären danach „so weit gegangen, dass ein Zurückweichen ohne große politische Niederlage nicht mehr möglich gewesen wäre. Ohne das Gefühl einer sicheren Stärkung durch uns wäre man nicht soweit gegangen.“

Ebenso erwähnenswert wäre ein Brief des Hamburger Großreeders Albert Ballin, eines Vertrauten des Kaisers und des Reichskanzlers. Er schrieb 1916 von einer „entsetzlichen Verantwortung“ der deutschen Diplomatie „für die Inscenierung“ eines Kriegs, der Deutschland „Generationen prächtiger Menschen (koste)“ und das Land um Jahrzehnte zurückwerfe. Solche Quellen hätten die Leser_innen stutzig gemacht und Nachdenken angeregt. Münkler erwähnt zudem nicht – um ein weiteres Beispiel zu nennen – die Aussage des deutschen stellvertretenden Außenministers Zimmermann bereits am 5. Juli 1914 gegenüber dem Kabinettschef im österreichisch-ungarischen Außenministerium, Alexander Graf Hoyos. Zimmermann sagte: „Ja, 90 Prozent Wahrscheinlichkeit für einen europäischen Krieg, wenn Sie etwas gegen Serbien unternehmen.“ Dies passt nicht zu der Behauptung, die deutsche Politik sei bis Ende Juli von der Möglichkeit einer Lokalisierung des Konflikts mit Serbien ausgegangen.

> Bei der Unterzeichnung der Mobilmachungsorder am 1. August 1914 hatten der Kaiser und Falkenhayn Tränen der Rührung in den Augen.

Strukturelle Analysen treten bei Münkler ähnlich wie bei Clark gegenüber der Behandlung individueller Charakteristika zurück. Das Mitwirken des Reichskanzlers an der Auslösung des Krieges und dessen Eingeständnis (1918): „in gewissem Sinne war es ein Präventivkrieg“, erklärt er vor allem mit Fatalismus und Risikobereitschaft.

Anders als Clark befasst sich Münkler wenig mit der Vorgeschichte des Krieges. Sein leicht lesbares Werk wird als Gesamtdarstellung angepriesen. Es behandelt auf der Grundlage anderer Geschichtswerke tatsächlich eine Vielzahl verschiedenster Phänomene. Münkler berücksichtigt u. a. verschiedenste Kriegsschauplätze, Schlachten zu Wasser und zu Lande, den Luftkrieg, das Leben und Sterben von Soldaten, aber auch Probleme der Latrinenbenutzung und die Rattenplage in den Gräben, Kriegspredigten, Leiden der Zivilbevölkerung, Hunger, Krankheiten und die Kämpfe nach 1918 auf dem Gebiet der drei zerfallenden multinationalen Imperien: des Zarenreichs, der Habsburger Monarchie und des Osmanischen Reichs.

An Münklers Beschreibung der Vorgeschichte des Raub-„Friedens“ von Brest-Litowsk mit Russland 1917/18 wird beispielhaft dessen Unterschied zu F. Fischer deutlich. Dieser verwies darauf, dass die deutsche Annexionspolitik 1917/18 den bereits früher von wichtigen Interessengruppen formulierten Kriegszielen entsprach und zudem die Hitlersche Politik vorausnahm, die Russland und dessen Randstaaten wie ein großes koloniales Rohstoffgebiet behandelte. Münkler hingegen schreibt, das „Ostimperium“ wäre weniger aufgrund deutscher Interessenpolitik, sondern eher durch eine „Fehlentscheidung der bolschewistischen Führung“ entstanden, die sich Erich Ludendorff, der leitende Kopf der deutschen Heeresleitung, zu Nutze gemacht hätte – nicht zuletzt, um in Osteuropa Soldaten zu rekrutieren.

Münkler hat einmal formuliert, es gäbe „keine Geschichten, die durchgängig bis zum Ende“ erzählt werden könnten. Eigentlich lasse sich „fast alles begründen und ableiten“. Wenn er so unparteiisch an sein Projekt herangegangen wäre, hätte er vielleicht auf die finanzielle Unterstützung zweier großer deutscher Industrieunternehmen und Vorträge vor Bundeswehroffizieren verzichten müssen. Auch zu seiner Mitgliedschaft im Beirat der Bundesakademie für ´Sicherheitspolitik´, in der das ´Verteidigungs´-Ministerium ein entscheidendes Wort mitspricht, wäre es dann wohl nicht gekommen. 1964 verteilte übrigens die Bundeszentrale für Politische Bildung eine Kampfschrift gegen Fritz Fischer, in der dieser der Zersetzung des Wehrwillens der deutschen Jugend

beschuldigt wurde. Nun werden wir Lehrer_innen sicherlich bald durch die gleiche Institution mit dem Sonderdruck einer der hier besprochenen Schriften ´aufgeklärt´. Denn aus der Geschichte lässt sich durchaus lernen. Dazu ist aber nicht erforderlich, unsere Schulgeschichtsbücher in der Tendenz von Ch. Clark oder H. Münkler umzuschreiben.

JÖRG BERLIN

Canis, Konrad: Der Weg in den Abgrund. Deutsche Außenpolitik 1902-1914. Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 2011. 719 S., 88,- Euro.

Clark. Christopher: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. DVA, München 2013. 896 S., 39.99 Euro

Krumeich, Gerd: Juli 1914 – Eine Bilanz Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 2014,, 34,90 Euro

Münkler, Herfried: Der große Krieg. Die Welt 1914-1918. Rowohlt, Berlin 2013. 928 S., zahlr. Abb., 29,95 Euro

KRIEGSSCHULDDEBATTE

„Das humanistische Gymnasium“ und der Krieg

Auch im Vorläufer der Zeitschrift „Gymnasium“ fehlten kriegskritische Beiträge

Antje Liening hat in hlz 1-2/2013 darauf hingewiesen, dass 1914 im Vorläufer der hlz, der „Pädagogischen Reform“, kriegskritische Beiträge fehlten. Genauso verhielt es sich mit dem Vorläufer der Zeitschrift „Gymnasium“ („Zeitschrift für Kultur der Antike und Humanistische Bildung“), die allerdings landesweit verbreitet wurde.

„Das humanistische Gymnasium“ – so hieß dieser Vorläufer – war das Organ des Deutschen Gymnasialvereins und befand sich auf Grund des programmatischen Titels nunmehr in einer schwierigen Situation. Zwar ließ sich der Begriff des Humanismus im Sinne der Schulform des altsprachlichen Gymnasiums verstehen oder auch im Sinne der im 15. Jahrhundert begonnenen Wiederentdeckung der Antike. Nicht verdrängen ließ sich aber das von der Antike her tradierte Verständnis des Begriffs des Humanismus als Grundlage einer humanen Haltung, die sich in einem entsprechenden (eben: „humanen“) Verhalten zu zeigen hätte. Mochte auch noch so viel Heuchelei und Schindluder mit dieser Auffassung getrieben worden sein – im Ersten Weltkrieg zeigte es sich bald, dass die moderne Rüstung auch einem Wunschdenken, das von einem ritterlichen Kampf (nach dem Muster der Ilias etwa) träumte, die Grundlage entzogen hatte. Wenn sich die Lehrkräfte des Humanistischen Gymnasiums der allgemeinen Kriegsbegeisterung anschlossen, dann mussten sie sich des inneren Widerspruchs zu ihrem Bildungsideal bewusst sein.

Dass und wie sich die beiden Gegensätze vereinen ließen, soll am Beispiel des Hamburger Lehrers Adolf Fritsch gezeigt werden, über den Holger Schmid schreibt: „Adolf Fritsch aus Wetzlar, in Schulpforta ausgebildet, hatte in Leipzig Philologie studiert. Nach einer Zeit als Lehrer der Alten Sprachen am Straßburger Protestantischen Gymnasium ging er 1877 an die Gelehrtenschule des Johanneums in Hamburg, wo er bis

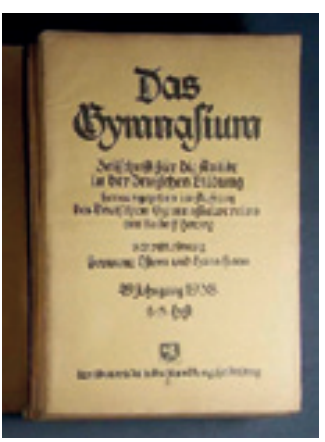
Schulkinder begleiten ihre Lehrer zum Einkleiden

Aus: Ernst Friedrich, Krieg dem Kriege (1924), Frankfurt 1982, S. 51

1920 lehrte.“ (Briefe von und an Friedrich Nietzsche, Januar 1885 - Dezember 1886, Band 3, S. 100)

Fritsch veröffentlichte im Jahrgang 25 (1914) des „Humanistischen Gymnasiums“ (S. 161-3) einen Aufsatz mit dem Titel „Das Gymnasium und der Krieg“. Zunächst lässt er den Blick ein Jahrhundert zurück schweifen, bis zu den Napoleonischen Kriegen. Dankbar erinnert er sich dann an seine eigene Kriegsteilnahme im Jahre 1870: „Wir alle haben trotz allen [sic!] Leiden, die den einzelnen trafen, es zeitlebens für unser größtes Glück gehalten, damals mitkämpfen zu können.“ (S. 160) Doch obwohl, wie der Herausgeber der Zeitschrift in einer Anmerkung mitteilt, Fritsch „zwei Söhne … im Felde [hat], die … seit Wochen schwere Kämpfe mitmachen mussten“ (S. 160, Anm. 1), ist seine Kriegsbegeisterung ungebrochen: „Herzerhebend war und ist es zu sehen, wie die Jugend der gebildeten Stände von der Not des Vaterlandes ergriffen ist und sich dazu drängt, mit den Waffen für seine Verteidigung einzutreten.“ (S. 162) Er berichtet stolz, dass am Johanneum „schon während der [Sommer-]Ferien die Oberprimen zu verschwinden [begannen]“ (S. 162), jüngere Schüler Listen anwandten, um ins Heer aufgenommen zu werden, und ähnlicher Enthusiasmus auch von ehemaligen Schülern zu berichten sei. Diese erinnern sich, wenn sie ihrem Lehrer von der Schlacht an der Aisne schreiben, an die Spartanischen Schlachtenlieder des Tyrtaios und an den Vers des Horaz, der besagt, dass es „süß und ehrenvoll“ (dulce et decorum) sei, für das Vaterland zu sterben.

Schmerzlich vermeldet er: „Bis Ende Oktober waren es schon mehr als 20 [Johanneer aller Altersstufen], deren Tod gemeldet war.“ (S. 163) Doch dieser Schmerz wird gemildert, vielleicht sogar aufgewogen: „Berechtigter Stolz darf die alten Lehrer erfüllen, dass ihre Aussaat aufgegangen, ihr sehnlichster, innigster Wunsch erfüllt ist, gute Deutsche aus der ihnen anvertrauten Jugend zu machen.“ (S. 163) Der Humanismus, den Fritsch vertritt, betonte das Agonale, das Militärische im Erbe der Antike, das sich mit dem zeitgemäßen Nationalismus – den „Ideen von 1914“ – bestens vertrug. Schulszenen aus Remarques „Im Westen nichts Neues“ tauchen auf.



So kämpferisch nationalistisch, wie Fritsch sich gibt, muss es jedoch überraschen, wenn er sich gegen Ende seines Aufsatzes in Gegensatz zu den „Nationalisten“ stellt: „Dass ihr höchstes Ideal … die Ehre, die Verteidigung des Vaterlandes bleibt, haben unsere Zöglinge auch dem eingefleischtesten Nationalisten bewiesen.“(S. 163)

Der Konflikt, in den ihn sein Humanismus wirft, betrifft nicht den Untergang der Humanität in der nationalistischen Kriegsbegeisterung, sondern das nach seiner Meinung unzureichende Ansehen, das das humanistische Gymnasium zu beklagen habe. Die Vorwürfe der „Humanisten“ gegen die „Nationalisten“ gingen bis zur Jahrhundertwende zurück, bis zur Juni-Konferenz von 1900, die im Ergebnis das Monopol des humanistischen Gymnasiums im Hinblick auf den Zugang zur Universität stark einschränkte. Fritsch beklagt, dass „in den vorangegangenen Kämpfen um die höhere Schule dem Gymnasium zum Vorwurf gemacht wurde, dass es die Jugend nicht zu Deutschen, nicht zu deutscher Gesinnung erziehe.“ (S. 161)

Nicht nur Fritsch, der hier als Beispiel gewählt wurde, sondern die Lehrkräfte des humanistischen Gymnasiums überhaupt verteidigten im Ersten Weltkrieg nicht die Haltung der Humanität, sondern das Humanistische Gymnasium, und sie taten dies, indem sie die „Nationalisten“ – die Vertreter des Realgymnasiums und der Oberrealschule – an Nationalismus (im politischen Sinne) noch zu übertreffen trachteten. Dass dieses Erbe lange nachwirkte, kann nicht verwundern.

LOTHAR ZIESKE

AUFRUF ZUM HAMBURGER OSTERMARSCH 2014

Wir sagen Nein zu Aufrüstung und Krieg!

Militärische Auslandseinsätze, also Kriege, lösen keine Probleme, sondern schaffen stattdessen neue. In vielen Ländern – wie im Irak oder in Afghanistan – sind sie die Hauptursache dafür, dass es keine soziale und zivile Entwicklungsperspektive gibt. Auch in Jugoslawien oder in Libyen wurden große Teile der sozialen und ökonomischen Infrastruktur zerstört. Der Lebensstandard großer Teile der Bevölkerung wurde auf Elendsniveau gesenkt.

Als Folge von Kriegen sind viele Menschen zu Flucht und Migration gezwungen. In Hamburg kämpfen die Lampedusa-Flüchtlinge, die der NATO-Krieg aus Libyen vertrieb, um ihr Existenz- und Aufenthaltsrecht. Doch bis zu uns schaffen es nur ganz Wenige. Die EU versucht mit einem enormen Aufwand, ihre Grenzen für Flüchtlinge unpassierbar zu machen – mit oft tödlichen Folgen.

Auch länger zurückliegende Kriege haben Folgen bis in die Gegenwart. Die Atombombenabwürfe der USA auf Japan und ihr flächendeckender Einsatz des dioxinhaltigen Entlaubungsmittels „Agent Orange“ in Vietnam führen bis heute zu Fehlgeburten und Missbildungen bei Neugeborenen. Ähnliche Folgen hat heute die von NATO- und US-Streitkräften eingesetzte Munition aus abgereichertem Uran. Die Einsatzgebiete wurden auf unabsehbare Zeit verseucht, besonders im Irak, aber auch in Teilen Jugoslawiens. Der Einsatz von atomaren, biologischen und chemischen Waffen ist mit dem Völkerrecht nicht vereinbar, da er in besonderem Maße Zivilisten trifft.

Die „zivile“ Nutzung der Kernenergie gefährdet das Leben von uns allen. Die Beherrschung dieser Technologie öffnet die Tür für die militärische Nutzung. Auch Deutschland könnte mit seinen Plutoniumvorräten in relativ kurzer Zeit eine große Anzahl von Atomwaffen herstellen. Der Hamburger Hafen ist ein internationaler Umschlagplatz für Atomtransporte; davon gehen auch im Frieden Gefahren für die Bevölkerung aus, wie sich beim Brand des Frachters „Atlantic Cartier“ am 1. Mai 2013 zeigte.

Durch Spionage und das flächendeckende Sammeln von Daten aller Art werden die Rechte von Millionen Menschen missachtet. In vielen Fällen gerieten Unbeteiligte in das Visier der Geheimdienste, sie wurden unschuldig inhaftiert, teilweise gefoltert oder sogar ermordet.

Der Einsatz von Drohnen zur gezielten Tötung verletzt grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien. Unter den mittlerweile tausenden Opfern ist ein großer Anteil Zivilisten.

Die Militarisierung bedroht auch die demokratischen Rechte in den kriegführenden Staaten. Die Bundeswehr hat Strukturen für den Inlandseinsatz aufgebaut. Einsätze gegen Demonstranten und Streikende sind auch bei uns möglich. In Hamburg bedroht die selbstherrliche harte Linie der Polizei demokratische Grundrechte.

Die Rechtfertigungen für den Einsatz des Militärs, wie die „Schutzverantwortung für Menschenrechte“ oder der Kampf gegen den „islamistischem Terror“, sollen die Bevölkerung in den westlichen Industrieländern dazu bringen, die finanziellen und sonstigen Lasten von Hochrüstung und Krieg zu ertragen oder sogar zu unterstützen. Die eigentlichen Gründe, wie die Durchsetzung wirtschaftlicher und politischer Interessen, sollen nicht ins Bewusstsein dringen – denn es sind nicht die Interessen des überwiegenden Teils der Bevölkerung, sondern die von großen, international agierenden Konzernen, die den ungehinderten Zugang zu billigen Rohstoffen und Märkten durchsetzen oder aufrechterhalten und Konkurrenten ausschalten wollen.

WOLFGANG KIRSTEIN

Ostermontag, 21. April 2014

12 Uhr Auftakt

Bei der St. Gertrudkirche, Immenhof, U-Bahn Mundsburg + Uhlandstraße

11.30 Uhr Friedensandacht St. Gertrudkirche

14 Uhr Friedensfest

Carl-von-Ossietzky-Platz, Lange Reihe

Reden • Livemusik • Infostände • Essen und Trinken

Ostermarsch in Wedel, Sonnabend, 19. April 2014
10 Uhr Auftakt vor dem Rathaus in Wedel
12 Uhr Friedensfest, Theaterschiff Batavia

V.i.S.d.P. Dr. Wolfgang Kirstein, Vielohweg 124 b, 22455 Hamburg

Improvisation ist gefragt

Wie der kleine Mozart ganz groß wurde

März 2013 – das Programm der Hamburger Camerata in Zusammenarbeit mit Andreas Peer Kähler (Berlin) und dem Musikausschuss der GEW Hamburg für das nächste Kinderkonzert wird beschlossen. Es soll wieder ein Mozartprogramm werden.

Die dann folgenden 12 Monate waren gefüllt mit hunderterlei Gesprächen, Planungen, Absprachen, Organisatorischen und und und... bis dann am 19., 20. und 21. März jeweils um 9 und 11 Uhr die Kinderkonzerte in der Nikolaikirche am Klosterstern statt finden. Herr Kähler hat wieder ein interessantes, qualitativ hochwertiges und fröhliches Programm zusammengestellt, das bei den 2199 Schülern_innen, Lehrer_innen und Begleiter_innen großen Anklang findet. Der Lebensweg des Wunderkindes Mozart wird anhand der A-Dur Sinfonie Köchelverzeichnis (KV) 201, seiner ersten kleinen Komposition KV 1, einem anderen frühen Menuett, zu dem die Rhythmikgruppe in Tanzsäcken auftritt, jeweils einem Satz aus dem Violinkonzert KV 211 und dem Hornkonzert no4 aufgezeigt. Die Solisten sind der 13jährige Yuko Krawehl (Violine) und der 19jährige Tillmann Höfs (Horn). Das Violinkonzert wird vom Kinderstreichorchester „Saitenspiel“ in historischen Kostümen begleitet, das auch beim Finale, dem letzten Satz der Sinfonie A-Dur, mitwirkt. Natürlich darf ein Stück aus der Zauberflöte nicht fehlen, und so singen drei Mitglieder des Knabenchores Hamburg und Julia Moorman (Pamina) „Bald prangt, den Morgen zu verkünden ...“ mit glockenhellen Stimmen.

Der junge Mozart hätte den jungen Interpret_innen auch aufmerksam zugehört

Unser Angebot, das Programm auch für hörbehinderte Schüler_innen aufzuarbeiten, wurde leider nicht angenommen, aber die schon fast zur Tradition gewordene englische Fassung für die etwas Größeren wurde von Jesse Webb versiert moderiert.

Lohnt sich so ein Aufwand denn? Zumal da die Honorare für Moderatoren, Musiker- und Organisator_innen eher bescheiden ausfallen.

Ja!

Wenn man am Ende eines Konzertes die strahlenden Gesichter der Schüler_innen sieht, die zuerst skeptisch-erwartungsvoll oder ablehnend zum Veranstaltungsort gekommen sind

– wenn man erlebt, wie die aufgeregten und zappeligen Kinder sich im Laufe des Konzertes entspannen, wie einige irgendwann einmal anfangen mitzusummen, mitzuschwingen

– wenn sie offensichtlich etwas genießen, das für sie eigentlich ganz ungewohnt und fremd ist

– wenn man die Musiker der Hamburger Camerata beobachtet und sieht, mit wie viel Freude sie für und zu den Kindern hin Musik machen

– wenn man sieht, mit wie viel musikalischem und komödiantischem Talent Herr Kähler seine Ideen vorspielt

– wenn man vermuten kann, dass sich wohl einige der Hörer_innen der klassischen Musik geöffnet haben

– wenn vielleicht der eine oder die andere jetzt den Wunsch verspürt, mehr von solcher Musik zu erleben oder sogar ein Musikinstrument zu erlernen...

...dann weiß man, dass sich Einsatz und Aufwand aller Beteiligten gelohnt haben! Die Überlegung, wieviel finanzielle Unterstützung solche Projekte brauchen, sollte möglichst bald in die politischen Debatten über Bildung und Erziehung einfließen

DR. HANNELORE KALWIES
BEAUFTRAGTE FÜR DEN MUSIKAUSSCHUSS DER GEW HAMBURG

P.s.: Im kommenden Jahr sagen wir: Viva Vivaldi!

Das HLZ-Rätsel

Joint Venture!

It's good for the flu, good for asthma
Good for tuberculosis (…)
Got to legalize it, don't criticize it
Legalize it, yeah, yeah, I will advertise it
(Peter Tosh)

Bob Marley

Haben die 68-er jetzt doch noch gesiegt? 2014 wird nämlich – ganz legal –Anbau und Erwerb von hochwertigem, preisgünstigem Cannabis möglich, und zwar unter staatlicher Aufsicht! Uns interessiert, welcher Staat verantwortlich ist für diese sicherlich umstrittene Reform.

Barack Obama (mit Zigarette?)

Rainer Langhans und Uschi Obermeier

Wo wurde erstmals Anbau und Verkauf von Marihuana freigegeben?

a) Holland b) USA
c) Uruguay d) Jamaika

Antworten bitte mit Postanschrift bis zum 6.5.2014 an die hlz, am besten an *hlz@gew-hamburg.de*. Als Gewinn winkt eine edle Federtasche/Kosmetiktasche aus Hanf. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Des letzten Rätsels Lösung…

… ist Bild C - die als *Poutine* bekannte Fastfood-Spezialität aus Québec: Pommes mit Käse und Bratensoße! Das wusste auch unser Gewinner Werner Haertel. Er bekommt einen Gutschein für den *Old Commercial Room,* wo er zumindest Labskaus (Bild D) genießen könnte. Der stechend riechende isländische *Hákarl* aus fermentiertem Haifleisch (B) wird dort ebensowenig wie die Blutsuppe *Schwarzsauer* (A) oder die *Poutine* angeboten. Letztere soll ihren Namen trotz gleicher Schreibweise nicht von Monsieur Vladimir Poutine haben.

Vladimir Poutine

MH/MK

Sommerferien 2014: Zwölf Tage Polnisch lernen in Masuren!

Zaproszenie – Einladung: GEW und die Lehrersektion der polnischen Gewerkschaft Solidarność laden ein zur Sommerakademie mit Sprachkurs vom 09.08. bis 22.08.2014 an einem der schönsten Seen Masurens

Vom blutigen Anfänger bis zur fortgeschrittenen Lernerin: professionell geleitete Sprachkurse auf drei Stufen bringen uns die Sprache unseres östlichen Nachbarlandes näher. Unsere polnischen Kolleginnen und Kollegen von der Solidarność - Gewerkschaft lernen gleichzeitig Deutsch. In gemischten Tandems können wir das Gelernte sofort anwenden. Die zahlreichen Workshops und Vorträge zu schulischen, kulturellen und gewerkschaftlichen Themen und Aktivitäten wie touristische Ausflüge in die schöne Umgebung Allensteins, Kanufahrten auf dem Gimsee, Singen und Tanzen am Lagerfeuer bieten Gelegenheiten, sich kennenzulernen und sich verbal oder auch mit Händen und Füßen zu verständigen. Dieses erfolgreiche Treffen findet nun schon seit 18 Jahren statt und ist offen für alte Hasen und neue Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Alle GEW-Mitglieder, die gerne spannende aber auch erholsame Sommertage mit neugierigen Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland und Polen verleben möchten, sind herzlich eingeladen.

Weitere Informationen und Anmeldung:
http://www.gew.de/Polen_GEW-Sommerakademie_2014_in_Masuren.html
Anmeldeschluss: 24.04.2014

GEW TERMINE – MÄRZ / APRIL 2014

Referat F	Gruppe Gewerkschaftliche Bildung Wir treffen uns unregelmäßig aber effektiv. Wir freuen uns über die Teilnahme von Interessierten. Info: Roland Stolze, mailto: rolandstolze@gwhmail.de
Referat D	Termin in der Geschäftsstelle nachfragen
GEW Studies	Termin in der Geschäftsstelle nachfragen
Junge GEW	22.04.2014, 18.00-21.00 Uhr, GBW
FG Grundschule	24.04.2014, 17.00-19.00 Uhr, Raum A 15.05.2014, 17.00-19.00 Uhr, Raum A
Vorschule	Termin in der Geschäftsstelle nachfragen
FG Stadtteilschulen	14.05.2014, 19.00-22.00 Uhr, GBW
FG Gewerbe und Handel	07.05.2014, 16.30-19.30 Uhr, GBW
FG Gymnasien	Termin in der Geschäftsstelle nachfragen
FG Kinder- und Jugendhilfe	Termin in der Geschäftsstelle nachfragen
FG Primarschulen	Termin in der Geschäftsstelle nachfragen
FG Sonderpädagogik	22.04.2014, 17.00-19.00 Uhr, Raum C
FG Hochschule u. Forschung	05.05.2014, 18.00-20.00 Uhr, Raum C
AfGG Gleichstellungs- u. Genderpol.	22.04.2014, 17.00-19.00 Uhr, Raum B
FG Bleiberecht	06.05.2014, 19.30-22.00 Uhr, Raum C
AK Inklusion	14.04.2014, 16.00-18.00 Uhr, Raum A 12.05.2014, 16.00-18.00 Uhr, Raum C
AK soziale Arbeit an Schulen	
AK Friedenserziehung	29.04.2014, 17.00-20.00 Uhr, Raum B
BG Ruheständler	07.05.2014, 10.15-13.00 Uhr, Raum A
Mittelamerikagruppe	23.04.2014, 19.00-22.00 Uhr, GBW 12.05.2014, 19.30-22.00 Uhr, Raum C
AG Fair Childhood	28.04.2014, 16.00-18.00 Uhr, Raum C

Aus dem Ascheregen…

Einen Schulfrieden hatten sie miteinander vereinbart, nachdem man festgestellt hatte, dass man auf diese Weise die errungenen Vorteile für die eigene Klientel am besten bewahren könnte. Und alle in der Bürgerschaft vertretenen Parteien, außer der Linken, hatten auf diese Weise nach außen hin ihrem Harmoniebedürfnis Rechnung getragen. Bei solchen „Verträgen“ wird ja oft polemisiert, dass sie hinfällig seien, noch bevor die Tinte trocken sei oder ‚es das Papier, auf dem sie geschrieben sind, nicht wert sei‘. Na ja, beides trifft irgendwie zu, weil sich von Anfang an eigentlich niemand so richtig daran gehalten hat. Und das ist auch gut so, denn wo, als in einem Parlament, kann man besser um die unterschiedlichen Positionen ringen? Nachdem man sich in grauen Vorzeiten noch mit der Keule begegnete, um Meinungsverschiedenheiten auszutragen, ist das ‚Parlare‘ doch der genuine Hintergrund jedweder Auseinandersetzung an diesem Ort. Insofern hatte dieser Pakt von Anfang an etwas Bizarres. Es war zu erwarten, dass die Fliehkräfte irgendwann so stark würden, dass hieraus etwas Unübersichtliches erwachsen würde, um nicht zu sagen, ein Chaos ausbrechen würde.

Unser – wie ich finde - schönes Titelblatt mit den von Pieter Bruegel d.Ä. „gestürzten Engeln“ spiegelt doch die jetzige Situation auf wunderbare Weise wider. Dass die vormals als heilig anzusehenden Engel nun ordentlich aufeinander losdreschen, wobei das Oben deutlich ein Unten braucht, ist wohl ein, wenn nicht *das* Charakteristikum der Menschheitsgeschichte.

Nicht das Ei des Kolumbus, sondern eins von Pieter Bruegel d. Ä. aus dem Jahr 1566 (Ausschnitt aus ‚Das Schlaraffenland‘)

Was ich an dieser Art der Malerei so mag, ist deren allegorische Darstellungsweise, die Raum zur Interpretation gibt, aber vor allem auch Subversives zulässt. Dass darüber hinaus sogar die Moderne Anleihen bei Bruegel macht, wurde mir klar, als ich eine Postkarte mit einem Ausschnitt aus einem anderen Bild von eben dem Bruegel erhielt (ich hatte zunächst auf Dali getippt), der den Verdacht zulässt, dass der Meister möglicherweise halluzinierende Pilze goutiert hatte oder einfach eine ordentliche Portion Humor besaß.

Sei’s drum. Was auch immer in der Friedenspfeife unserer Abgeordneten gebrannt haben mag – sie ist erloschen. Man steht also nicht mehr im Rauch, sondern im Ascheregen. Soll ja ein fruchtbarer Boden sein…

JOACHIM GEFFERS

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage www.gew-hamburg.de, E-Mail: meents@gew-hamburg.de

Redaktionsleitung: Joachim Geffers, Bei der Johanniskirche 10, 22767 Hamburg, E-Mail: j.geffers@freenet.de

Redaktion: Stefan Gierlich, Manni Heede, Antje Liening, Michael Kratz, Wolfgang Svensson

Redaktionsassistent: Max Lill

Titel: Pieter Bruegel d.Ä., Ausschnitt aus: Gestürzte Engel (1566)

Rückseite: GEW

Anschrift der Redaktion: Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg. Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Druck: Compact Media Agentur GmbH, 20354 Hamburg, Tel. 0 40-35 74 54-0, E-mail: info@compactmedia.de

Anzeigen: Eduard van Diem, Tel. 040-890 629 23, hlz-anzeigen@gew-hamburg.de

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint monatlich. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der AutorInnen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Red.-Schluss hlz 5/2014: 7.5.2014

Hamburger Beamten– Feuer– und Einbruchskasse
Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
Anerkannte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes

Ab 01.01.2014

Nach über 20 jähriger Beitragsstabilität jetzt sogar eine Beitragssenkung auf 1,00 € (inkl. Vers. Steuer) pro 1.000 € Versicherungssumme

Wenn nicht jetzt? Wann dann?

Nur 1,00 € pro 1.000 € Versicherungssumme inkl. Versicherungssteuer!

Highlights aus unserer Hausratversicherung bei unschlagbarem Beitragssatz!

- Verzicht auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit bis zu 3.000 € Schadenhöhe
- Aufräumkosten bis 100 % der VS* nach einem Schadenfall
- Hotelkosten für bis zu 30 Tage nach einem Schadenfall
- Fahrraddiebstahl bis 1 % der VS* (max. 500 €)
- Überspannungsschäden bis 10 % der VS*
- Einbruchdiebstahl aus Kfz bis 2% der VS* (max. 500 €)
- Kein Abzug wegen Unterversicherung bei versicherten 700 € pro m² Wohnfläche
- Möglichkeit der Höherversicherung von Fahrrädern bis 3 % der VS* (max.1.500 €)

...und vieles, vieles mehr.

Einfach unverbindliches Angebot einholen.

*(Versicherungssumme)

Hamburger Beamten– Feuer– und Einbruchskasse
Sascha Suppe
Hermannstrasse 46
20095 Hamburg

Telefon: 040-33 60 12
Fax: 040-28 05 96 06
E-Mail: info@hbfek.de
Web: www.hbfek.de

Beispiel:
Bei einer Versicherungssumme von 60.000 € zahlen Sie ab 2014 bei uns nur noch 60.00 € (inkl. Vers. Steuer) !

Kann Ihre Versicherung das auch?

Debeka Versichern und Bausparen Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes

Jetzt staatliche Förderung sichern!

Egal, ob Sie fürs Alter vorsorgen, Steuern sparen oder Kapital für eine Immobilie aufbauen möchten – der Staat hilft dabei.
Neu, seit dem Jahr 2013, ist die geförderte private Pflegevorsorge.
Behalten Sie den Überblick – Wir zeigen Ihnen Wege zu Ihrer staatlichen Förderung.

anders als andere

Landesgeschäftsstelle Hamburg
Holzdamm 42
20099 Hamburg
Telefon (0 40) 2 48 21 80
www.debeka.de

Debeka

MATHIAS WITT
PRAXIS FÜR PSYCHOTHERAPIE

GRUPPEN-ANGEBOTE FÜR MÄNNER

Ein Angebot für Männer,
die sich im geschützten Rahmen einer Gruppe
mit ihrer Männlichkeit auseinandersetzen wollen.

Themen:
„Die Zwänge und Antreiber des Alltags“
„Der Zugang zu den Gefühlen“
„Partnerschaft, Beziehung und Sexualität“
„Der Kontakt zum Vater“

Termine:
31.10. BIS 02.11.2014
30.01. BIS 01.02.2015
29.05. BIS 31.05.2015
03.07. BIS 05.07.2015

040. 38 84 71
praxis@mathias-witt.de
www.mathias-witt.de
Praxis nahe Dammtorbahnhof
Rothenbaumchaussee 15

ANZEIGE

Jetzt staatliche Förderung sichern!

Wie auch andere Versorgungssysteme steht die Beamtenversorgung aufgrund der demographischen Entwicklung und der längeren Bezugszeiten von Versorgungsleistungen vor dem Problem ständig steigender Ausgaben. Die Übertragung der Sparmaßnahmen in der gesetzlichen Rentenversicherung auf die Beamten- und Soldatenversorgung hat über alle Bereiche hinweg zu einer Absenkung der Ruhegehaltssätze geführt. Die Anhebung der Altersgrenzen für den Eintritt in den Ruhestand führt zu weiteren Einschnitten. Wer im Ruhestand seinen Lebensstandard halten will, kann das mit seinen Versorgungsbezügen allein nicht mehr schaffen. Die entstandenen Lücken müssen mit einer privaten Vorsorge geschlossen werden.

Der Staat unterstützt den Aufbau einer privaten ersetzenden Vorsorge mit hohen Zuschüssen. Dennoch „verschenken" viele Beamte Jahr für Jahr Geld. Geld, auf das sie über staatliche Förderprogramme prinzipiell einen Anspruch haben, sofern sie eine entsprechende Vorsorge treffen. Ob aus Unkenntnis, fehlender Information – über die Gründe hierfür lässt sich vielfach nur spekulieren. Nur jeder zweite kennt bisher z. B. die seit Februar 2013 staatlich geförderte private Pflegevorsorge. Auch die attraktiven Zulagen bei der Riester-Rente sowie insbesondere auch die Steuervorteile bei der Basisrente sind nicht selbsterklärend. Viele finanziell sehr lukrative staatliche Hilfen bleiben also regelmäßig ungenutzt.

Es gibt verschiedene Formen der staatlichen Förderung, hier ein Überblick: Bei der Pflegezusatzversicherung handelt es sich um eine private Absicherung des Pflegerisikos, welche durch staatliche Zulagen unterstützt wird. Der Vorteil: eine jährliche Zulage in Höhe von 60 Euro und die steuerliche Absetzbarkeit der Eigenbeiträge.

Die Riester-Rente ist eine durch staatliche Zulagen und Sonderausgabenabzugsmöglichkeiten geförderte, privat finanzierte Altersvorsorge. Die Förderung ist abhängig vom Familienstand und der Anzahl der Kinder. Zulagenberechtigt sind auch diejenigen, die selbst keinen Anspruch haben, jedoch mit einer Person verheiratet sind, die die genannten Voraussetzungen erfüllt. Von der staatlichen Förderung werden somit nicht nur sie, sondern auch ihr/e Ehepartner/in profitieren. Einen besonderen Bonus erhalten alle Berufsanfänger, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Die staatliche Förderung erfolgt in Form einer jährlichen Zulage in Höhe von 154 Euro und bis zu 300 Euro je Kind und wird direkt in den Altersvorsorgevertrag gezahlt. Zusätzliche Steuerersparnisse durch die Absetzbarkeit der Beiträge als Vorsorgeaufwendungen sind möglich.

Bei der Basisrente handelt es sich ebenfalls um eine steuerlich begünstigte Form der privaten Altersvorsorge. Sie sieht eine lebenslange Rentenzahlung frühestens ab dem vollendeten 62. Lebensjahr vor.

Die Beiträge der Basisrente lassen sich als Altersvorsorgeaufwendungen von der Steuer absetzen, und zwar schrittweise steigend von 78 % im Jahr 2014 auf 100 % im Jahr 2025. Höchstgrenze für den Steuerabzug sind 20.000 Euro jährlich, bei zusammenveranlagten Ehegatten 40.000 Euro. Bei Beamten wird dieser Höchstbetrag um einen fiktiven Gesamtrentenversicherungsbeitrag gekürzt. Dieses dient der Gleichbehandlung der Absetzbarkeit mit den Arbeitnehmern.

Die Besteuerung erfolgt erst in der Rentenphase, abhängig vom Rentenbeginnjahr. Der Vorteil: In der Rentenphase ist der Steuersatz meist wesentlich geringer als in der aktiven Berufsphase.

Mit der Wohnungsbauprämie und der Arbeitnehmer-Sparzulage bezuschusst der Staat außerdem einen Bausparvertrag oder das Beteiligungssparen.

Wer sich im Alter nicht einschränken möchte, sollte frühzeitig für eine bedarfsgerechte Absicherung sorgen. Die Debeka ist seit über 100 Jahren ein kompetenter Ansprechpartner für den öffentlichen Dienst und bietet eine individuelle Beratung. Sie ist bundesweit an 4.500 Orten mit über 17.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vertreten.

Hamburger Lehrer-Feuerkasse

seit 1897

Die preisgünstige Hausratversicherung
im Großraum Hamburg und Lübeck

für Angehörige aller pädagogischen Berufe. Wir versichern Ihren Hausrat für 1,20 Promille der Versicherungssumme, inkl. Versicherungssteuer, und das unverändert seit 1996.
Beitragsfrei eingeschlossen sind u. a.:
Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen, Kfz.-Aufbruch, Überspannungsschäden, jeweils bis zu festgelegten Höchstgrenzen, Höherversicherung gegen Zuschlag möglich.

Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:
E-Mail: info@h-l-f.de
Tel.: 040 333 505 14 (Tobias Mittag)
Tel. : 040 796 128 25/ Fax : 040 796 128 26 (Georg Plicht)
Tel.: 040 679 571 93 / Fax: 040 679 571 94 (Sibylle Brockmann)
www.hamburger-lehrer-feuerkasse.de

Hamburger Lehrer-Feuerkasse

Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
Gegründet 1897

Mitgliederversammlung
Freitag, 11. April 2014
Beginn: 17.30 Uhr
Tagungsort: Curio-Haus Rückgebäude

Tagesordnung
1. Jahresbericht 2013
2. Vorlage der Jahresrechnung 2013
3. Vorstandsbezüge
4. Bericht der Rechnungsprüfer
   Entlastung des Vorstandes
5. Wahlen
   a) Wahl des Schriftführers
   b) Wahl von 2 Rechnungsprüfern
6. Verschiedenes

Hier könnte
Ihre
private oder
gewerbliche
Anzeige stehen!
hlz-anzeigen@gew-hamburg.de

Günstig am Bodensee Konstanz, beste Lage:

Gästezimmer (Dame)
Euro 25 oder
Wohnungstausch nach
HH- Zentrum
mit Kollegen/Innen

Tel: 07531- 456551
e-mail gunthid.eichler@gmail.com

Lernstörungen *werden gesehen als Probleme beim Lesen, Schreiben und Rechnen sowie grundsätzliche Störungen schulischer Lernprozesse.* ***Lerntherapie*** *ist erforderlich, wenn Lernprozesse nachhaltig beeinträchtigt sind und Blockaden überwunden werden müssen.*
Integrative Lerntherapie *führt Kompetenzen aus verschiedenen Disziplinen zusammen, gestaltet individuell auf die Person zugeschnitten Lernumgebung und Lerninhalte, ist situationsabhängig, transparent und flexibel unter Berücksichtigung fortlaufender Diagnostik und Anpassung.*

berufsbegleitender
Weiterbildungs-Master-Studiengang
der Universität Hamburg für

Integrative Lerntherapie

Lerndiagnose, Lernförderung und Lerntherapie in den Bereichen Lese-Rechtschreib-Schwierigkeiten und Dyskalkulie

in Kooperation mit der
Leibniz Universität Hannover und dem Fachverband für integrative Lerntherapie e.V. (FiL)

Grundlagenwissen, Handlungsfähigkeiten und Kompetenzerweiterung in den Bereichen Lerntherapie, Lese-Rechtschreib-Schwierigkeiten, Dyskalkulie

Dauer 7 Semester, Umfang 800 Unterrichtsstunden, Seminare einmal pro Monat Freitag 14.00 Uhr bis Samstag 18.00 Uhr, eine Blockwoche pro Semester.

Beginn WS 2014/15

Informationsveranstaltung: 27. Juni 2014
16:00 Uhr – 17:30 Uhr

weitere Informationen:
Dr. Michaela Tzankoff, Universität Hamburg
Arbeitsstelle für wissenschaftliche Weiterbildung
Tel.: 040 - 42883 - 2650/2499
E-Mail: m.tzankoff@aww.uni-hamburg.de
Homepage: www.aww.uni-hamburg.de

Universität Hamburg
Leibniz Universität Hannover
FiL Fachverband für Integrative Lerntherapie e.V.

***Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.**
Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 € effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten- oder Restschuldversicherung.

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

Beamtendarlehen / Akademikerdarlehen
4,50% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Beamtendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €
Baufinanzierungen günstig bis 120%

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.
0800 - 1000 500
Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
seit über 35 Jahren.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, LV Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Postvertriebsstück DPAG Entgelt bezahlt

„Etwas Besseres als das AZM werden wir überall finden....“

PROTEST-RADTOUR

gegen Ausbeutung, Arbeitsbelastung und Arbeitszeitmodell

24. April 2014 · 16 – 18 Uhr

START Curiohaus, Rothenbaumchaussee
ROUTE durch die Innenstadt zu einigen europäischen Konsulaten, wo wir uns jeweils Bausteine einer klugen Lehrer-Arbeitszeitregelung aus anderen Ländern abholen werden
ENDE Rathausmarkt.

Eine wesentliche Ursache der zunehmenden Arbeitsbelastung der Lehrkräfte ist das unsägliche Arbeitszeitmodell, das vor 10 Jahren dazu erfunden wurde, möglichst viele Aufgaben ohne Entlastung in der Arbeitszeit der LehrerInnen verstecken zu können. Die Folge: immer mehr zusätzliche Tätigkeiten ohne Entlastung, zunehmende Bürokratie und immer weniger Zeit für den Kern der Arbeit: Das Unterrichten.

Wir kämpfen mit der GEW seit langem gegen diese Regelungen. Im Februar 2015 ist Bürgerschaftswahl. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass Bildung in der nächsten Legislatur besser finanziert wird, dass die Stadt zusätzliche, neue und sinnvolle Aufgaben von Schule (Ganztag, Inklusion) auch mit zusätzlichen Mitteln finanziert. Dafür brauchen wir eine gerechte und angemessene Regelung der Lehrer-Arbeitszeit.

Und dafür radeln wir zusammen am 24. April!

Mach mit!

Fahr mit uns das Arbeitszeitmodell aus den Socken!

Werde Teil der kritischen Masse!

V.i.S.d.P: Dirk Mescher, GEW Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 HH

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW